

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 2 Pf. monatlich 3.00 Mk., vierteljährlich 8.00 Mk., halbjährlich 15.00 Mk., jährlich 28.00 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. Unter Abdruck für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerbliche Vereins- und Berathungs-Kreislagen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das festgebundene Wort 20 Pf. (zweifach 2 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelzeilen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Februar 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der sozialdemokratische Vizepräsident in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 21. Februar geschrieben: Angesichts der erstaunlichen Haltung, die den Parteien des Reichstages und dem Reichskanzler in Sachen der hiesigen Verpflichtungen des sozialdemokratischen Vizepräsidenten beliebt, wird es für die deutsche Öffentlichkeit vielleicht von Wert sein, über die entsprechende „Frage“ und ihren Verlauf in Oesterreich unterrichtet zu werden. Denn auch Oesterreich ist ein monarchischer Staat und was sich hier, ohne daß die Welt eingestürzt wäre, als ganz selbstverständlich eingebürgert hat, wird wohl im Deutschen Reiche kein Attentat auf die geheiligte Ordnung sein.

Wie man sich erinnert, ist Genosse Bernerstorfer zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt worden. Bis zu dieser Wahl bestand das Präsidium des österreichischen Abgeordnetenhauses, ebenso wie des Reichstages, aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten, welche drei Stellen, wenigstens nicht ausnahmslos, so doch in der Regel auf die drei großen Nationen in Oesterreich (Deutsche, Polen, Tschechen) verteilt wurden. Als nun die Sozialdemokraten im Jahre 1907 den großen Wahlsieg erkämpft hatten und 87 Mann hoch, als zweitgrößte Fraktion, ins Haus einrückten, erhoben sie den Anspruch auf eine Vizepräsidentenstelle; bei Willfährigkeit ihrer Forderung wäre nun jene ursprüngliche Verteilung, da sie einen internationalen Verband repräsentierten, gestört worden. Aber ihr Anspruch ist allgemein als durchaus berechtigt erkannt worden und um ihn die Erfüllung zu ermöglichen, wurde eben die Vermehrung der Vizepräsidentenstellen beschlossen und die in jeder Hinsicht sinnlose Hierarchie der Vizepräsidenten beseitigt; es gibt nun im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus keinen ersten und zweiten (u. s. w.) Vizepräsidenten, sondern sie sind alle Stellvertreter des Präsidenten in gleichem Range, was in der Geschäftsordnung folgendermaßen ausgedrückt wird: „Der Präsident vereinbart mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.“ Obwohl es nun auch in Oesterreich ein ausnahmsloses Herkommen war, daß sich ein neues Präsidium zur Audienz melde und dem Kaiser vorstelle — welchem Herkommen in Oesterreich eigentlich eine größere Bedeutung zukommt als im Deutschen Reiche: weil die Geschäftsordnung ein Mittelteil der geschehenen Wahl an den Kaiser nicht vorbeht, ihre persönliche Vorstellung, also die einzige Form der Verständigung des Monarchen ist — trotz jenes Herkommens hat sich keine Partei herausgenommen, an die Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten irgend welche Bedingungen zu knüpfen, hat die Sozialdemokratie natürlich keine Verpflichtungen übernommen. Es ist nun richtig, daß Bernerstorfer an der Vorstellung des ersten Präsidiums teilgenommen und mit seinen Kollegen in Audienz beim Kaiser erschienen ist. (Wobei zu erwähnen wäre, daß Franz Josef die Situation sehr richtig durchschaute, wie es sich in seiner beglaubigten Bemerkung nach der „Audienz“ zeigt: „Herr Bernerstorfer war recht gnädig mit mir.“) Man erinnert sich nun weiter, daß dieser Schritt Bernerstorfers, der auf einem mit Majorität gefaßten Beschlusse der Fraktion beruhte, in der Partei sehr geteilte Aufnahme fand, wenig gebilligt, aber von vielen Seiten und sehr energisch getadelt wurde, obgleich die Umstände, unter denen er sich vollzog — man vergesse nicht, daß es knapp nach der großen Wahlreform war, bei der der alte Kaiser eine sehr anerkenntniswerte Haltung angenommen hatte — ihn, wenn auch nicht begründen, so doch begreiflich erscheinen lassen konnten.

Wie war nun aber der weitere Verlauf der Frage? Obwohl die Parteien des Abgeordnetenhauses infolge der erregten Debatten innerhalb unserer Partei, die sich auf dem Reichsberger Parteitag (1909) zu einem förmlichen Beschlusse verdichteten, nicht im Zweifel sein konnten, daß der sozialdemokratische Vizepräsident fürderhin nicht bereit sein werde, das besagte Herkommen als für sich verbindlich anzuerkennen, bei der nächsten Forderung des Präsidiums scheinbar wurde Bernerstorfer aus dem nächsten Hause zum Vizepräsidenten glatt gewählt. Und als bei der Neuwahl nach vier Wochen die Christlichsozialen gegen Bernerstorfers Wahl eine Intrigue anzuzetteln suchten, — keineswegs aus dem Grunde, weil er nicht zu Hof gehen werde, sondern als Demonstration gegen das Tage zuvor verübte „Attentat“ des Neujahrs auf den Justizminister — fielen sie bei allen Parteien schmachvoll ab. Denn trotzdem im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus der Hof gegen die Sozialdemokratie nicht gerings ist, an wütigen Gehässigkeiten beträchtliche Teile der Christlichsozialen und der Nationalverbändler gegen die Sozialdemokraten hinter dem, wessen Konservative und Zentrum im Reichstage tätig sind, nicht zurückbleiben werden, drang durch alle Vorurteile die politische Erkenntnis durch, wie gefährlich es für die Arbeit des Parlaments wäre, wenn eine so große, im Volke zu tiefst verankerte Partei, wie es eben die Sozialdemokratie ist, von der Gleichberechtigung im Parlamente, zu der die Vertretung im Präsidium unzweifelhaft zu rechnen ist, abgetrennt werden sollte.

Auch bei der zweiten Wahl wurde Bernerstorfer zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt.

Wie verhielt sich nun der Kaiser, wie verhielt sich die Regierung zu der „Frage“ der Audienz? Die Sache, aus der man im Reiche ein welterschütterndes Ereignis machen möchte, und an die sich, was jedenfalls kein Zeugnis besonderer Reife der Politik ist, ein ganzes Bündel von Fragen angelegt hat, verlief in Oesterreich herzlich einfach: Bernerstorfer teilte dem Präsidenten ganz schlicht mit, daß er an dem „Gang zum Hof“ nicht teilnehmen könne, und so erschien beim Kaiser das ganze Präsidium eben mit seiner Ausnahme; und damit war die Sache auch schon abgetan. Franz Josef hält selbstverständlich auch viel auf sich und von sich, ist ja auch kein Baunkönig auf dem Balkan, ist, wenn man so sagen will, schließlich der Kaiser einer Großmacht. Aber man hat nichts davon gehört, er sei darob, daß der Sozialdemokrat nicht gekommen ist, außer Fassung geraten. Vielleicht ist dieser alte Kaiser, dem ein langes Regentenleben über den wahren Gehalt der aufgedonnerten Servilität der sogenannten Patrioten die Augen geöffnet haben wird, sogar fähig, in der Zurückhaltung der Sozialdemokraten eine Ueberzeugung, zu erkennen und zu respektieren: eine Ueberzeugung, die auf dem Grunde einer Weltanschauung beruht, darum aber keine persönliche Kränkung ist, noch sein will. Aber wie immer der Kaiser das „Ausbleiben“ der Sozialdemokraten persönlich beurteilt haben mag — politisch hatte es nicht die geringsten Folgen. Jedermann begriff — nicht zuletzt der Monarch — daß zu der (schriftlichen oder mündlichen) Verständigung von der erfolgten Wahl im Hause der Volksvertretung nur der Präsident verpflichtet ist, daß aber das Mitgehen der Vizepräsidenten ihre Privatangelegenheit sei, bezüglich derer niemand Vorschriften zu machen habe und niemand Vorschriften entgegennehmen müsse. So ist es auch in jeglicher Hinsicht geblieben: der sozialdemokratische Vizepräsident nimmt an hiesigen Deputationen niemals teil und jeder findet das nun als selbstverständlich. So erschien gestern bei dem Erzherzog Rainer, der seine diamantene Hochzeit feiert, das Präsidium des Herren- und des Abgeordnetenhauses, um dem Mitgließe des Kaiserhauses zu gratulieren; Bernerstorfer war natürlich nicht dabei. Wo käme man auch hin, wenn man sich als eine „staatsrechtliche Verpflichtung“ das Vorstellen und Gratulieren aufschwätzen ließe? Da käme man bald in das Dilemma des Servilismus, wo jede mannhafte Gesinnung untergeht!

Es muß weit gekommen sein mit den Parteien des Bürgertums, wenn sie unermöglicht werden zu erkennen, daß man einem Vizepräsidenten, der zur Wahl ausschließlich wegen der Größe und Macht seiner Partei gelangt, zu etwas zwingen will, was außerhalb des Rahmens der verfassungsmäßigen Verpflichtungen liegt, daß darin nicht weniger als die Frage nach den Rechten des Reichstages steckt. Welchen Einfluß hat der Reichstag auf die Zusammensetzung des Bundesrates, auf die Nachfolgerschaft im königlichen Hause, welche Rechte hat denn er durch ein Herkommen? Keines! Und er sollte gewillt sein, seine eigenen Rechte einem Brauch zu opfern, von dem der Bruch mehr ehrt als die Befolgung? Man kann wirklich neugierig sein, ob der deutsche Reichstag, die Vertretung eines Volkes von 65 Millionen Menschen, in der Frage seines Vorherrschen, also in einer Lage, in die keine außenstehende Gewalt dreinzureden hat, zurücktreten und zurückweichen werde vor einem Druck des hiesigen Zeremonielles, ob er also unter das Maß von bürgerlicher Tapferkeit sinken will, als sie selbst dem Oesterreichischen Abgeordnetenhaus eigen ist.

Vom nationalliberalen Krankenlager.

Man kann wirklich nicht behaupten, daß Herr Schiffer mit seinen Winkelzügen der nationalliberalen Partei viel Nutzen gebracht hat. Auf der Rechten höht man mit Recht über diesen Prozentpatrioten, der von seiner „monarchischen Ueberzeugung“ so gern bereit war etwas abzulassen, wenn nur die Sozialdemokratie ebenso nationalliberal gewesen und nur ein ganz kleines Eventualkaiserhoch zugestanden hätte. Und auf der bürgerlichen Linken durchgaut man den Herrn, der so gern für einen Schlaupfropf gelten möchte, ohne weiteres. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Für die Linke des Reichstages, wenigstens soweit dabei die Fortschrittliche Volkspartei in Betracht kam, hat es genügt und muß es noch heute genügen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion bereit erklärt hat, die verfassungsmäßigen Pflichten auch dem Kaiser gegenüber zu übernehmen. Daran hat sich nichts geändert. . . Die Fortschrittliche Volkspartei hat bei der ersten Wahl des Reichstagspräsidiums aus guten Gründen für einen Sozialdemokraten als ersten Vizepräsidenten gestimmt, und sie würde sich selbst desavouieren, wollte sie bei der Wiederholung der Wahl in vier Wochen anders handeln. Ob die Nationalliberalen auf die schwankende Brücke treten wollen, die Herr Schiffer ihnen nach rechts hinüber gebaut zu haben glaubt, das wissen wir nicht und müssen ihnen die Verantwortung für einen solchen Schritt überlassen. Aber sie sollten sich sagen, daß sie sich damit zugleich wieder in die Hörigkeit der Rechten begeben würden, die ihnen vor drei Jahren in unschöner Form das Niederwerfen aufgebunden hat. Die Möglichkeit haben sie dazu bei der Zusammensetzung des neuen Reichstags. Zugleich

würden aber die Nationalliberalen wirklich sich zu den Totengräbern einer freiheitlichen Entwicklung im Reiche, für die heute die Vorbedingungen gegeben sind, herabwürdigend. Für ein derartiges Paritri der nationalliberalen Partei liegt gegenwärtig kein zwingender Grund vor, auch wenn Herr Schiffer so sagt und Herr Bebel so.“

Dabei läßt der rechte Flügel der Nationalliberalen gar keinen Zweifel darüber, daß für ihn die Präsidentenwahl nur ein Vorpostengefecht ist, dem die entscheidende Schlacht erst folgen wird. So erklären die „Hamb. Nachr.“, daß sie sich auch mit einer künftigen Niederstimmung Scheidemanns durch die Nationalliberalen noch lange nicht zufrieden geben würden. Sie meinen:

„Indes können wir nicht auf die Ansicht verzichten, daß damit die Krisis in der nationalliberalen Partei in keiner Weise aus der Welt geschafft wird. Sie ist zwar durch die Vorgänge bei der Präsidentenwahl akut geworden, aber sie bestand schon vorher und unabhängig von derselben. Sie wurde hervorgerufen durch den unter Führung des Herrn Wassermann erfolgten Abmarsch der Fraktion nach links hin und durch die von ihm bewirkte Wahlgemeinschaft der Partei mit den demokratischen und sozialistischen Elementen der äußersten Linken. Diese Vorgänge sind nicht dadurch ungeschehen zu machen, daß jetzt diejenigen Elemente der nationalliberalen Partei, die für Herrn Scheidemann gestimmt haben, sich für die nächste Präsidentenwahl eines Besseren besinnen und den Sozialisten nicht wieder wählen, weil er nicht zu Hofe gehen will. Schon weil die mißverständliche Zusage von sozialdemokratischer Seite, die hiesigen Pflichten zu erfüllen, von den Nationalliberalen überhaupt nicht als ausreichender Grund hätte betrachtet werden dürfen, einen roten Vizepräsidenten zu wählen. Selbst wenn dieser wirklich aus taktischen Gründen hiesige Pflichten hätte übernehmen wollen, blieb er immerhin ein Sozialdemokrat, also ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft. Für einen solchen zu stimmen aber ist, wie wir schon gestern sagten, niemandem erlaubt, der sich selbst zur bürgerlichen Gesellschaft rechnet und politisches Ehrgefühl besitzt. Auch hat die nationalliberale Partei doch nicht bloß für Herrn Scheidemann gestimmt, weil sie des Glaubens war, daß er zu Hofe gehen werde, sondern auch für Herrn Bebel, noch dazu als Präsidenten des Reichstages, obwohl sie von diesem doch ganz genau wußte, daß er sich jeder monarchischen Verpflichtung entziehen werde. Unter diesen Umständen ist die nationalliberale Fraktion des Reichstages nicht von der Schuld reinzuwaschen, durch ihre ganze Haltung vor und bei der Präsidentenwahl aufs gräßlichste gegen die Pflichten einer nationalen, staatsverhaltenden Partei verstoßen und die großen ruhmreichen Traditionen der Nationalliberalen aufs schwerste verletzt zu haben.“

In Erwägung alles dessen können wir, wie gesagt, nicht zugeben, daß durch die gestern erfolgte Aufklärung über die Verhandlungen zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten das Schuldkonto der ersteren irgendwie reduziert worden ist. Die nationalliberale Reichstagsmehrheit hat jedes politische Vertrauen verwickelt und kann es nicht dadurch wiedergewinnen, daß sie bei der nächsten Reichstagswahl notgedrungen antisozialistisch stimmt. Das verscherzte Vertrauen kann die Partei nur wiedererlangen, wenn sie sich gänzlich von Wassermann und dessen Einflüssen lossagt und reumütig zu den alten Prinzipien zurückkehrt. Dazu ist natürlich keine Aussicht vorhanden und deshalb muß es zu der „reinen Scheidung der Geister“ kommen, die wir in der letzten Zeit immer wieder als unerlässlich bezeichnen haben, wenn die Zukunft der Partei geteilt werden soll. Es ist unferes Erachtens unzulässig, die Mediansart vom Bau der goldenen Brücke über die nächste Präsidentenwahl hinaus dahin zu verstehen, daß Herrn Wassermann und dessen Anhang die Möglichkeit geboten werden soll, in ihre alte Stellung wieder einzurücken. Diese ist ein für allemal verwickelt und kann nicht wiedergewonnen werden, ohne daß die nationalliberale Partei sich dem Vorwurfe unentschuldigbarer Vertrauenslosigkeit, wenn nicht Schlimmerem, aussetzt. Die Scheidung in der nationalliberalen Partei darf durch die gestrige Aufklärung nicht verhindert werden.“

Dieselbe Stellung nehmen die Konservativen und Merkanten ein. Auch sie verlangen völlige Unterwerfung, Verzicht auf jede selbständige Politik und vor allem die Beseitigung Wassermanns. Und dazu soll ihnen Herr Schiffer und seine Gefolgschaft verhelfen. Und sie alle sind energische Leute, die wissen, was sie wollen, während die armen Deutschen um Wassermann ängstlich schwanken, von einer Unentschlossenheit in die andere fallen, bis sie schließlich taumelnd zu Boden stürzen werden und auf ihren Nadeln der triumphierende Junker wieder seinen harten Stiefel setzen wird.

Die Eröffnung der italienischen Kammer.

Rom, den 20. Februar.

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, hat die italienische Kammer bereits ihre Arbeiten wieder aufgenommen, und zwar wird diese Aufnahme ganz und gar im Zeichen des Hurrapatriotismus stehen. An Stelle der üblichen Mitteilungen der Regierung tritt diesmal einfach die Vorlegung des Annulationsdekrets von Tripolitanien und der Ehrennaila, das die Kammer zum Gesetz erheben soll. Die bürgerliche Opposition hat bekanntgegeben, daß sie aus Patriotismus schweigen werde, und die Parliamentsmehrheit hat auch ein Gerücht in Umlauf gesetzt, das den

sozialistischen und republikanischen Rednern die Schweizergalaktik empfiehl. Es heißt, die bürgerliche Mehrheit würde Mittel finden, um den Abgeordneten Turati am Reden zu verhindern; aber diese Drohung ist kaum ernst zu nehmen. Wahrscheinlich ist Giolitti selbst klug genug, um Ausaufsehen zu vermeiden, die sein anderes Entschlossen haben können als das, die Zahl der sozialistischen Redner zu vermindern. Auf alle Fälle beginnt die Diskussion des Dekrets erst am Freitag. Die ministeriellen Blätter rechnen darauf, sie spätestens am Sonntag durch namentliche Abstimmung zu Ende zu bringen.

Rein parlamentarisch gesprochen hat diese Diskussion geringes Interesse. Die Mehrheit wird in patriotische Kämpfe verfallen, und die Stimmen der Opposition werden sicher nur im Lande, aber nicht in der Kammer einen Nachhall finden. Für die linke Fraktion der Sozialisten wird Genosse Turati, für die rechte voraussichtlich Genosse Bissolati das Wort nehmen. Der außerhalb der Parlamentarier stehende Sozialist Ottore Ciccolini findet sich ebenfalls auf der Rednerliste. Für die Republikaner wird der Abgeordnete Chiesa gegen und Vargilai für den Krieg sprechen.

Bei den Republikanern setzt die Scheidung in zwei Flügel schon früher ein als bei den Sozialisten. Die sozialistische Fraktion ist geschlossen gegen den Krieg, abgesehen Turati seine Kritik wesentlich anders begründet wird als Bissolati die seine. Die Differenz in der Parteifraktion beginnt erst, wo es sich um die Stellung gegenüber dem Ministerium handelt. Der linke Flügel, in dem augenblicklich Linksextremisten im Vordergrund stehen, in beiden interparlamentarischen Abgeordneten vorgehen, bekämpft das Ministerium; die Turatianer, weil sie es für den Krieg verantwortlich machen, die Antiranfingenten, auf Grund ihrer prinzipiellen Stellung; der rechte Flügel dagegen begnügt sich damit, sich gegen den Krieg zu wenden, will aber das Ministerium schonen, das für den Krieg verantwortlich ist. Die Bissolatianer sind noch immer unter der Hypothese des Versicherungsmonopols und der Wahrungserweiterung und sind fest entschlossen, das Ministerium Giolitti um dieser beiden Gesetze willen weiter zu unterstützen. Wenn also Giolitti in Sachen des Versicherungsmonopols, dessen Diskussion für die nächste Woche in Aussicht genommen ist, ein Vertrauensvotum fordern sollte, so werden die Bissolatianer für und der linke Flügel gegen das Ministerium stimmen. Nicht die Diskussion über das Annetionsdekret, sondern die nachfolgende über das Versicherungsmonopol wird zur faktischen Spaltung der Parlamentsfraktion führen.

Wenn die Regierung in der Tripolisaffäre einer ungeheuren Mehrheit sicher ist, so sieht sie der Diskussion über das Monopol mit einiger Besorgnis entgegen, obwohl sie bereit ist, dem Versicherungskapital bedeutende Zugeständnisse zu machen. Wie bei allen Fragen, bei denen große Interessen im Spiel sind, wird im stillen seit Monaten gegen das Monopol gearbeitet. Eine Gruppe von Abgeordneten, die sich unter dem Namen einer volkswirtschaftlichen Partei vor fast zwei Jahren gebildet hat, gibt in einer offiziellen Veröffentlichung zu, daß sie für die Unterschriften, die für eine Petition gegen das Monopol gesammelt worden sind, den Sammlern Geldentschädigungen gewährte.

Was die Stellung der Partei zum Kriege betrifft, so hat die Mailänder Massenversammlung vom vorigen Sonntag deutlich den Willen des Proletariats zum Ausdruck gebracht. In dieser Versammlung waren von dem Mailänder Komitee alle proletarischen Organisationen Italiens, so weit sie gegen den Krieg und gegen das Ministerium sind, aufgeführt worden, ihre Vertreter zu senden. Es waren viele Hunderte von Sympathieschreibern aus allen Teilen Italiens eingelaufen, und vor einer Menge von mehr als 15 000 Personen haben 19 Redner den Abscheu des Proletariats vor dem Kriege machtvollen Ausdruck gegeben. Neben den Linksextremisten, für die Turati, Ventini, Buffi und andere sprachen, ergriffen Giobanni Verda und der Abgeordnete Musatti für die Antiranfingenten, Rigala für die Konföderation der Arbeiter und der Arbeiter Faggi für die Syndikalisten das Wort. Die Versammlung gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den Krieg und gegen das Ministerium.

Am Vorabend der Kammeröffnung hat die Partei durch diese Massenversammlung ihre Abgeordneten noch einmal an die Pflichten erinnern wollen, die sie dem Proletariat gegenüber haben. Für die Partei selbst hatte die Versammlung und noch mehr die ihr vorangehende Zusammenkunft von Sozialisten aus verschiedenen Teilen Italiens insofern eine große Bedeutung, als sie einen Appell an die Disziplin und eine Mißbilligung des Parteivorstandes und der Fraktion einschloß.

Man kann sagen, daß die italienische Partei die Schäden der Autonomie der Fraktion am eigenen Leibe gründlich erfahren hat und jetzt gleichsam aus Selbsterhaltungstrieb zur Disziplin zurückkehrt, nachdem die Parlamentsfraktion bis zum äußersten gegangen ist und ihren Mitgliedern freigestellt hat, nach eigenem Ermessen zu stimmen und zu sprechen.

Das Vertrauensvotum, das Giolitti in der Monopolfrage fordern wird, wird die Reformisten der Rechten in die Zwangslage versetzen, zwischen dem Ministerium und der Partei zu wählen. Heute einigt die Diskussion über den Krieg jedes der beiden Lager und zieht eine klare Scheidelinie. Morgen wird die Monopolfrage Spaltungen und neue Gruppierungen bringen, zwischen denen das Ministerium lobieren muß. Inzwischen trägt der Krieg seine bitteren Früchte, die aller hurrapatriotische Alimdim dem Lande nicht erspart. Und dann wird sich Giolitti zum ersten Male einer Opposition gegenübersehen, mit der er im Ernst rechnen muß.

Die Begründung des Annetionsdekrets.

Rom, 22. Februar. Dem heute der Kammer vorgelegten Gesetzentwurf, durch welchen das königliche Dekret vom 8. November 1911 über die volle und uneingeschränkte Souveränität Italiens in Tripolis und Cyrenaika in ein Gesetz umgewandelt wird, ist eine Begründung beigegeben, in der es heißt:

Italien hat stets das Gleichgewicht der politischen Einflüsse im Mittelmeer als sein Lebensinteresse betrachtet und als wesentliche Bedingung dieses Gleichgewichts die freie und volle Entfaltung seiner wirtschaftlichen Tätigkeit und seines Einflusses in Tripolis und Cyrenaika festgehalten. Dabei hat es sich stets bemüht, freundschaftliche Beziehungen mit der Türkei zu erhalten, und es würde nicht zu dem äußersten Mittel eines Krieges gegriffen haben, wenn nicht jede andere Lösung unmöglich gemacht worden wäre, wenn nicht jede Form italienischer Tätigkeit in Libyen bei der ottomanischen Regierung auf eine harnadige und systematische, bald verstärkte, bald offene Opposition gestoßen wäre, die nach der Einrichtung der konstitutionellen Regierung der Türkei, die zuerst soviel Hoffnung und soviel Sympathie erweckt hatte, noch stärker und oft provokatorisch wurde. Jeder Versuch, die ottomanische Regierung zu einer Aenderung ihrer Haltung zu bewegen, erwies sich als vergeblich. Jeder persönliche Schritt wurde von der Türkei als ein Beweis der Schwäche betrachtet und führte lediglich zu einer Verschärfung der Feindseligkeit, und während man zu offen bedrohlichen Rüstungen schritt wurde die Bevölkerung andauernd

im Zustand der völligen Barbarei erhalten. Wie hätte gegenüber Italien und ganz Europa eine schwere Verantwortlichkeit auf uns genommen, wir hätten die Zukunft Italiens und den europäischen Frieden ernstlich Gefahren ausgesetzt, wenn wir eine Situation, die unser Ansehen und unsere Lebensinteressen schädigte, auf die Dauer hätten bestehen lassen. Außerdem war es klar, daß die Herrschaft der Türkei in Gegenden, die mit den zivilisiertesten Nationen in Berührung standen und in welchen sie selbst nichts zur Verbesserung der Lebensverhältnisse tat, ja in denen sie sogar den Sklavenhandel aufrecht erhielt, nicht von langer Dauer sein konnte. Die Haltung der ottomanischen Regierung diesen Gebieten gegenüber mußte unvermeidlich zu deren Trennung von dem übrigen Reiche führen und sicherlich hätte ein historisches Gesetz andere europäische Völker veranlaßt, diese zivilisatorische Mission auf sich zu nehmen, wenn Italien es versäumt hätte. Italien hätte den schwersten Fehler begangen, wenn es auf eine Mission, die ihm durch seine Geschichte, seine geographische Lage und seine sozialen Verhältnisse auferlegt wurde, verzichtet hätte.

Der unvermeidlich gewordene italienisch-türkische Krieg brach in einem Augenblick aus, wo die Wahrscheinlichkeit gefährlicher internationaler Erschütterungen möglichst gering war, und er ist bis jetzt in einer Weise geführt worden, welche solche Möglichkeiten zunächst ausschloß. Die der Kammer vorgeschlagene Lösung ist die einzige, welche solche Erschütterungen auch für die Zukunft zu verhindern vermag. Jede Lösung, die nicht jede politische Herrschaft der Türkei ausschließen würde, hätte einen äußerst gefährlichen internationalen Zustand geschaffen, indem sie unsichere juristische und diplomatische Verhältnisse zwischen Italien und den übrigen Mächten geschaffen, Italien gegenüber der einheimischen Bevölkerung alles Ansehen geraubt, neue Konflikte mit der Türkei herbeigeführt und die wirkliche Friedensarbeit, die für Italien eine Ehrenpflicht bildet, beinahe unmöglich gemacht hätte. Das italienische Volk hat das mit seinem Verständnis begriffen.

Am Schluß wird die Frage der künftigen Verwaltung der annektierten Länder berührt und dem Islam, sowie den Rechten und Interessen der Eingeborenen die peinlichste Achtung zugesichert. Dann heißt es: „Die Aufgabe, die Italien übernommen hat, gehört zu den größten und schwersten, die ein Volk übernehmen kann. Durch seine ruhige, feste und patriotische Haltung hat das italienische Volk gezeigt, daß es das begriffen hat. Dieser gemeinsamen Haltung aller Gesellschaftsklassen entsprecht das heldenhafte Benehmen unserer Armee und unserer Flotte. Wir haben jetzt die Gewißheit, daß das Ziel erreicht werden wird, das Italien sich gestellt hat. Aber damit es ein großes Zivilisationswerk darstelle, darf die Tätigkeit des Gesetzgebers und der Regierung nicht durch eine fremde politische Herrschaft behindert werden, daher muß die Souveränität Italiens über Libyen voll und uneingeschränkt sein. Das italienische Volk hat das begriffen. Wir begen das volle Vertrauen, daß seine Vertretung es beständigen wird.“

Rom, 22. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Deputiertenkammer. Der Saal und die Tribünen waren überfüllt. Viele Damen waren anwesend. Der Präsident der Kammer, Marcora, Ministerpräsident Giolitti und alle Minister betreten zusammen den Saal, von anbauenden begeisterten Kundgebungen empfangen. Alle Abgeordneten erhoben sich, und Marcora brachte der Armee und der Marine seinen Gruß dar, was mit langanhaltendem, stürmischem Beifall ausgenommen wurde. Der Dozent der Kammer, Vacca, schloß sich dem im Namen der Kammer an: (Kammer, bezüglicher Beifall.)

Kriegsminister Spingardi erklärte, die Armee schließe sich an, die von so maßgebender Stelle und unter so begeisterten Zustimmung ihren Brüdern bei den Land- und Seestreitkräften gesollt wurden, die so mutig in Libyen für die italienische Tüchtigkeit Zeugnis ablegten, durch ihr Leben die neuen Geschicke des Vaterlandes heiligten und sich opferten, damit das Vaterland größer, glücklicher und mächtiger werde. Im Namen der Armee danke er den Vertretern der Nation, deren Beifall ein weiterer Grund und eine Aufmunterung sein werde, jetzt mehr als je auszuhalten. Die Armee habe gewußt und wisse, daß das Vaterland mit seiner ganzen Seele bei ihr sei. (Begeisterter, begeisterter Beifall. Allgemeine Aufe: Es lebe die Armee!) Marineminister Catolica, begrüßt von dem Aufe: Es lebe die Marine!, dankte im Namen der Marine für die Kundgebung. (Sehr lebhafter Beifall.) Der Präsident verlas eine Tagesordnung Vacca, Bettolo und Vaccelli, durch die dem Heer und der Flotte Gruß und Beifall gesendet wird. Alle Abgeordneten und alle Tribünenbesucher erhoben sich und äußerten ihre begeisterte Zustimmung. Der Präsident erklärte, die Tagesordnung sei durch Zuruf angenommen.

Sodann erhob sich Ministerpräsident Giolitti, begrüßt von einer langandauernden gehobenen Kundgebung, und brachte den Gesetzentwurf ein betreffend Gültigkeitserklärung des Dekrets, in dem die volle Souveränität Italiens über Tripolis und die Cyrenaika proklamiert wird. Die Kammer erhob sich von neuem; unendliche, eindrucksvolle Beifallskundgebungen begrüßten das Dekret. Als die Kundgebung, die von seltener Begeisterung getragen war, sich gelegt hatte, beantragte Giolitti, die Kammer möge dem Präsidenten Vollmacht erteilen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, die den Gesetzentwurf prüfen solle. Der Antrag wurde unter Beifall angenommen und die Sitzung unterbrochen, um den Regierungsvorsetzern die Möglichkeit zu geben, dem Beginn der Arbeiten im Senat beizuwohnen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Präsident mit, daß zur Prüfung der Gültigkeitserklärung des Annetionsdekrets vom 8. November eine Kommission ernannt sei, der u. a. Vaccelli, Guicciardini, Lugazzi und der Sozialist Enrico Ferri angehören.

Der Krieg.

Christliche Toleranz auf dem Kriegsschauplatz.

Rom, 20. Februar. (Sig. Ver.) Wie die Turiner „Gazzetta del Popolo“ berichtet, haben die Militärkapläne in Tripolis wieder ein schönes Beispiel christlicher Nächstenliebe gegeben. In Ausübung seiner Samariterpflicht ist dort ein italienischer Sanitätsfeldat gefallen, der zur Waldenser Kirche gehörte. Die Militärkapläne verweigerten dem Verstorbenen ein christliches Begräbnis und erlaubten nicht, daß seine Leiche in der geweihten Erde des christlichen Friedhofs begraben würde. Wenn man schon so mit ungeschicklichen christlichen Konfessionen verfährt, dann können sich ja die Mohammedaner auf das freuen, was ihrer in Zukunft unter italienischem Regime harzt.

Die Revolution in China.

Huanhschikais Reise nach Kanking.

London, 22. Februar. „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai vom 21. d. M.: Tangschaoji hat heute in Begleitung von 21 hervorragenden Republikanern, darunter Vertretern aus Kanking und Wutschang, Schanghai verlassen, um sich zu Huanhschikai zu begeben. Er wird in vier Tagen in Peking eintreffen.

Huanhschikai wird sich nach Empfang der Delegierten mit der Bahn nach Hankow und von da auf dem Fluß nach Kanking begeben, wo er in vierzehn Tagen erwartet wird.

Eine andere Lesart.

Hankow, 22. Februar. Da Huanhschikai bisher die vier Punkte des Abkommens, nämlich Entfernung des Hofes von Peking, Auflösung der Garde, Abberufung der gegen Hankow operierenden Armee und Uebergabe des nördlichen Teils der Bahn Peking-Hankow an die republikanische Regierung nicht erfüllt hat, begibt sich Kriegsminister Sunshu als Abgesandter nach Peking, um Huanhschikai zur Leistung des Eides für die Republik nach Wutschang zu laden.

Die Mongolei und die Republik.

Kiachto, 21. Februar. Am 19. d. M. ist Urga zur Hauptstadt der Mongolei erklärt worden. Von der Mongolenregierung wird ein Zoll auf chinesische Waren eingetrieben. — Die Erklärung Chinas zur Republik wurde von den hiesigen Chinesen begrüßt, einige schnitten sich die Köpfe ab. Die Straßen von Kaimaischin wurden mit der neuen fünffarbigen Flagge geschmückt.

Die Kämpfe in Weihaiwei.

Weihaiwei, 22. Februar. (Telegr. des Ritterschen Bureaus.) Die Eingeborenen fahren in ihrem Widerstand gegen die republikanische Verwaltung fort, da sie nicht glauben wollen, daß die Mandchus abgedankt haben. Es kam wiederholt zu Blutvergießen; sie sind jedoch nur schwach bewaffnet und vorwiegend aufgerhoben, ihren Widerstand lange fortzusetzen. Die Grenze der englischen Zone wird von englischen Truppen besetzt. Im Hafen liegen die englischen Kreuzer „Kent“ und „Monmouth“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar 1912.

Die Kartoffeldebatte.

Aus dem Reichstag, 22. Februar. Kartoffeln, Kartoffeln und wieder Kartoffeln! Und wenn man noch so sehr den bitteren Ernst der behandelten Frage einfiehet, daß zwei geschlagene Tage ohne Aussicht auf einen positiven Erfolg, denn zu Interpellationen gibt es keine Abstimmung, darüber geredet wird, konnte wahrhaftig dem Antiparlamentarismus Nahrung zuführen. Trotzdem die Debatte stellenweise in der allgemeinen Interesslosigkeit zu erstarren drohte, wies sie doch einige belebende Augenblicke auf und rief sogar Redner auf die Tribüne, die etwas Neues zu sagen wußten. Zu ihnen gehörte der Genosse Antirid, der als erster Redner die Raubgier der Agrarier mit scharfen Worten brandmarkte und nicht minder mit der Regierung als den Verbeigenden dieses unerlässlichen Agrarierturns ins Gericht ging. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Dr. Wermuth, mühte sich mit Zahlenzitate nachzuweisen, daß wir in einer Zeit niedrigerer Preise leben. Was er an Positivismus zu verkünden hatte, knüpfte an die vorgestrichene Erklärung seines Kollegen Deibrück an: Der Bundesrat hat „aus Billigkeitsgründen“ beschlossen, die Einfuhr vorjähriger Kartoffeln bis zum 1. Mai zollfrei zu lassen. Nach ihm kam der Zentrums„arbeiter“ Giesberts, eine der unsympathischsten Gestalten des Reichstags, der mit Wädhchen aus der Münchener-Gladbacher Jesuitenkolle die Sozialdemokraten zu reizen suchte und mit demagogischen Kniffen darzutun sich mühte, daß trotz allen Zollmüchens auch das Zentrum ein Herz für die Notleidenden habe. Der Konervative Weilenböck, der die Böse artigkeit der agrarischen Nimmerlatts mit süddeutscher Biederkeit drapierte, sang das Hohelied von der Kartoffel, die wirklich ein wunderbares Nahrungsmittel sei und war über das geringe Zugeständnis der Regierung in der Frage des Kartoffelzolls nicht besonders erfreut. Der Fortschrittler Fegter, ein Mann mit landwirtschaftlichem Wissen und landwirtschaftlicher Praxis, wußte ihm nicht übel heimzuleuchten und entwickelte die Frage des Kartoffelzolls wie der Futtermittelzölle an der Hand eingehender Sach- und Fachkenntnisse. Nachdem dann Herr Gebhart von der Wirtschaftlichen Vereinigung nach Punkt foundsowiel des antiemirischen Programms den Rothhandel für die sämtere Not der Zeit und die sämtere Zeit der Not verantwortlich gemacht hatte, kam der Herr Gestermann und erzielte einen ähnlichen Heiterkeitserfolg wie in vergangener Woche Herr Rum. Der Bauernbund ist eine Hilfs- und Schutztruppe des hierherischen Liberalismus, aber was Herr Gestermann vortrug, hätte auch unter den „bodenständigen“ Gestalten des Sportpalastes lebhaften Beifall erweckt, und wie er es vortrug, begab mit einem — übertragen wir den Volksausdruck ins Parlamentarische! — einem Maschinen-gewehrmondwerk, das amüsierte höchlichst. Herr Schweidhard von der Fortschrittspartei brach für Großkapital und Großhandel gegen die Herren Gebhart und Gestermann eine Lanze und dann vertritt die Debatte in persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Kiel und Krustadt.

Die morgige Sitzung mit der Tagesordnung: Ausführungs-gesetz zum internationalen Abkommen über Wädhchenhandel, deutsch-türkischer Handelsvertrag, Staatsangehörigkeit, beginnt um 11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Die weitere Debatte über den Justizetat wurde heute durch eine große Rede des Genossen Liebnecht eingeleitet, der zunächst die zahlreichen Mißstände und Beschwerden behandelte, die gegen die vrenhische Justizverwaltung leider Jahr für Jahr vorgebracht werden müssen. Von besonderem Interesse war die Mitteilung, daß ein Ministerialrat die Richter anweise, Beschwörden gegen irgendeinen Beamten nur nach vorheriger Erlaubnis der vorgesetzten Dienstbehörde zu erheben. Es wäre das also ein richtiges Motu proprio für die preußischen Richter. Dem Zentrum-angeordneten Sell blieb es vorbehalten, auf diese ungeheuer ernste Sache mit einem faulen Witz zu antworten, indem er sagte: wenn es dem Motu proprio analog wäre, dann könne ja Liebnecht ganz zufrieden sein, denn dann gelte es ja in Deutschland nicht. Nach der Behauptung des Justizministers soll die Verordnung nur für solche Konflikte zwischen Behörden gelten, nicht aber für irgendwelche persönlichen Angelegenheiten der Richter, was jedoch nur auf eine spitzfindige Auslegung des Wortlauts hinauszuweisen scheint. — Des weiteren teilte Gen. Liebnecht eine bezeichnende Aeußerung des nationalliberalen Herrn Dr. Friedberg mit. Als man in der Kommission über die Frage verhandelte, ob Richtern, die zum Reichs-oge kandidieren, Urlaub erteilt werden soll, fiel von Seiten des Herrn Friedberg das Wort: man könne wohl annehmen, daß Richter, die kandidieren, zu den bürgerlichen Parteien gehören, so daß die Regierung selbst ein Interesse an ihrer Beurteilung habe. Damit sei gesagt, daß die Regierung die Richter zu dem Zweck heurlauben solle, gegen die Sozialdemokratie zu agitieren. — Mit Nachdruck abteilte sodann unser Redner die standalöse Tatsache, daß den Unterbeamten in Berlin der Besuch einer Versammlung verboten worden ist. Zum Schluß zeichnete Gen. Liebnecht in großen Zügen

die gewaltigen Aufgaben, die eine im Volke wurzelnde Rechtspflege zu lösen hätte: das Verbrechen vorbeugend zu verhüten. Dazu gehört aber, daß man die Quellen des Verbrechens genau kennen lernt, die soziale Not, das Wohnungsbedürfnis. Bei der Ausbildung der jungen Juristen sollte hierfür gesorgt werden. Zugleich empfahl er ihnen ein eingehendes Studium der Sozialdemokratie, unsere Schriften sollen sie lesen, unseren Versammlungen beizumohnen, die Arbeiterbildungsschule besuchen, den „Vorwärts“-Betrieb und das Gewerkschaftshaus besichtigen, damit sie später in der Lage sind, über angeklagte Sozialdemokraten sachverständig zu urteilen.

Kaum hatte unser Genosse geendet, so ergriß der Justizminister das Wort, aber nur um zu erklären, daß er auf die großen Probleme, die Liebkecht angeführt — nicht eingehen wolle. Er beschränkte sich denn auch darauf, einige der vorgebrachten Einzelbeschwerden als nicht zutreffend zu bezeichnen, womit natürlich gar nichts gesagt ist.

Die Debatte brachte am Schluß noch eine Rede des Adliger Justizrats Kreiborn, der — in amüsanten Form — eine schier unglaubliche Verlotterung des juristischen Studiums zur Sprache brachte, eine Sache, über die noch in sehr ernster Weise zu reden sein wird.

Zum Seniorenkongress des Reichstages

wurde Donnerstag die Angelegenheit der Freilassenen abermals besprochen. Da die Freilassenen keine Fraktion von 15 Mitgliedern sind, bleiben sie vom Seniorenkongress und von der Kommissionsvertretung ausgeschlossen.

Dann wurden die Vorsitzenden für die Sachkommissionen verteilt. Für die Geschäftsordnungs-Kommission stellt den ersten Vorsitzenden die sozialdemokratische Fraktion, den stellvertretenden die konservativen; Budget-Kommission: Zentrum erster Vorsitzender, Sozialdemokratie Stellvertreter; Petitionskommission: Nationalliberale erster Vorsitzender, Zentrum Stellvertreter; Rechnungs-Kommission: Fortschrittler erster Vorsitzender, Nationalliberale Stellvertreter; Wahlsprüfungs-Kommission: Konservative erster Vorsitzender, Fortschrittler Stellvertreter.

Des Himmels Einsehen.

Es ist doch herzerhebend, zu vernehmen, welche Rolle manche Hüter der göttlichen Weltordnung dem Himmel in irdischen Angelegenheiten zumessen. Ein Dankopfer — das natürlich nichts kostet — wurde ihm am Mittwoch in einer Versammlung der agrarischen „Vereinigung zur Hebung der Zudererzeugung“ dargebracht, weil er eine so schöne Dürre geschickt, die einen großen Teil des Anbaues vernichtete. Fabrikdirektor Mattenloht-Broskau referierte über die Lage der Zuderindustrie. In seiner Darstellung erscheint die große Ernte der Kampagne 1910/11 als ein gefährdendes Unglück. Die vorangegangene Knappheit an Ware hatte den Preis schon hinaufgetrieben, dann kam der durch die gute Ernte bedingte Preisfall. Das war für die Zuderbarone schmerzhaft. Aber noch weiteres Unheil war im Anzuge. Die Anzeichen eines guten Ertrages im Jahre 1911/12 ließen befürchten, daß sich die niedrigen Preise längere Zeit würden halten lassen. Doch die Sorge erwies sich als unbegründet. Nach der „Nordd. Allgem. Zeitung“ bemerkte der Referent:

„Aber der Himmel hatte ein Einsehen und eine unglaubliche Dürre vernichtete einen großen Teil des Anbaues — — —“

Weiter meinte der Gemütsmenschen, die allgemeine Mißernte sei ja für große Strecken des Landes bedauerlich und schmerzhaft, aber für die Zuderindustrie hätte sie doch den Vorteil, vor einer Ueberproduktion und Entwertung zu bewahren, so daß die allgemeine Lage der Zuderindustrie eine günstige geworden ist. Das ist ein echt kapitalistisches Glaubensbekenntnis! Der Erfolg der Zuderindustrie war in Gefahr, aber der Himmel hatte ein Einsehen, er sandte eine Dürre, die Rot und Glend in Millionen Familien hineintrug. Aber den Zuderbaronen brachte sie eine gute Konjunktur. Lob und Preis dem einsichtsvollen Himmel! Zur Illustration der Inanspruchnahme des Himmels für Profitinteressen geben wir noch eine Uebersicht über die Bewegung der Zuderpreise. Es kostete 1906: 88,80 M., 1907: 88,80 M., 1908: 40,80 M., 1909: 41,67 M., 1910: 47,88 M., 1911: 46,28 M. und im Durchschnitt des Monats Januar 1906: 85,46 M., 1907: 86,83 M., 1908: 89,88 M., 1909: 89,44 M., 1910: 46,44 M., 1911: 37,75 M. und 1912: 88,88 M. Gegenüber dem Januar vorigen Jahres war Zuder im vergangenen Monat also um 15,63 M. gleich 41 Prozent im Preise gestiegen. Zwar gebürt nach der christlichen Lehre der Lebensmittelwucher zu den schlimmsten Todsünden, aber dem aus Profitgierigen blickenden Herzen entringt sich ein Dankesruf für den Himmel wegen der zur rechten Zeit gesandten Dürre, die eine so nette Haufe erlaubte! Doch diese Himmelsgläubigen stramme Schüler der „göttlichen“ Weltordnung sind, kann man verstehen!

Rettung!

Der Retter ist gekommen diesem Lande! Ahhhahh heißt er und im Beiblatt der „Nordd. Allg. Ztg.“ — nicht etwa im Annoncenblatt — ist er erstanden. Den hehren „Sammlungsruß“ läßt er erlösen, denn „zersplittert ist unser Volk in zu viele Parteien getrennt“. Und deshalb: „Sicht uns eine große Deutsche vaterländische Partei errichten“, wirklich errichten. Denn Herr Ahhhahh will Taten sehen und deshalb beginnt er, rasch entschlossen, die „Sammlung“ mit der „Errichtung“ einer neuen Partei. Sogar in der Redaktion der „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte man gegen solchen Sammlungsruß Bedenken. Schon dachte man an den Papierkorb. Da fiel zur rechten Zeit dem leitenden politischen Redakteur es noch ein: Wie, wenn Ahhhahh nur der Schriftstellername Wehmann Döllwags wäre? Und die Einfindung erblühte das Licht der Öffentlichkeit.

Aus dem Schreiberstaat.

Kaum ein Bundesstaat des Deutschen Reichs hat eine so zahlreiche Bureaucratie zu ernähren wie Württemberg, dem die Bezeichnung „Schreiberstaat“ von alterher anhängt. Die Forderungen auf eine Vereinfachung der Staatsverwaltung dauern seit ein Jahrhundert zurück. Aber so leicht läßt sich die Bureaucratie nicht zurückdrängen. Die Reichspolitik mit ihren stets steigenden Ansprüchen an den Geldbeutel des Steuerzahlers machte es aber endlich zur zwingenden Notwendigkeit, den teuren bürokratischen Apparat des kleinen Landes zu vereinfachen. Den Forderungen der Parteien nachkommend, legte die Regierung schließlich den Ständen eine Denkschrift vor, derzufolge der Verwaltungsaufwand sich um 2½ Millionen Mark jährlich verringern läßt. Bei einem Jahresetat von rund 112 Millionen Mark pro 1912 und 87 Millionen Mark Staatssteuern fiderlich ein ganz unschätzbliches Schmäcker. Daß die Regierung nicht zu radikal in ihren Vorschlägen ist, verleiht sich von selbst, ist sie doch nicht vom Fleisch und Bein vom reinen bürokratischen System. Die Vorschläge der Regierung beschränken sich denn auch im wesentlichen auf die Vereinfachung des Schreibwerks, des Kassen- und Rechnungswesens. Dazu kommen größere Ersparungen im niederen Personal des Eisenbahn- und Postdienstes. Eine Anzahl überflüssiger Ämter soll aufgehoben werden usw. Sobann soll

auch eine Anzahl Oberämter aufgehoben bezw. zusammengelegt werden.

Das Ländchen mit seinen 2½ Millionen Einwohnern ist in nicht weniger als 64 Oberämter eingeteilt; diese sind wieder zu vier Kreisen zusammengefaßt. Die Spitze dieses sehr umständlichen und teuren bürokratischen Systems bildet dann das Ministerium. Die Regierung beabsichtigt nun, 21 keine Oberämter zusammenzuliegen und die Kreisregierungen aufzuheben. Dieser Teil der Reform droht nun an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien zu scheitern. So sehr diese Parteien für die Vereinfachung der Staatsverwaltung schwärmen, eifert im Rat, so widerborstig erweisen sie sich jetzt. Der Finanzaußschuß der Zweiten Kammer, dem die Vorschläge der Regierung zur Vorberatung überwiesen wurden, hat sich letzter Tage in seiner Mehrheit gegen die zunächst veranschlagte geachtete Zusammenlegung ausgesprochen. Für die Vorschläge der Regierung stimmten die Sozialdemokratie, der Bauernbund und ein ganzer Volksparteiler, dagegen Zentrum, Volkspartei und Nationalliberale.

In ihrer Denkschrift hatte die Regierung den Parteien geraten, nicht zu konservativ zu sein, eine Wohnung, die, von Ministern an liberale Parteien gerichtet, eines kognischen Beigeschmacks nicht entbehrt. Dem württembergischen Liberalismus gegenüber ist sie aber sehr angebracht. Leider blieb sie erfolglos. Nationalliberale und Volkspartei zeigten sich sogar konservativer als selbst der Bauernbund. Kantönliche Kleinlichkeit hat den Beschluß diffundiert. Die Oberämter haben nämlich das Wahlrecht zum Landtag. Neben den „sieben guten Städten“, auch so eine schwächliche Eigenmächtigkeit, entsenden sie je einen Abgeordneten in die Zweite Kammer. Zentrum, Volkspartei und Nationalliberale fürchten nun, daß die Aufhebung des Oberamtes einen Teil der Bewohner der jetzigen Oberamtsstädte verschlingen könnte. Der Zentrumsmann erklärte denn auch in biederer Treuebereitschaft, daß die Durchführung dieses Regierungsvorschlags die Wahl von 21 Sozialdemokraten bedeuten würde. Koch solchen Gesichtspunkten wird in Württemberg liberale Zentrumspolitik gemacht!

Der Schlußerfolg der Reform wird wohl sein: eine Verminderung des niederen Personals der Post- und Eisenbahnverwaltung, eine bedeutende Steigerung der Arbeitslast der Arbeiter und Unterbeamten, die Verlassung der Einesuren für die höhere Bureaucratie.

Die Wehrvorlage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Aus den Verhandlungen des Reichstages ist bekannt, daß die zu erwartenden Wehrvorlagen den Bundesrat noch nicht beschäftigt haben und daß bisher weder über die Höhe der Forderungen noch über die Art ihrer Deckung Beschlüsse gefaßt sind. Die beteiligten Instanzen beschleunigen nach Möglichkeit die Arbeiten und es kann erwartet werden, daß in kurzer Zeit über die Regierungsvorlagen Klarheit geschaffen sein wird. Die formulierten Vorschläge der Kriegsverwaltung, auf die der weitaus größte Teil der Reusforderungen entfallen werden, sind gestern in die Hände des Reichskanzlers gelangt. Leider wird die Zeit der Vorbereitung dazu benutzt, um allerlei mehr oder weniger falsche Kombinationen, teils über den Inhalt der Wehrvorlagen, teils über die Deckungsfrage, zu verbreiten. Ins Gebiet der reinen Erfindung gehört die Angabe, der Staatssekretär des Reichswehrministeriums sei ein Gegner der Verstärkung unserer Wehrfähigkeit.

Diese Abwehr ist gegen einen Sekartikel der „Post“ gerichtet.

Die Objektivität der Handwerkskammer zu Berlin.

Die Berliner Handwerkskammer erließ dieser Tage folgendes Einladungsschreiben, das wir dem Wortlaut nach wiedergeben und zugleich zur Kennzeichnung niedriger hängen:

Handwerkskammer Berlin SW. 61, den 18. Februar 1912.
Journal-Nr. 144/12. II. Keltower Str. 14.

Nächsten Mittwoch, den 21. dieses Monats, sollen, wie wir hören, unter andern auch die Anträge und Wünsche des Handwerkerstandes zum Submissionswesen zur Verhandlung kommen. Der unterzeichnete Ausschuh der preußischen Handwerkskammern hat den dringenden Wunsch, den Herren Vertretern der bürgerlichen Parteien die Wünsche des Handwerks zur Kenntnis zu bringen, und richtet daher an den verehrlichen Vorstand ergebenst die Bitte, die seitens Ihrer Partei zu obengenanntem Gegenstande designierten Redner zu einer gemeinsamen Aussprache mit dem Ausschuh der preußischen Handwerkskammern Dienstag, den 20. d. M. nachmittags 4½ Uhr, im Abgeordnetenhause, Zimmer 6, geneigtst delegieren zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Ausschuh der Preussischen Handwerkskammern durch die vorstehende Kammer Berlin.
E. Rabardt Dr. Feinzig
Vorsitzender Syndikus.

Es ist geradezu abgemacht, daß die Handwerkskammer es wagt, die Partei, die die größte Wählerzahl im preussischen Abgeordnetenhause vertritt, die Sozialdemokratie, auszuschließen, obwohl es ihr bekannt ist, daß nicht nur eine große Anzahl Handwerker, die zur Handwerkskammer ihre Beiträge zahlen müssen, Sozialdemokraten sind, sondern daß es gerade die Sozialdemokratie ist, die liberal, in den Gemeindevertretungen, den Landtagen, im Reichstage usw. den Kampf für Gesundung des Submissionswesens mit allem Ernst und aller Kraft geführt hat. Wie kommt ausgeführt die Berliner Handwerkskammer und ihr Ausschuh dazu, diese Partei, die in Berlin die größte Wählerzahl hat, von der Besprechung auszuschließen? Ist das die Art, über den Parteien zu stehen? Die Sozialdemokratie wird es zur Zeit und an geeigneter Stelle an der gebührenden Antwort nicht fehlen lassen.

Teuerungsbekämpfung im elsass-lothringischen Landtag.

Am Mittwoch stand in der zweiten Kammer eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion auf der Tagesordnung, die von der elsass-lothringischen Regierung eine Bekämpfung der augenblicklich herrschenden Teuerung verlangt. In groß angelegten, wirkungsvollen Reden gingen die sozialdemokratischen Abg. Buchs, Peitros und Imbs mit der Zoll- und Steuerpolitik der Regierung ins Gericht, ihr und den bürgerlichen Parteien vor Augen führend, wie verfehlt und unfruchtbar all die kleinen Palliativmittelchen, die zugleich eine Bekämpfung der verkehrten Politik darstellen, zur Vinderung der heutigen Notlage der großen Masse der Bevölkerung sind. Wohl versuchte die Regierung durch einige Ausflüchte und Abweisung der Interpellation an den Reichstag sich aus der unangenehmen Situation herauszuwinden, jedoch hatten die Reden unserer Genossen bewirkt, daß die bürgerlichen Parteien zu der Bekämpfung Stellung nehmen mußten. Sowohl von liberaler wie auch von Zentrumseite las man dann, gedrängt durch unsere Kritik, der elsass-lothringischen Regierung den Text. Eine vom Zentrum eingebrachte Resolution, die sich im ersten Teil mit den liberalen und Zentrumreden einverstanden erklärte, im zweiten Teil Abschaffung der Zölle auf Futtermittel, Einführung von Gefrier- und Wäschfleisch und Deckung der Grenze unter genügend tierärztlicher Kontrolle verlangte, fand Annahme. Der zweite Teil der Resolution wurde einstimmig angenommen und bedeutet eine Verurteilung der elsass-lothringischen Regierungspolitik, die, trotz der durch die Verfassung erweiterten Rechte der Bundesratsstimmen, sich von der Berliner Politik ins Schlepptau nehmen läßt. Ist auch der Stellungnahme der Gegner keine zu weitgehende Bedeutung bei-

zumessen, so hätte die Debatte doch ergeben, daß durch die sozialdemokratische Kritik die Regierung sowohl als auch die bürgerlichen Parteien wohl oder übel eine Bekämpfung der bisherigen Verfallungs- und Harmoniepolitik vornehmen müssen.

England.

Eine Anfrage über die portugiesischen Kolonien.

London, 22. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Goldney an, ob das Auswärtige Amt Kenntnis habe von irgendwelchen Vorverhandlungen zwischen europäischen Mächten über die zukünftige Kontrolle der Fernao-Belelo-Bay und des portugiesischen Kongogebiets nördlich des Kongo. Staatssekretär Grey verneinte die Anfrage. Weiter fragte Goldney, ob das Auswärtige Amt Kenntnis habe von einem Vertrage oder einem Abkommen, das zwischen Deutschland und Spanien seit dem Frühjahr 1911 bestehe und die Interessen Portugals berühre. Grey erwiderte, er habe keinerlei Mitteilung über diese Angelegenheit erhalten. Darauf stellte der radikale King eine Frage, die sich auf einen angeblich zwischen England und Deutschland bestehenden Geheimvertrag vom Jahre 1898 bezog. Grey erwiderte, King müsse wissen, daß durch eine Beantwortung solcher Fragen derartige Geheimverträge der geheime Charakter genommen werden würde.

Goldney (Unionist) richtete an Sir Edward Grey die Anfrage, ob das Auswärtige Amt an irgendwelchen Besprechungen über die mögliche Abtretung der Walfischbay oder auch Sanfihars an andere europäische Mächte teilgenommen habe. Sir Edward Grey erwiderte: Vor vielen Jahren sei der Austausch von britischem Gebiet nicht formell in Erwägung gezogen worden. Einzelne dieser Austauschpläne seien für möglich befunden worden, andere aber seien erörtert und beiseite gelegt worden. Der britischen Regierung müsse es immer freistehen, derartige Möglichkeiten ohne öffentliche Erklärung zu besprechen. Aber in einem Falle von Landabtretungen, die mehr als eine Grenzregulierung bedeuten, würde die Einwilligung des Hauses unter den von der Regierung im Juli 1890 während der Debatte über die Abtretung Helgolands festgesetzten Bedingungen eingeholt werden. Auch werde keine Abtretung von Gebietsteilen, die zu einer englischen Kolonie mit Selbstverwaltung gehören, ohne Einwilligung der Regierung dieser Kolonie erfolgen. Ich kann keine weitere Erklärung auf derartige Fragen geben als diese. Wenn Goldney einen Irrtum zu vermeiden wünscht, so darf er nicht annehmen, daß eine Abtretung der Walfischbay und der Insel Sanfihar in Erwägung gezogen wird.

Marokko.

Die Verstärkung der französischen Truppenmacht.

Algier, 22. Februar. Mit Rücksicht auf die wachsende Erregung unter den Eingeborenenstämmen in der Schauja hat das 1. französische Jägerregiment den Befehl erhalten, drei Schwadronen zur Ausreise nach der Schauja bereitzustellen. Die Truppen sollen in einzelnen Etappen am 5. März und am 15. April eingeschifft werden.

Amerika.

Sozialistische Verstaatlichungsanträge.

Genosse Victor Berger, der einzige sozialistische Vertreter im Kongress, hat neuerdings wieder zwei Vorlagen von größter Tragweite eingereicht. Die eine bezweckt nicht weniger als die Lösung der für das ganze Wirtschaftsleben des Landes brauendsten Frage: Die Nationalisierung der Erze. Sobald geschäftliche Verbände einen Anhang erreicht haben, daß sie Produktion und Preise einer Industrie beherrschen, ist es die gebührende Pflicht der Regierung, ihr Besitztum zu erwerben und im Gesamtinteresse zu bewirtschaften. Die Grenze soll die Erzeugung von 40 Proz. der Gesamtleistung einer bestimmten Industrie sein. Durch Gesetz soll ein Industriebureau geschaffen werden. Für jede Enteignung soll vom Kongress eine Kommission bestellt werden, die einen Kassierer anstellt. Der Wert der zu erwerbenden Anlagen soll von einer durch die Kommission zu bestellenden Sachverständigenjury von 12 Mann ermittelt und in seiner Höhe der Eigentümern der Preis in Schachschillingen von 50 Dollar gezahlt werden, die zu 2 Proz. verzinst und in fünfzig Jahren eingelöst werden. Sofern die Eigentümer den Verkauf verweigern, soll der Präsident die geeigneten Mittel zur Inbesitznahme der Werke anwenden.

Den ersten Spezialfall legt Berger selbst vor in einer eigenen Bill betr. Verstaatlichung der gesamten Eisenbahn-, Telegraphen-, Fernsprecher- und Expressdienstunternehmen. Dazu soll eine Kommission von 12 Mann ernannt werden, die alle Grundsätze für die Abschätzung des sachlichen und persönlichen Anlagewertes aufstellen und zur Schätzung selbst eine Unterkommission von fünf Mann einsetzen soll. Ferner soll ein den übrigen Ministerien gleichgestelltes Departement für Transport- und Telegraphenwesen im Kabinett gebildet werden. Den Expressdienst soll das Postdepartement übernehmen. Weiter wird achtstündige Arbeitszeit und die Zahlung der zur Zeit der Uebernahme in der betreffenden Industrie üblichen Löhne vorgeschrieben.

Unruhen in Mexiko.

Washington, 21. Februar. Nach amtlichen Meldungen breitet sich die Anarchie in Mexiko immer mehr aus. Mehrere Städte sind in den Händen der Aufständischen. Die Proteste von Amerikanern gegen die Uänderungen werden immer zahlreicher. — Gestern hat nach hier eingetroffenen Telegrammen bei Chalapa an der Südgrenze von Mexiko ein Schirmmüß stattgefunden, in dem die Rebellen 57 Tote verloren. Sechs Rebellen wurden gefangen genommen. Die Landmiliz hatte elf Tote und neun Verwundete. Die Rebellen gegen sich nach dem Gescheh in den Staat Guerrero zurück, von wo sie gekommen waren.

Aus der Frauenbewegung.

Ein deutscher proletarischer Frauentag

findet in diesem Jahre wieder statt und zwar

Sonntag, den 12. Mai 1912.

Der Frauentag soll eine Demonstration für das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Frauen sein. Die Genossen und Genossinnen werden schon jetzt ersucht, eine umfassende Agitation hierfür zu entfalten und ihre Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere werden die Organisationen gebeten, sich mit ihren Veranstaltungen so einzurichten, daß der 12. Mai freibleibt für die Demonstration der proletarischen Frauen. Die Demonstration wird wieder eine internationale sein. Schon jetzt steht fest, daß die Genossinnen in Oesterreich und anderen Ländern sich der Demonstration anschließen.

Gewerkchaftliches.

Die Entwicklung der beiden Bergarbeiterverbände.

Nachdem nun auch der Jahresbericht des Christlichen Bergarbeiterverbandes vorliegt, erscheint — besonders in der jetzigen Zeit der Lohnbewegung, an der der Christliche Verband sich nicht beteiligen will — eine Gegenüberstellung beider Verbände in ihrer Entwicklung sehr interessant.

Die Einnahmen beider Organisationen betragen:

	Bergarbeiterverband	Christlicher Gewerksverein
Beiträge	2 290 468,68 M.	1 138 549,74 M.
Eintrittsgeld	15 675,20	8 077,—
Ertragsbeiträge	46 131,90	—
Streikbeiträge	19 607,75	—
Summa	2 322 083,53 M.	1 146 626,74 M.

Das Übergewicht des Bergarbeiterverbandes tritt klar hervor. Die Mehreinnahmen des Verbandes betragen 1 175,456 M. Auch die Einnahmen des Bergarbeiterverbandes an Beiträgen sind im letzten Jahre gestiegen, während die des Gewerksvereins christlicher Bergleute gesunken sind.

Einnahmen für Beiträge

	1910	1911
Verband	2 122 877,66	2 289 468,68
Gewerksverein	1 138 866,25	1 138 549,75
		+ 116 591,02 M.
		816,50 M.

Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß der Rückgang der christlichen Organisation viel stärker ist, als er in der Beitragsleistung zum Ausdruck kommt. Die beweglichen Löhne des christlichen Organs „Der Bergknappe“ über diesen Rückgang lassen unsere Annahme auch berechtigt erscheinen.

Nicht groß ist der Unterschied der beiden Organisationen in der Ausgabe. Der Bergarbeiterverband hatte schwere Kämpfe zu führen, während die christliche Organisation nichts tat oder Kämpfe unmöglich zu machen suchte. — Die Ausgaben der beiden Verbände betragen:

	Verband	Gewerksverein
Streik- und Gemahregelungen		
Unterstützung	1 592 321 M.	168 965 M.
Streikbegeld	91 778	75 680
Arbeitslosenunterstützung	33 031	4 355
Krankenunterstützung	851 425	214 949
Prozesse, Strafen u. Rechtschutz	111 238	67 822
	2 179 841 M.	531 771 M.

Die Ausgaben für Verbandsorgane und Bildungszwecke betragen beim Bergarbeiterverband 139 052 M., beim Gewerksverein 119 510 M. Noch größer tritt die Untätigkeit der größten christlichen Arbeiterorganisation hervor, wenn die in den letzten sechs Jahren für Streikunterstützung gemachten Ausgaben zusammengerechnet werden. Es gaben an Streik- und Gemahregelungenunterstützung aus:

	1906—1911
Bergarbeiterverband	3 191 824 M.
Gewerksverein	868 037

Der Vermögensbestand betrug am Jahresabschluss beim Bergarbeiterverband 8 711 035 M., beim Gewerksverein 2 101 722 M. Hätte der christliche Gewerksverein auch annähernd solche Kämpfe geführt wie der Bergarbeiterverband, er wäre vollständig finanziell außerstande. Vor Kämpfen hütet sich aber diese Organisation. Anscheinend soll es auch für die Zukunft so gehalten werden. — Werden die christlich organisierten Arbeiter noch länger auf eine wirkliche Interessenvertretung verzichtet?

Berlin und Umgegend.

Die Kernmacher und der letzte Formierstreik.

Die in den Eisengießereien beschäftigten Kernmacher und Kernmacherinnen versammelten sich am Mittwochabend in den „Ruffia-Sälen“, Adersstraße, zu einer Versammlung über die Lage nach dem Streik. Die Kernmacher haben sich damit abfinden müssen, daß für sie bei dem Abschluß des Streiks keine Verbesserungen erreicht wurden; aber sie sind empört darüber, daß sie sich in vielen Betrieben Verschlechterungen ihrer bisherigen Lage gefallen lassen sollen. In der A. E. G., Turbinenfabrik und Eisengießerei, mühten sich die Kernmacher gegen Lohnkürzungen energisch zur Wehr setzen; auch mit der Wiedereinstellung der Kernmacher ließ man sich dort viel Zeit und der 31. Januar war schon versprochen, als die letzten wieder eingestellt wurden. Bei Vorzug ist manches schlechter bestellt als vor dem Streik. Bei Gebauer herrschte über Lohnkürzungen so viel Unzufriedenheit, daß ein Streik der Kernmacher ausbrach, der 14 Tage dauerte, bis man das Versprechen einer Zulage von 2 Pf. erhielt. Es wurde empfohlen, den Betrieb von Gebauer möglichst zu meiden. Bei R. Loewe hat sich an den bisherigen, sehr verbesserungsbedürftigen Zuständen nichts geändert. Hier klagen besonders die Kernmacherinnen über rücksichtslose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Am Streik hatten sich alle Kernmacherinnen, 38 an der Zahl, beteiligt. Während davon 8 andere Arbeit fanden, hielten die übrigen 28 aus bis zum letzten Tage. Sie müssen — bei gleichen Leistungen — 40 Proz. billiger arbeiten als ihre männlichen Kollegen. Bei der Abrechnung werden oft so viele Schwierigkeiten gemacht, daß manche mit Abschlagslöhnen von 2, 4, 8 und 9 M. pro Woche nach Hause gehen müssen. In einem Falle erhielt eine Arbeiterin 50 Pf. als Abschlagslohn für die Woche. Obgleich wenig zu tun ist, werden immer neue Leute eingestellt, um dadurch einen Druck auf die übrigen Arbeiter auszuüben.

Die Verhältnisse in zahlreichen anderen Betrieben wurden noch einer Kritik unterzogen, wobei mehrfach auf die Schäden der Ueberstundenarbeit hingewiesen wurde. Die Kernmacher sind nicht gesonnen, sich Verschlechterungen ihrer Lage gefallen zu lassen. Als vorbeugende Maßregeln werden empfohlen, Werkstatteversammlungen mindestens alle 4 Wochen abzuhalten, um gegen Mißstände und Schäden sofort gemeinsam einschreiten zu können; ferner tüchtige und erprobte Vertrauensleute zu bestellen, und dann gegen die Ueberstundenarbeit energisch Front zu machen, was um so mehr notwendig ist, als für die Ueberstunden keine Extrabergütung gezahlt wird. Die Kernmacherinnen sollen möglichst unterstützt werden, um Widerstand gegen weitere Bedrückung leisten zu können. Eine gute Organisation und die Bekämpfung der Selben darf nicht vernachlässigt werden. — Die Versammelten waren mit diesen Vorschlägen durchaus einverstanden; allgemein wurde betont, daß man allen Verschlechterungen der Lage den nötigen Widerstand entgegenzusetzen müsse.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Lohnbewegung im „Wirtshaus zum Gockepeter“, Inhaber Riemann, Kommandantenstraße 72, ist beendet. Der dargelegte Vertrag ist unterschrieben, und die gestellten Forderungen sind bewilligt.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

Deutsches Reich.

Streikposten, eine Verurteilung der Arbeitswilligen.

Weil sie sich gegen Recht und Gesetz anlässlich des Streiks der Porzellanarbeiter in Ruhaldensleben vergangen haben sollten, und zwar bei ihrer Tätigkeit als Streikposten, hatten sich acht Angeklagte vor dem Schöffengericht Ruhaldensleben zu verantworten. Obwohl nicht weniger als ein Polizeikommissar, vier Polizeibeamte und zwei Arbeitswillige als Zeugen aufgerufen worden waren, fiel das Beweisergebnis so mager aus, daß der Amtsanwalt Berantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Informativteil veranlagt.

sich bescheiden mußte, wegen groben Unfugs (a 8 M. Geldstrafe) zu beantragen, denn — die bloße Auffstellung der Streikposten habe schon eine große Beunruhigung unter den Arbeitswilligen hervorgerufen. Trotz dieser scharfsinnigen Begründung mußte der Herr Vertreter der Anklage den Schmerz erleben, daß das Gericht den Angeklagten freisprach.

Zur Lohnbewegung der ober-schlesischen Bergarbeiter.

In einer Konferenz von Vertretern der Bergarbeiterorganisationen wurden nochmals die Arbeitsverhältnisse der ober-schlesischen Bergarbeiter besprochen und nach längerer Beratung wurde der Beschluß gefaßt, an den Ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein als Vertretung der ober-schlesischen Bergwerkbesitzer sofort eine Eingabe einzureichen, in der eine Erhöhung des Arbeitsverdienstes um 15 Proz. gefordert wird. Diese Forderung ist von Vertretern folgender Organisationen unterzeichnet worden: Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sig Vodom), Polnischer Berufsvereinigung (Abt. Bergarbeiter), Verband der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin, Gewerkschaft Bergarbeiter), Christlicher Gewerksverein der Bergarbeiter Deutschlands (Sig Eilen), Gewerksverein der Bergarbeiter S.-D. (Sig Oberhausen). — Es ist das erstmal, daß die Bergarbeiterorganisationen in Oberschlesien zu gemeinsamem Vorgehen sich auftrafen. Durch diese Einigkeit und Geschlossenheit der ober-schlesischen Bergarbeiter gewinnt die Lohnbewegung an Wucht und Nachdruck.

Unternehmensspesen!

Ein gelber Wertverein, der bisher vorwiegend bei Krupp sein arbeiterwidriges Unwesen trieb, hat nun eine große Propaganda über das ganze Ruhrrevier entfaltet. Die Kosten dafür, 100 000 M., werden von der Firma Krupp gedeckt. Solche Spesen machen sich durchaus bezahlt, dies hat sogar! Vor einiger Zeit wurde auf Lohnreduktionen bei Krupp hingewiesen, der gelbe Führer bezeichnete die Mittel als Schwindel. Nun sind in der Kanonenerverfabrik XI offiziell folgende Kürzungen der Tagelöhne bekannt gemacht worden: Sägeleier 40—100 Pf., Dreher 30 Pf., Schlosser 70 Pf. — so machen sich Spesen bezahlt!

Die Schlichtergerichte von Vegesack und Kreis Blumen-thal stehen in einer Lohnbewegung. Der Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Bremen, hat den Meistern einen Tarif unterbreitet, wonach eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden inkl. Pausen gefordert wird. Ferner wird für Gesellen bis zum Alter von 20 Jahren ein wöchentliches Mindestlohn von 13 M., für ältere Gesellen ein solcher von 16 M. verlangt. Ueberstunden sollen mit 50 Pf. vergütet werden. Falls der Geselle nicht im Hause des Meisters logiert, so ist er dafür pro Woche mit 3,50 M. zu entschädigen. Sonntagsarbeit soll im höchsten Maße nur bis zu drei Stunden ausgedehnt werden. Die Organisation der Meister ist ersucht worden, sich bis zum 28. Februar zu dieser Angelegenheit zu äußern. Die Gesellen sind sämtlich organisiert.

Differenzen im Bremer Bäckergerwerbe.

Nach dem Tarif für das Bremer Bäckergerwerbe ist Kost und Logis im Hause des Meisters nicht gestattet; der Minimallohn soll 22—24 M. pro Woche betragen. Durch eine Umfrage des Verbandes der Bäcker ist jetzt festgestellt worden, daß sich 170 Gesellen in 130 Bäckereien gegen ihren Willen in Kost und Logis befinden. Alle bisherigen Versuche der Bestreuer, in der Schlichtungskommission gegen die Tarifbrecher vorzugehen, scheiterten an dem Widerstand der Meister. Die Gesellen verlangen nunmehr eine korrekte Einhaltung des Vertrages. Sie beschloßen daher, daß ihre Vertreter in der Schlichtungskommission den Antrag stellen sollen, diese möge beschließen, daß über alle tarifbrüchigen Bäckermeister und alle Wiederverkäufer, die von diesen Ware beziehen, die Sperre bezw. der Boykott verhängt wird. Falls die Schlichtungskommission nicht darauf eingeht, soll beantragt werden, daß die tarifbrüchigen Unternehmer der Organisation der Gesellen zu weiterem Vorgehen freigegeben werden sollen.

Verstärkte Terrorismlage.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Gelegentlich des im August v. J. auf dem Zementwerk Grünau bei Nietleben ausgebrochenen Streiks hatte die bürgerliche Presse wieder einmal ein furchtbares Terrorismsgeschehen über angebliche Taten der Streikenden angestimmt. Am Streik nicht beteiligte Personen waren eines Abends mit rabiaten Arbeitswilligen in Differenzen geraten und hatten einige Fensterheben der Fabrik eingeworfen. Die Schatzkammerpresse schrieb damals von einem „Landfriedensbruch“, der das Schwurgericht beschäftigen werde, usw. Vorgeföhrt kam nun endlich der langersehnte Prozeß vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Die Arbeiter Kaube und Steinbach von Nietleben, die damals als Leiter des Streiks bezeichnet wurden, sollten sich am 21. August v. J. der Bedrohung, der Nötigung durch Körperverletzung und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Alle diese Straftaten sollten sie fünf Arbeitswilligen gegenüber begangen haben, die von Breslau kamen. Nach der Vernehmung der fünf Arbeitswilligen, die eidlich bekundeten, von den Streikenden in keiner Weise bedroht worden zu sein, und nur beschäftigt, im Streiklokal gepflegt worden zu sein, sowie das Geld zur Rückreise in ihre Heimat erhalten zu haben, wurde seitens des Gerichts auf den angebotenen Entlastungsbeweis verzichtet. Das Schöffengericht erkannte auf die beantragte Freisprechung der beiden Angeklagten.

Soziales.

Ist bei Kinderversicherung gegen Sterbefall eine Karenzzeit erforderlich?

In einem Rechtsstreit der Sterbefälle ehemaliger Pflugscher Arbeiter zu Berlin gegen den Berliner Polizeipräsidenten als Aufsichtsbekörde war diese, für alle entsprechenden privaten Versicherungsverträge wichtige Frage zu entscheiden.

Die genannte, seit 1869 bestehende Kasse hat in ihrem § 15 die Höhe aufgeführt, welche als Sterbegeld gezahlt werden. Bei Kindern bis zu vier Jahren beträgt danach das Sterbegeld 20 M., es wird also auch schon bei Kindern gezahlt, die weniger als ein Jahr alt sind. Das Statut wurde genehmigt. Nachträglich machte aber eine andere Sterbefälle, der die Genehmigung zur gleichen Fassung nicht gegeben wurde, die Aufsichtsbekörde darauf aufmerksam, daß ja doch die Kasse ehemaliger Pflugscher Arbeiter schon Sterbegeld beim Verschanden von Kindern unter einem Jahre zahlen dürfe.

Der Polizeipräsident erließ nun an die Sterbefälle ehemaliger Pflugscher Arbeiter, beziehungsweise an ihren Vorstehenden Gustav Wegner, unter Berufung auf das Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen von 1901 und auf § 159 des Reichsgesetzes vom 30. Mai 1908, betreffend den Versicherungsvertrag, eine Auffichtsbekörde. Darin wurde gesagt, daß das Statut den Anforderungen, die an eine Kinder-Sterbegeldversicherung gestellt werden, insofern nicht entspreche, als eine Karenzzeit für die Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahr gefordert werden müsse. Der Vorstehende wurde deshalb aufgefordert, durch eine Kassensammlung eine Beschlusfassung dahin zu veranlassen, daß durch das Statut hinfert festgelegt wird, daß beim Tode von Kindern vor Vollendung des ersten Lebensjahres überhaupt kein Sterbegeld gezahlt wird.

Wegner klagte auf Aufhebung dieser dem Gesetz widersprechenden Verfügung.

Das Oberverwaltungsgericht gab dieser Tage der durch den Vorstehenden Gustav Wegner persönlich vertretenen Klage statt und setzte die Verfügung des Polizeipräsidenten mit folgender Begründung außer Kraft:

Alledings könne nach dem Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen die Aufsichtsbekörde Anordnungen treffen, das Statut dem Gesetze entsprechend zu machen. Die Anordnung des Polizeipräsidenten, die von ihm verlangte Karenzzeit einzu-

führen, finde aber im Gesetz keine Grundlage. Es sei hier zu berücksichtigen, daß das Gesetz über den Versicherungsvertrag im § 159 für den Fall der Kinderversicherung ausdrücklich Bestimmungen treffe, die die Direktive geben für diese Versicherung. Von einer Karenzzeit sei da nicht die Rede. Im übrigen sei aber das Statut nach jenen Bestimmungen eingerichtet, das heißt es widerspreche ihnen nicht. Die Ansicht des Polizeipräsidenten, daß die fragliche Bestimmung dem Gesetz widerspreche, sei daher verfehlt. Finde aber die Forderung des Polizeipräsidenten im Gesetz keine Begründung, dann müsse sie außer Kraft gesetzt werden.

Krankenkassenwahl in Stolp.

Bei der am 20. Februar in Stolp in Pommeren stattgefundenen Wahl von Arbeitnehmervertretern siegte die Liste der vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten mit 785 Stimmen gegen 535 des christlich-nationalen Mißmachers. Der Sieg ist um so bemerkenswerter, als unsere Genossen seit sechs Jahren vergeblich einen jähren Kampf führten. Hoffentlich bleibt der Sieg ein dauernder.

Kampf um das Mandat eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters.

In Althaldensleben im Regierungsbezirk Magdeburg war am 15. März 1910 der sozialdemokratische Kandidat, Handschuhmacher Ring, mit 117 Stimmen gegen 100 Stimmen, die auf die beiden Gegenkandidaten fielen, gewählt worden.

Die Gemeindevertretung erklärte auf einen Einspruch hin die Wahl für ungültig. Sie schloß sich dem Protest an, in dem unter anderem behauptet worden war, daß bei der Wahl des Wahlvorstandes, beziehungsweise der Prüfer, etwa 10 Personen mitgewirkt hätten, welche nicht zu den eingeschriebenen Wählern gehörten. Ferner sei es so voll im Saal gewesen, daß manche Wähler nicht hätten in den Saal gelangen können. Manche hätten aus dem Saal heraus den Kandidaten gerufen.

Auf die Klage Rings, der die Angaben des Protestes bestritt, erklärte der Kreisaußschuß seine Wahl für gültig. Das Kreisgericht führte aus, es habe sich um den größten Saal des Ortes gehandelt, der für alle Platz gehabt habe. Wenn einer wirklich nicht hineingekommen sei, dann würde dessen Stimme am Resultat nichts geändert haben.

Der Kreisaußschuß Magdeburg erhob Beweis und erklärte unter Aufhebung des Urteils des Kreisaußschusses die Wahl für ungültig. Er führte aus: Der Zutritt zum Lokal sei durch die am Eingang herumstehenden Leute außerordentlich erschwert gewesen. Das habe der Kreisaußschuß für erheblich gehalten. Die Aussagen der Zeugen wichen ja nun zum Teil voneinander ab. Das erklärte sich daraus, daß jeder zu einer anderen Zeit das Wahllokal aufgesucht habe. Soviel gehe aber daraus hervor, daß der Zutritt zum Wahllokal nicht unerheblich erschwert gewesen sei. Das genüge, um das Endergebnis zu einem zweifelhaften zu machen, zumal wenn man erwäge, daß zahlreiche Leute bei einer Schwierigkeit, ins Wahllokal zu gelangen, von der Wahl ganz absehen. Ziehe man in Betracht, daß die Majorität keine große gewesen sei und einige weggegangen seien, ohne zu wählen, dann müsse man dazu kommen, daß das Ergebnis nicht als der reine Ausdruck des Willens der Mehrheit gelten könne. Die Wahl müsse daher für ungültig erachtet werden.

Genosse Ring legte Revision ein, welche in der Verhandlung am Dienstag der Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenbergs vertat. Der Anwalt rügte nach verschiedenen Seiten das Urteil als durchaus unzulänglich. Unter anderem hob er auch hervor, daß der Vertreter der Gemeindevertretung in Abwesenheit des Klägers vor dem Kreisaußschuß behauptet habe, die Ungemüßlichkeit im Lokal (er meint das Zusammenstehen der Wähler an der Tür) auf eine Absicht der Sozialdemokratie zurückzuführen sei, die Wahl zu stören. Möglicherweise sei der Ausfall des Urteils der Vorinstanz darauf zurückzuführen. Eine solche Absicht habe aber nicht im mindesten bestanden. Die Sozialdemokraten hätten eher ein Interesse daran gehabt, daß noch mehr Wähler erschienen. Das Urteil sei übrigens schon rein rechtlich unhaltbar.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil des Kreisaußschusses auf und verwies die Sache an die erste Instanz, den Kreisaußschuß, zurück. Es wurde ausgeführt: Es sei ein Rechtsirrtum, wenn der Kreisaußschuß davon ausgehe, daß die Wahl ungültig sei, weil, wie er sage, die Wahlteilnahme nicht unerheblich erschwert gewesen sei. Das genüge nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts durchaus nicht. Nur eine tatsächliche Verkümmern der Wahl würde sie ungültig machen. Eine solche sei aber durch das Zusammenstehen an der Tür nicht herbeigeführt worden, wie bei freier Beurteilung angenommen werden müsse. — Der Kreisaußschuß müsse sich aber deshalb nochmal mit der Sache befassen, weil in den Urteilen gar nicht der Einwand berücksichtigt worden sei, daß es bei der Wahl der Prüfer des Wahlvorstandes nicht richtig zugegangen sei. Der Wahlvorstand sei aber so wesentlich, daß Fehler bei seiner Wahl die Wahlhandlung ungültig machen.

Letzte Nachrichten.

Zum Kohlengräberstreik in England.

London, 22. Februar. Ähnlich wird gemeldet: Auf Vorschlag des Premierministers Asquith haben die Kohlenbergwerkbesitzer ein Komitee für weitere Verhandlungen mit der Regierung ernannt. Vertreter der Bergarbeiter werden am Dienstag wieder mit dem Premierminister zusammentreten.

Russische Hängepolitik.

Leberan, 22. Februar. Wie die „Frankf. Zig.“ meldet, wurden heute 4 Verbrecher öffentlich aufgehängt; weitere sollen folgen. Die Regierung will ihre Stärke beweisen.

Russischer Studentenstreik.

Petersburg, 22. Februar. (W. T. B.) Eine Gruppe Petersburger Hochschüler hat eine Aktion eingeleitet, die bezwecken soll, einen allrussischen Studentenstreik herbeizuführen. In einer veröffentlichten Proklamation wird einerseits auf die mißlichen Verhältnisse an den Hochschulen hingewiesen, andererseits der zehnte Jahrestag der Kiower Studentennunruhen erwähnt, der nicht unbeachtet gelassen werden dürfe. Die Führer der Aktion haben sich bereits mit den Studenten fast aller russischen Hochschulen in Verbindung gesetzt und hoffen zum Anfang März mit dem Generallstreik der gesamten russischen Studenten einsehen zu können.

Aus der Aviatik.

Wau, 22. Februar. (W. T. B.) Der Flieger Bedrines hat 100 Kilometer in 37 Minuten, 200 Kilometer in 1 Stunde 15 Minuten durchfliegen und damit einen neuen Schnelligkeitsrekord aufgestellt.

Sturmwehler an der atlantischen Küste.

New York, 22. Februar. (W. T. B.) Seit der Nacht vom 21. Februar wüet an der atlantischen Küste ein heftiger Sturm. Eine Anzahl Personen wurden durch einstürzende Schornsteine verletzt und von dem Sturm zu Boden gemorfen. Bei Norfolk (Virginia) sind fünf Dampfer gestrandet, darunter ein englischer.

Erdbeben in Südamerika.

San Juan del Sur (Nikaragua), 22. Februar. (W. T. B.) Aus Nikaragua werden andauernde Erdstöße gemeldet.

Reichstag.

12. Sitzung. Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Wermuth.

Die Besprechung der Interpellationen Albrecht und Genossen (Soz.) und Blach und Genossen (Sp.), betreffend

Aufhebung der Zölle auf Mais, Futtergerste und Kartoffeln

wird fortgesetzt.

Abg. Antrid (Soz.):

Die Erklärung, die der Staatssekretär gestern abgegeben hat, ist für uns in keiner Weise befriedigend ausgefallen, umso mehr dürfte sie die Herren Agrarier befriedigt haben. Die ganze Rede war weiter nichts als ein

Lobgesang auf das Schutzollsystem,

insbesondere auf den Wuchertarif vom Jahre 1902. Besser konnte es auch der habgierigste Agrarier nicht tun, als es der Minister getan hat, eine schönere Rede für einen sogenannten lösenlosen Zolltarif konnte keiner der Herren von der rechten Seite halten, als es der Herr Staatssekretär getan hat.

Auch etwas weiteres ist durch diese Rede klar zum Ausdruck gekommen, das ist die völlige Abhängigkeit der Reichsregierung von dem preussischen Junkertum, von den Agrariern, die allein die Niesenvorteile aus diesem Schutzollsystem haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was hat denn der Staatssekretär gesagt? War das eine erschöpfende Antwort auf die wohl begründeten Interpellationen der beiden linken Parteien? Es war weiter nichts als ein hilfloses Hin und Her.

Die Regierung habe geprüft, die Regierung habe erwogen, der Reichskanzler habe festgestellt, daß sich nichts geändert habe seit der Steuerungsdebatte im vorigen Sommer. Das Eine geht aus dieser Rede noch hervor, daß die Regierung zwar anerkennt, daß ein Notstand vorhanden ist, daß sie aber gar nicht daran denkt, vielleicht nicht daran denken darf, auch nur das geringste zur Milderung dieses Notstandes zu tun, unter dem nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Mittelstand, die Kleinbauern, die kleinen Handwerker und die kleinen Beamten leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Doch ja, etwas will sie ja tun, sie will den Kartoffelzoll für ganze neun Wochen außer Kraft setzen. Es wird ja nichts helfen, sagt der Minister, aber man wolle es doch versuchen, „man so duhn!“, wie der Berliner sagt.

Ich glaube selbst, daß diese Maßregel so, wie sie die Regierung ausführen will, recht wenig hilft. Wenn die Regierung wirklich helfen will, dann muß sie den Kartoffelzoll, wie wir es wollen, ganz beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn jetzt der Kartoffelzoll auf neun Wochen aufgehoben wird, so wird selbstverständlich der Großhandel alles, was hineinkommen kann, hereinholen; aber der Großhandel wird nicht so richtig sein, diese Vorräte gleich in den Handel zu bringen, nein, die wird man einfach aufheben, bis der Zoll wieder in Kraft tritt. Damit hat die Regierung nicht dem armen hungernden Volke, sondern tatsächlich

dem Großhandel geholfen,

indem sie ihm eine neue Liebesgabe zuschickt. Ich glaube, daß das auch die Absicht der Regierung ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Herren vom Zentrum sind damit ja ganz einverstanden, weil sie der stillen Hoffnung sind, daß und durch diese Vorgänge nachher bewiesen werden soll, daß eine Aufhebung der Zölle gar nicht zu einer Preisherabsetzung führt. So, wie die Regierung diese Maßnahme treffen will, wird allerdings diese Wirkung eintreten, und ich will das gleich hier feststellen. Der Herr Staatssekretär erklärte, die Futterartoffeln werden ja nicht getroffen, höchstens vielleicht die Saatkartoffeln. Inwieweit die Saatkartoffeln, wer kauft und verkauft denn die Saatkartoffeln? Der Großgrundbesitzer verkauft sie und der kleine Landwirt muß sie kaufen. Daher wird den kleinen Landwirten ein notwendiges Produktionsmittel verteuert. Nicht nur wird getroffen, wie der Minister es darstellte, die sogenannten Luxus- und Malartoffel, sondern auch ein großes

Quantum der Kartoffeln, die aus Ländern bezogen werden, die ein ähnliches Klima haben wie Deutschland. Das sind aber nicht Luxusartoffeln, sondern hier wird ein notwendiges Nahrungsmittel der minderbemittelten Bevölkerung von der Steuerung betroffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner weist an statistischen Zahlen nach, daß durch die Steuerung in viel schärferer Weise die aus dem Ausland bezogenen Speise- und Futterartoffeln betroffen werden.

Auch über die Futtermittelzölle hat der Staatssekretär monades befragt, was sehr ansehnlich ist. Er gab zu, daß eine außerordentliche Steuerung der Futtermittel besteht; aber die Ursachen dieser Steuerung wußte er aber weiter nichts zu sagen, als daß die Zölle nicht wesentlich zu dieser Preissteigerung beigetragen haben. Er stellte eine neue Posttheorie auf, wie sie bisher noch nicht von der Regierung, wohl aber von den Herren der rechten Parteien und des Zentrums schon bei den früheren Zolldebatten aufgestellt wurde. Er sagte, daß die Herabsetzung des Maiszolles nicht eine Senkung des Preises, sondern eher

eine Verteuerung

zur Folge haben würde. Einen Nutzen würde nicht der kleine Landwirt, sondern der Handel haben. Diese völlig neue Behauptung begründete er damit, es sei überhaupt kein Mais zu haben. Diese neue Posttheorie ist mir allerdings nicht ganz neu. Der Staatssekretär hatte schon einen Vorgänger, meinen Gegenkandidaten im dritten Braunschweigischen Wahlkreis, einen ehemaligen Schutzmannsdirektor, der von der Volkswirtschaft sozial Ahnung hatte, wie der Esel vom Lautenschlagen; dieser Herr wollte im Wahlkampf die Sozialdemokratie mit derselben Theorie verblenden, daß durch die Aufhebung der Zölle eine ganz furchtbare Steuerung eintreten würde. Bei eintretender Satzung könnte ja dieser Schutzmannsdirektor an die Stelle des Herrn Staatssekretärs gesetzt werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Es soll kein Mais vorhanden sein. Nun, andere Fachmänner meinen das Gegenteil. Dr. Neubauer, der Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt, sagt, die Maisernte sei durchaus normal gewesen. Aber selbst wenn kein Mais vorhanden wäre und man die neue Ernte abwarten müßte, so wäre immer noch unrichtig, daß durch die Aufhebung des Zolles der Preis gesenkt wird. Ohne den Zoll würden wir selbst wenn wenig Mais vorhanden wäre, zwar einen gesteigerten Weltmarktpreis zahlen müssen, der aber immer noch

um 30 M. pro Tonne billiger wäre,

als wenn der Zoll besteht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen wir darauf bestehen bleiben, daß die Aufhebung des Mais- und des Gerstenzolles im Interesse der Kleinen vielden Landwirte und der Arbeiterklasse liegt und ihnen eine ganz bedeutende Erleichterung schaffen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Zentrumsvredner Herr Herold meinte, die Gesetzgebung könne doch die Preise nicht regulieren, und kam dann mit dem alten abgehandenen Witz, man könnte die Gesetzgebung sonst ja auch für die Dürre des Sommers verantwortlich machen. Durch Aufhebung der Zölle würde die Reichskasse, meinte er, 70 Millionen Mark pro Jahr verlieren, für die keine Dedung da sei. Die Landwirtschaft selbst brauche Futtermittel, aber der größte Teil derselben sei ja zollfrei. Der Futtergersteszoll sei so niedrig, daß trotz desselben 2 1/2 Millionen Tonnen Futtergerste eingeführt seien. Und dann kam das interessanteste an seiner Rede, nämlich die Landwirtschaft wolle durch die Schutzölle nur angemessene Preise erzielen, um die Produktionskosten decken zu können. Was angemessene Preise für die Landwirtschaft sind, ver schwieg er wie und ebenso schwierig er sich darüber aus, wie sich die Produktionskosten zusammensetzen. Ich werde daher darauf eingehen. Also die Gesetzgebung soll nach Herrn Herold die Preise nicht regulieren können. Dabei beweist doch der Wuchertarif, daß Sie (nach rechts) mit Erfolg eine solche Preisregulierung durch die Gesetzgebung angestrebt haben. Jeder Doppelzentner Weizen wird dadurch um 5,50 M. verteuert, jeder Doppelzentner Roggen um 5 M., Futtergerste wird, wie Herr Herold selbst anführte, 2 1/2 Millionen Tonnen eingeführt, die

um 30 Millionen Mark verteuert

sind, eine Summe, welche die kleine Landwirtschaft zahlen muß. Und was Sie durch den Wuchertarif nicht erreicht haben, Sie

durch das skandalöse System der Einfuhrscheine erreicht. Dadurch haben Sie es fertig gebracht, daß dem Reich 122 Millionen als Einfuhrprämie bezahlt werden, so daß in Rußland und Dänemark das Vieh mit gutem deutschen Getreide gefüttert wird; daß deutsches Getreide in Rußland vermahlen wird und die übrig bleibende Mele uns dann zu einem höheren Preise verkauft wird, als sie in Rußland das Getreide bezahlt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie selbst sagen, die kleine Landwirtschaft hat Interesse an billigem Futtermittel, so helfen Sie uns doch, die Zölle aufzuheben, und wenn Sie nicht wissen, woher Sie den Einnahmeausfall für die Reichskasse decken sollen, so beseitigen Sie doch das schandwürdige System der Einfuhrscheine, und wenn Ihnen das nicht genügt, so sind wir gern bereit, Ihnen mit einer Reichsvermögens- und einer Reichseinkommen- und einer Reichsnachlasssteuer zu helfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der größte Teil der Futtermittel zollfrei eingeht, so beweist das doch nicht, daß wir mit der Aufhebung der Zölle auf Mais und Futtergerste warten sollen, denn die Preise der zollfreien Futtermittel werden ja auch sehr wesentlich beeinflusst von dem Preis der mit Zöllen belegten Futtermittel. Das geht aus einem Vergleich der Preise sehr deutlich hervor.

Und nun zu den Produktionskosten. Zu den Produktionsmitteln der Landwirtschaft gehört doch in erster Linie der Grund und Boden, dann das Vieh, die Rohstoffe, die Futtermittel. Wollen Sie die Produktionskosten erniedrigen, so dürfen Sie doch nicht so verfahren, daß auf diese Produktionsmittel Zölle gelegt und sie dadurch verteuert werden. Wollen Sie rationell verfahren, so müssen Sie mit uns stimmen für die Beseitigung dieser verteuern den Zölle auf Futtermittel. Sie müssen mit uns stimmen dafür, daß alle die Mittel beseitigt werden, die zur Steigerung der Bodenpreise beitragen. Sie müssen mit uns für die Beseitigung der Einfuhrzölle, der Industriezölle stimmen, die ja die notwendigen Produktionsmittel verteuern. Und vor allem müssen Sie mit uns stimmen für die

Aufhebung der Getreidezölle,

die ja gerade das allernotwendigste Produktionsmittel der Landwirtschaft in die Höhe getrieben haben. (Zuruf rechts: der Weizen ist jetzt billiger!) Das ist mir neu. Es hat allerdings eine Zeit gegeben, wo bei Ihnen der Weizen billiger, davon hatte aber der Landarbeiter gar nichts. Bitte, lesen Sie nur meine Rede vom 17. Oktober 1902 nach (Große Heiterkeit), wo ich Ihnen nachwies, wie niedrige Löhne die Landarbeiter bekommen. Jede Zollerhöhung soll ja auch preissteigernd wirken und in den jeweiligen Einnahmen der Besitzer zum Ausdruck kommen. Und damit muß auch die Grundrente steigen und beim Weizenwechsel kommt die gesteigerte Grundrente kapitalisiert in gesteigertem Preise für Grund und Boden zum Ausdruck. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das werden doch die Herren rechts auch nicht bestreiten können. Professor Brentano berechnet die Mehreinnahmen infolge der Getreidezölle auf

eine Milliarde Mark.

Daraus entstand natürlich ein kolossales Steigen der Preise von Grund und Boden, bei dem auch ein starkes Steigen der Hypotheken zu verzeichnen ist. Es ist auch nachgewiesen, daß diese Steigerung der Bodenpreise bei den großen Gütern sehr erheblich höher ist als bei den kleinen. Von 1903 bis 1909 betrug diese Steigerung bei Gütern über 500 Hektar 53 Prozent. Selbstverständlich haben die größten Besitzer auch den größten Nutzen, die kleinen Besitzer haben von der Preissteigerung des Grund und Bodens nur eines, die Möglichkeit, höhere Hypotheken aufzunehmen. Es ist schon soweit gekommen, daß die Pächter für die Pacht, die der Pächter in die Höhe getrieben hat, sich schinden und quälen müssen und daß die kleinen Besitzer kaum diese Hypotheken zinsen aufbringen können, die ihnen die famose Postpolitik aufgehört hat. Die Verschuldung des Grundbesitzes hat sich durch die Wirkungen des Zolltarifs ganz erheblich gesteigert. Das Ihnen ein Sozialdemokrat sagt, mag es auch noch so richtig sein, das werden Sie immer bestreiten. Ich kann Ihnen aber Autoritäten aus Ihren eigenen Reihen anführen, die genau dasselbe ausgesprochen haben. Ein klassischer Zeuge wird doch auch für Sie der preussische Landwirtschaftsminister Herr v. Arnim sein, der 1908 im preussischen Abgeordnetenhaus aus-

Kleines feuilleton

Die Industrie im Bilde. Die Bedeutung, die die Kinematographie für die Veranschaulichung von Maschinen und industriellen Einrichtungen gewonnen hat, ist an dieser Stelle bereits herabgehoben worden. Man will jetzt auch in Berlin eine Stelle schaffen, an der ein Ueberblick über die Erzeugnisse und Fortschritte der deutschen Industrie geboten werden soll und zwar durch bildhafte Darstellung. Neben der Photographie und dem Lichtbild soll in hervorragendem Maße die Kinematographie in den Dienst dieses Industrie-museums gestellt werden. In einer Versammlung von wissenschaftlich und praktisch Interessierten wurden diese Pläne am Mittwoch in der Technischen Hochschule besprochen und zugleich praktisch demonstriert. Prof. D. Kammeyer zeigte, wie das Lichtbild den technischen Prozeß lebendig werden läßt. Es wurde ein Niederlausitzer Braunkohlenbergwerk im Betriebe vorgeführt, man sah, wie die Kohle weiter befördert, zu Brille verarbeitet und in dieser Form verladen wird. Die Eisengewinnung im Hochofen und seine Verarbeitung im Walzwerke wurde durch vorzügliche Filme veranschaulicht. Eine reiche Ausstellung von Photographien, darunter solcher, die von hinten beleuchtet wurden, gewährte Einblicke in große Betriebe aller Art.

Hoffentlich wird die fruchtbare Idee, die hier angeregt wurde, in einer Form verwirklicht, daß auch die breiten Massen Nutzen davon haben. Vor allem muß auch der Arbeiter bei seiner Arbeit, müssen die Einrichtungen des Arbeiterhauses dabei berücksichtigt werden.

Rekorde der Kunstkritik. Der Hofbericht meldet, daß der Kaiser dem neuen Haus von Veple einen Besuch abgestattet und die Sammlung Weber angesehen habe: „Der Kaiser äußerte sich sehr anerkennend über die Gruppierung der einzelnen Räume und betrachtete fast jedes Bild eingehend. Der Besuch dauerte eine Stunde.“ Der geizigste ist, ähnliche Besuche des kaiserlichen Hofes, wird unwillkürlich neidisch. Die Galerie zählt 350 Bilder; fast jedes, sagen wir also 300, und dazu die Räume, und dann noch Anerkennung, und das alles in einer Stunde — welsch eine Leistung. 300 Bilder auf die Stunde macht fünf auf die Minute. In zwölf Sekunden ein Bild eingehend betrachten: ach, könnte das Hofmarschallamt, das solche Berichte vergapft, uns nicht lehren, wie man das anstellt.

Die Kunst im Dienste des Proletariats. Aus Brüssel schreibt man uns: Unter den Solidaritätsakten, mit denen das belgische Proletariat die Nachwehen des Kohlenarbeiterstreiks im Vorwärtse zu mildern sucht, verdient eine Kunstveranstaltung Erwähnung, die die Kunstfunktion des Brüsseler „Raison du Peuple“ am letzten Sonnabend zugunsten der Frauen und Kinder im Vorwärtse arrangierte. Unter den Mitwirkenden befanden sich die ersten Kräfte der königlichen Oper, des Parktheaters — der ersten Schaubühne Brüssels — und des Galerieschreibers. Die Direktoren wie die Künstler, die übrigens schon öfters Gäste des „Raison du Peuple“ waren, zeigten sich gleichermäßen bereit, dem Solidaritätsprozeß der Arbeiterschaft zu dienen. In dem von dem Arbeiterpublikum fürmisch besetzten, durchwegs vornehmen Kunstprogramm muß man als besonders rühmendwert die künstlerische Leistung des aus Arrisien bestehenden Orchesters des

„Raison du Peuple“ hervorheben, die mit dem Vortrag eines Märchens von Peter Venöt und der Lannhäuser-Overtüre zeigten, weissen Arbeitermuffler fähig sind. Der Vortrag eines von dem sozialistischen Dichter des Vorwärtse den Bergarbeitern gewidmeten Gedichts gab dem Abend sein poetisch-politisches Relief. In einer Ansprache dankte Wandervelde den hilfsbereiten Künstlern, die als Landblute der Bergarbeiter sich als Wäuder gezeigt hätten.

Ein Sommerwolkheim. Sonntag nach Mittag. — Tief im Gewirre der grauen Vorstadtgassen steht, weihelängen in der jungen Taghelle, das Haus der Sonne, das Schloß der Freude, das Volkshaus. Sein mächtig Tor ist weit entriegelt. Eine dicke Schar drängt sich durch: die schönheitsdungrige und bildungs-süchtige Proletenjugend. Aber auch manch gereifter Mann zwängt sich mit den anderen in diesen Dom des Wissens. Und hier und da blinzt der silberne Scheitel eines greisen Menschen aus der Menge. . . Breite, helle Stiegen empfangen die Kameraden. Ein endloses Stauern trägt sie von Saal zu Saal. In einem stehen große Kästen mit allen möglichen Tieren, Pflanzen und Steinen. In einem anderen spiegeln sich mächtige Netorien in der Glanzfläche metallischer Geräte. Und so dehnt sich Raum an Raum. Jeder eine Werkstatt zum Veredeln jener Menschen, die nicht das Geld haben, teure Bildungsanstalten zu besuchen. — Köstliche Bilder hängen an den Wänden. Ueberall Schönheit.

So schildert Genosse Regald das Wiener Volkshaus, jene Stätte edler Volksbildung und schönster Lebensfreude, die durch Zusammenwirken volksfreundlicher Männer der Wissenschaft und taufender bildungsbessiger Proletarier Wiens erhalten wird. Zahllose Vorträge und Kurse, Konzerte und Kunstabende aller Art tragen von da Licht und Schönheit in die dunkelsten Peime. Und wieder geht von dort aus eine neue Bewegung, die dem Gedanken der Verkündigung von Erholung und Volksbildung neue Bahnen zu bereiten verspricht: die Gründung des Sommerwolkheims am Semmering. Etwa 80 Kilometer von Wien entfernt, 700 Meter hoch, in herrlichster Gebirgslandschaft, soll ein Grundstüd mit Haus gemietet oder gekauft werden, das den händigen Volkshauskünstlern (etwa 2000) gegen ein geringes Entgelt von 3-4 Kronen täglich Sommeraufenthalt gewähren soll. Das Haus bietet Platz für 100 Personen. Der Aufenthalt soll für die Belehrung, unter Voranstellung der eigenen Anschauung, nutzbar gemacht werden, indem man nacheinander die Teilnehmer gemeinsamer Kurse, z. B. für Naturwissenschaft, fremde Sprachen, Philosophie, dort versammelt und ihnen zusammen mit körperlicher Erholung und reinem Naturgenuß systematische Weiterbildung bietet. Ueber ein Heines,“ schreibt Genosse J. L. Stern in der „Arbeiter-Zeitung“, weht den Wiener Volkshauskünstlern der Alpenwind um die Stirnen. In treuer Brüderschaft werden die Gleichgesinnten droben einander finden, in einer Woche die Naturwissenschaftler, in der nächsten die Philosophen, in der dritten die Zeichner und Maler, und so fort. Was sie in Wien nur abends nach schwerer Verkmühe treiben konnten, nun rüde es in den Glanz ihrer freien Tage.“

Humor und Satire.

Theologische Doktorprüfung.

Prof.: Können Sie mir sagen, was das Christentum ist? Kund.: Christentum ist eine gemeinsame Bezeichnung für tausend

grundverschiedene Religionen vom Fetischismus des Südalieners bis zum reinen Wortglauben der modernen . . .

Prof.: Genau, genug! — Wollen Sie mir sagen, was die Mission bezweckt?

Kund.: Das Christentum zu neuen Wö . . ., will sagen neue Völker zum Christentum zu bekehren.

Prof.: Wie erreicht man das?

Kund.: Durch Predigen, durch den Unterricht, durch die Taufe . . .

Prof.: Und wenn sich die Wilden der Taufe widersetzen?

Kund.: So taufen wir ihre Götzen um!

Prof.: Welches ist der Zweck der modernen Philosophie?

Kund.: Wissen und Glauben zu versöhnen!

Prof.: Wie erreicht sie das?

Kund.: Durch Worte . . ., will sagen durch Metaphysik.

Prof.: Welche sind ihre beliebtesten Kunststoffe?

Kund.: Das „Ding an sich“, das „Absolute Sein“, die „Praktische Vernunft!“

Prof.: Welches ist die höchstentwickelte Religion?

Kund.: Das moderne Christentum.

Prof.: Wodurch unterscheidet sich eine hochentwickelte Religion von einer weniger entwickelten?

Kund.: Dadurch, daß sie einen reineren Gottesbegriff hat, und daß sie vom Volk falsch verstanden wird.

Prof.: Was verstehen Sie unter einem reineren Gottesbegriff?

Kund.: Einen Begriff, unter dem man sich nichts Klares vorstellen kann.

Prof.: Wodurch ist ein solcher Gottesbegriff jedem andern überlegen?

Kund.: Dadurch, daß man ihn nicht widerlegen kann.

Prof.: Können Sie mir zum Schluß einen Wilsatz erwähnen, der die ganze theologische Wissenschaft im Keime enthält?

Kund.: Im Anfang war das Wort, und das Wort war Gott, und Gott . . . war ein Wort!

Notizen.

— Ein freilicht-Museum für Heimatkunde wird von der Stadt Brandenburg geplant. An den Ufern des Gördesees will man „das deutsche Dorf“ in charakteristischen, historisch und landschaftlich verschiedenen Formen erstehen lassen. — Richard Andree, einer unserer hervorragendsten Geographen und Ethnologen, ist auf einer Reise von München nach Nürnberg im Alter von 77 Jahren gestorben. Weiteren Kreisen war er durch die Herausgabe von Atlanten bekannt, besonders sein großer „Allgemeiner Handatlas“ erweist sich einer verdienten Verbreitung. Andrees wissenschaftliche Arbeiten, die die Geographie, Ethnologie und Volkskunde betrafen, sind gediegen und obwohl im einzelnen veraltet, vielfach unerreicht. In seinen „Ethnographischen Parallelen und Vergleichen“ zeigte er mit überraschender Fülle, wie bei den verschiedensten Völkern und Rassen gleiche oder ähnliche Vorstellungen und Einrichtungen wiederkehren. Die „Braunschweiger Volkskunde“, die er als geborener Braunschweiger mit besonderer Liebe pflegte, ist schlechthin die beste volkskundliche Leistung in Deutschland. Seine unspezialistische Wissenschaft bewährte er auch als Herausgeber der von seinem Vater begründeten Zeitschrift „Globus“, die jetzt leider durch die Verschmelzung mit einer anderen ihre Eigenart verloren hat.

fährte, daß die Vorteile der Zollgesetzgebung für die Landwirte schon in einer Generation durch die höheren Schulden ausgeglichen sein würden. Die Zollgesetzgebung hätte dann nichts genügt, sondern sogar geschadet, denn wenn eine Verminderung oder Aufhebung der Zölle eintritt, dann würden Katastrophen aller Art die Folge sein. Was hier der Minister in einem leichten Augenblick gesagt hat, das selbe haben wir seit Veranlassung des Zolltarifs immer wieder betont. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß Sie (zur Rechten) Einrede halten. Ach nein, Ihr Geldbeutel würde ja dabei in Gefahr kommen, und wo das eintritt, sind Sie immer bereit, alles für die Fällung Ihres Geldbeutels zu tun. (Gelächter rechts.)

Es wird von den Herren so dargestellt, als bestände eine wirkliche Interessensolidarität zwischen Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. Ich bestreite diese Interessensolidarität ganz entschieden und behaupte vielmehr, daß der Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ein unüberbrückbarer ist, daß die Interessen des Großgrundbesitzes ganz entgegengegerichtet denen des Kleinbesitzes sind. Wenn weiter gefragt wurde, ob wir nur die Futtermittelzölle oder auch die übrigen Zölle beseitigen wollten, so antwortete ich: Ja gewiss mit Vergnügen. Es sollte doch auch den Herren von der Rechten bekannt sein, daß wir Gegner des Zollsystems sind, ohne uns dabei auf den Boden der alten Freihandelslehre zu stellen.

Wir sind auch so klug, einzusehen, daß die Aufhebung der Zölle nicht mit einem Male geht, sondern daß man dazu auch eine gewisse Zeit braucht. Deshalb verlangen wir auch zunächst, daß die drückendsten Zölle abgeschafft

werden, daß angesichts der allgemeinen Teuerung zunächst die Futtermittelzölle und die Kartoffelzölle beseitigt werden. Wir werden sicher zu geeigneter Zeit auch mit Vorschlägen kommen, die zur Abschaffung der übrigen Lebensmittelzölle führen werden. Ihre ganze Schutzpolitik führt zu einer ungeheuren Verteuerung aller Lebensgenussmittel und der wichtigsten Produktionsmittel der kleinen Landwirte.

Wir stehen vor wie nach auf dem Standpunkte, daß die ganze Schutzpolitik nur zu einer Bereicherung der Großgrundbesitzer und der reichen Bauern auf Kosten der kleinen Landwirte, der Handwerker und der Arbeiterklasse geführt hat. Die Schutzzölle haben das arbeitslose Einkommen der Reichen in der Stadt und auf dem Lande in geradezu beispielloser Weise gesteigert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus allen diesen Gründen bekämpfen wir dieses

Kuchwürdige System der Kartoffelzölle.

(Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Nicht Schutz, sondern Sozialismus, das ist es, was wir erstreben. Wenn die Regierung heute unserer Interpellation nicht nachgeben will, nicht nachgeben darf, wenn sie die kleine Landwirtschaft und die Arbeiterklasse weiter so schwer schädigt, so trägt sie die Verantwortung und nicht wir. Wir aber, das kann ich Ihnen schon jetzt sagen, wir werden draußen wieder unter das Volk gehen. Wir werden dem Volke sagen und zeigen an der Hand der Verhandlung dieser Interpellation, was es von dieser Regierung und diesem Reichstag zu erwarten hat, daß, trotzdem die Notlage anerkannt wird, die Regierung sich so im Wanne der Junker, so unter der Fuchtel des Großagrarierturns befindet, daß sie es nicht wagen darf, auch nur die Hand zu rühren, um die Beseitigung des allgemeinen auch von ihr anerkannten Notstandes herbeizuführen. Die Zustimmung dafür werden Sie (zur Rechten) erhalten, wenn nicht eher, bei den nächsten Wahlen. (Lachen rechts.) Sie dürfen sich gar nicht wundern, wenn wir bei der nächsten Wahl noch mit einer viel größeren Stimmenzahl auf dem Platze erscheinen. Das ist dann Ihr Verdienst, indem Sie schänderweise es ablehnen, die Not der armen Bevölkerung zu beseitigen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. — Jubelrufe auf der Rechten.)

Sechster Herrmann: Ich finde nicht, daß die Interpellation in eine besonders glückliche Zeit fällt. Wir sehen gerade gegenwärtig ein entschiedenes Sinken der Preise fast auf allen Gebieten. Von der Futtermittelzölle muß ich allerdings zugeben, daß sie seit der letzten Interpellation im Herbst erheblich im Preise gestiegen ist. Hier zeigt sich aber gerade, daß der Zoll zweifellos von sehr geringem Einfluß auf die Versorgung Deutschlands gewesen ist. Das ist auch ganz natürlich, denn im Vergleich zu den Futtermittelpreisen auf dem Weltmarkt ist der Zoll ein sehr geringfügiger. Er hat auch auf die Einfuhr so gut wie gar nicht einwirken können. Die Einfuhr von Futtermitteln im Oktober, November, Dezember und Januar 1911/12 ist genau so groß, ja noch etwas größer gewesen als im dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Was den Mais anbetrifft, so ist zweifellos der Preis sogar seit der Interpellation vom März vorigen Jahres ganz erheblich zurückgegangen. Er stand am 23. Oktober auf 171 und ist jetzt wieder auf 167 gefallen, für Juli und August-Preise sogar auf 168 M. Wie es scheint, rechnet der Handel darauf, daß im Frühjahr die Verhältnisse der Versorgung sich günstiger gestalten werden, als sie zurzeit sind; deshalb ist auch, wie uns von Sachverständigen versichert wird, anzunehmen, daß die Verwendung von Mais in Brennerien jetzt stärker werden wird. Dadurch würde ja dann, wie das auch die Absicht des Bundesrats ist, eine größere Menge von Kartoffeln für den Konsum reichen. Ich habe das Wort eigentlich nur genommen, um Ihnen mitzuteilen, daß der Bundesrat soeben im Sinne dessen beschlossen hat, was ich vor einigen Tagen Ihnen als in Aussicht stehend ankündigte, nämlich zu genehmigen, daß aus Billigkeitsgründen Kartoffeln vorjähriger Ernte nach dem 14. Februar bis zum 1. April zollfrei eingelassen werden dürfen. (Bravo!) Da ist es und ja nun mit dem Vorredner übereinstimmend, ihm selbst aber auch wohl. Einen schärferen Beweis dafür, daß die Suspension entweder gar nichts nützt, oder aber auf der äußeren Wank als gänzlich unnütz bezeichnet wird, konnte uns gar nicht gegeben werden. Der Vorredner hat selbst gesagt, die Suspension nützt gar nichts, weil nur der Großhandel davon Vorteil hat. Das ist genau die Deduktion, die wir gegen jede Suspension überhaupt vorbringen, nur daß sie leider hier nicht zutrifft, denn hier liegen die Verhältnisse in der Tat ja anders und deshalb sind wir auch hier in der Lage gewesen, dem wahren Sinne des Zolltarifgesetzes durch die Suspension zu seinem Recht zu verhelfen. Die Regierung hatte seinerzeit einen Kartoffelzoll überhaupt nicht vorgesehen, er wurde erst in der Tarifkommission beantragt und später angenommen. Man hatte damals keineswegs die Absicht, die im Grenzverkehr für den Konsum bestimmten Kartoffeln mit einem Zoll zu treffen, sondern es sollte nur ein beidseitiges kleines gärtnerisches Interesse geschützt werden. Wir haben es hier also keineswegs mit der Durchsetzung eines großen agrarischen oder großagrarischen Interesses zu tun. Wir haben ein großes Quantum der vorjährigen Kartoffeln in diesem Jahre eingeführt erhalten. Es ist eine Mehrernte von fünf Millionen Doppelzentnern zu verzeichnen, während im Jahre vorher die Einfuhr ebenso groß war wie die Ausfuhr. Es ist auch noch weiter eine große Einfuhr zu erwarten und die wollen wir durch die Suspension des Zolles erleichtern.

Also wir glauben vollkommen

im Sinne des Zolltarifs

gehandelt zu haben, wenn wir in diesem Falle und zwar ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung lediglich mit den Verfügungen des Bundesrats zu verfahren haben, daß nicht ausnahmsweise dieses Jahr Kartoffeln zollfrei gelassen werden oder unter den Zoll von einer Mark fallen, welche sonst eingegangen wären, und deren Vergütung nicht beabsichtigt war.

Abg. Wiesberts (Z.): Herr Entzick bezeichnet unsere gesamten Zölle als Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produktionsmittel. Roggen, Weizen, Hafer, Gerste sind doch wohl nicht landwirtschaftliche Produktionsmittel, sondern Produkte. (Lebh. Zustimmung im Zentrum.) Die Veranschlagung der Landwirte rührt daher, daß zur Anschaffung der Betriebsmittel Kapitalien gehören, die die Landwirte nicht erbringen können und die sie daher pumpen müssen. Herr Entzick sprach vom Steigen der Güterpreise. Da sollte er nicht

verschweigen, daß dies sehr stark beeinflusst wird von den Luxusankäufen von Gütern, die von den Städten gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich quittiere über das Entgegenkommen Entzicks, daß er die Zölle nicht sämtlich beseitigen will, sondern nur die drückendsten; also Brotwucher auf Abbau! (Sehr gut! im Zentrum.) Sind die Zölle wirklich so verderblich, so müßten sie sofort beseitigt werden.

Die Teuerung wirkt sehr nachteilig auf die Lebenshaltung der Bevölkerung. Es sollte vom Reichstag das Innere alles gesammelt werden, was zur Beseitigung der Not namentlich von Kommunen vorgehen ist. Das wichtigste Problem ist die Lebensmittelförderung des Volkes, und ich bedaure daher, daß in den Teuerungsbekämpfen in den letzten sieben Jahren nicht dieses Problem in der Mitte gestanden hat, sondern lediglich die Agitation. (Munche links. Sturm: Demagogie!)

Vizepräsident Dove bittet, Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Wiesberts (fortfahrend): Muß ich mich Demagogie beschimpfen lassen?

Vizepräsident Dove: Ich habe den Zwischenruf nicht gehört, sonst hätte ich ihn gerügt. Ich bitte nochmals, alle Zwischenrufe und Zwiesgespräche zu unterlassen, sonst läßt sich die Ordnung des Hauses nicht aufrechterhalten.

Abg. Wiesberts (fortfahrend): Die Frage der Lebensmittelförderung ist nicht bloß eine Frage für den Städter, sondern auch für das Land. Wir müssen die heimische Produktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen möglichst steigern und müssen lohnende Arbeitsgelegenheit für Handel, Gewerbe und Industrie schaffen. Aber nur billige Produkte von der Landwirtschaft fordern und zugleich höhere Löhne für den Landarbeiter ist etwas, was sich nicht vereinigt. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Der Schutz Zoll ist daher nicht im Interesse der Agrarier, sondern der Arbeiter und der konsumierenden Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Lachen links.) Vor einigen Jahren schrieb der „Vorwärts“, wir hätten eine Marine nicht nötig, im Falle einer Blockade könne unsere Landwirtschaft unsere Bevölkerung vollständig ernähren. Der Inlandsmarkt ist der beste, schrieb der „Vorwärts“ damals. Wenn das alles richtig ist, darf man die deutsche Landwirtschaft nicht zum Spielball ausländischer Kulis geteilt werden. (Sehr gut! rechts.) Ich würde die Kritik der Sozialdemokratie ernst nehmen, wenn sie unter sich nur schon über das Agrarproblem ins Reine gekommen wäre. Dies Problem hat bei Ihnen eine solche Menge Meinungsverschiedenheiten ausgelöst, daß man einen großen Respekt vor Ihrer Wissenschaft nicht haben kann.

Auch die „Leipziger Volkszeitung“ erkennt in einem Artikel am 24. Dezember 1907 für Rußland an, daß die Verarmung der Bauern ein Hemmnis für die Entwicklung der Industrie ist. Erkennen Sie also doch auch für Deutschland dieselben Grundsätze an.

Die alte Theorie der Sozialdemokratie geht dahin, daß auch in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb rettungslos von dem Großbetrieb abgelöst werden müsse. Das sagt auch Kautsky. Dagegen behaupten Bernstein, David und andere im Gegenteil, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft dem Kleinbetrieb weichen müsse. Die Ansichten der Sozialdemokratie in diesen Dingen gehen also so weit auseinander, daß man uns nicht zumuten kann, Ihnen hier zu folgen.

Vizepräsident Dove: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, sich etwas mehr an das Thema zu halten. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie sind vielleicht durch vorhergehende Ausführungen veranlaßt, das ganze Agrarproblem in den Kreis Ihrer Erörterungen zu ziehen; aber ich glaube, die Grenze, wo sie sich noch mit dem Thema befassen, ist jetzt erreicht. (Heiterkeit.)

Abg. Wiesberts (Z.): Wenn die Sozialdemokraten von den unheilvollen Wirkungen der Zölle sprechen, so muß doch daran erinnert werden, daß nach den Feststellungen der Gewerkschaftskommission die durch die Zölle herbeigeführte Verteuerung durch die erreichten Lohnaufbesserungen wieder ausgeglichen sind. Es ist festgesetzt, daß die Zeit nach Einführung des Zolltarifs eine Periode der Blüte für die deutsche Industrie und Landwirtschaft gewesen und die Lebenshaltung des gesamten Volkes dabei erheblich gestiegen ist. Natürlich muß die gewerkschaftliche Arbeit sorgfältig werden, um die großen Gegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden auszugleichen. Richtig ist also solche Teuerungsbekämpfungen wäre eine Untersuchung der Frage, wie wir die Lebensmittelförderung Deutschlands sicherstellen können. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Weisböck (L.): Auf das Bestehen eines Kartoffelzollens im Frühjahr legen wir Wert zum Schutze unserer kleinen Landwirte. Der Kartoffelzoll ist ein Schutz für den kleinen Landwirt. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Kartoffel ist auf dem Tisch des Reichen so gut wie des Armen. (Lachen links.) Auch an Fleisch kommt auf den Kopf der Bevölkerung 25 Kilo pro Jahr. Was soll denn die Suspension des Kartoffelzolls bis zum 1. Mai bewirken. Die Verbilligung wird sich in der großen Masse so verkrümmeln, daß der Konsum nichts davon hat. Viel wichtiger wäre die Aufschaltung des überflüssigen Zwischenhandels. — Der Abg. Wendorf bezog sich für die Suspension des Maiszolls auf den bayerischen Landwirtschaftsrat. Diese Körperschaft sprach sich keineswegs einstimmig dafür aus, und heute würde sie wohl eine andere Stellung einnehmen, im Interesse der Schweinezüchter der bayerischen Bauern. (Sehr richtig! rechts.) — Den Beschluß des Bundesrats auf Suspension des Kartoffelzolls bedauern wir aus dem lebhaftesten, wir erblicken darin eine Durchbrechung des Zolltarifs von 1902. (Bravo! rechts.)

Abg. Fegter (Sp.): Die Schlachtwiehmärkte sollen nach den Ausführungen des Vorredners mit Schlachtvieh überzogen sein. Das ist eben auf den Umfang zurückzuführen, daß die Viehhändler jetzt alles einermöglichen marktsfähige Vieh verkaufen, weil sie nicht über genügend Futter verfügen. Im Sommer haben wir mit einer Viehknappheit und Fleischteuerung zu rechnen, wie wir sie in langen Jahren nicht gekannt haben. Im Interesse einer ausreichenden und billigen Fleischversorgung des Volkes liegt eine Verbilligung der Produktionskosten der Viehzüchter und Viehmäster. Diese Landwirte haben kein Interesse an absolut hohen Verkaufspreisen, sondern an der Differenz zwischen Aufzuchtlosten und Verkaufspreisen. Wenn der Staatssekretär immer nur auf die Verhandlungen im vorigen Herbst verweist, so vertritt er, daß inzwischen Reichstagswahlen stattgefunden haben und daß in diesem Hause sich auch die Ansichten über die vorliegende Frage gewandelt haben. Allerdings nimmt auch das Zentrum diesmal eine ganz andere Haltung ein als Dr. Heim bei der vorjährigen Teuerungsbekämpfung. Der nationalliberale Redner Abg. Wamböck hat sich nicht ganz klar ausgesprochen; wir hoffen aber, daß die Nationalliberalen heute noch denselben Standpunkt einnehmen, den im vorigen Jahre die nationalliberalen Redner vertreten haben. Die konservativen Redner behaupten immer, sie wünschten einen Futtermittelzoll von 7,50 M. zum Schutze der Bauern. Die deutschen Bauern würden ihnen dafür wohl wenig Dank wissen. In einem einzigen Landkreise müßten die Bauern 800 000 M. Zoll für Futtermittel zahlen. Würde der Zoll 7,50 M. betragen, so hätte die Zollsumme 2 1/2 Millionen betragen. Woher sollten denn die Bauern diese Summen nehmen? Auch an agrarischen Kreisen im Lande kommt mehr und mehr das Verlangen, die Futtermittelzölle herabzusetzen. Ich kann nur meine Genehmigung darüber ausdrücken, daß die Suspension der Kartoffelzölle bewilligt worden ist. Um so mehr bedaure meine Freunde, daß die Regierung sich nicht zu dem gleichen Entgegenkommen auch hinsichtlich der Zölle auf Mais, Futtermittel und indische Erbsen verstanden hat. Ich persönlich würde die vollständige Beseitigung dieser Futtermittelzölle für richtig halten. Der langen Rede des Staatssekretärs kurzer Sinn war ein hartes Nein! Dadurch hat sich die Regierung wieder ein weiteres Kapitel von der Summe der Sympathie in bäuerlichen Kreisen verhergt. Der deutsche Bauer wird dadurch leicht geneigt sein, sich zu einer Partei zu schlagen, deren starke Vertretung in diesem Hause ja der Regierung so un-

angenehm ist. Der Staatssekretär sollte doch den Versuch mit der Aufhebung der Zölle machen, dann wird sich ja zeigen, ob er recht hat, daß die Preise steigen, oder wir, daß die Preise sinken. — Die Bestimmungen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche werden ganz unabhängig bureaukratisch angewendet, so daß hässliche Erfindungen dadurch geradezu verurteilt werden. Auf diese Handhabung der Seuchengelegebung sollte die Zentralstelle ihr Augenmerk richten. Daß die Regierung ihr Ohr nur einer bestimmten Gruppe leiht, die keineswegs die gesamte Landwirtschaft vertritt, trägt zur Erbitterung der ländlichen Bevölkerung bei und erklärt die Erfolge der Sozialdemokratie. Der Reichstag hätte jetzt Gelegenheit zu kolonialen Maßnahmen, indem er sich unseren Anschauungen nähert und unseren Anträgen und Anregungen nachgibt. Das wäre im Interesse einer gesunden Bauernpolitik. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Weisböck (W.) fragt darüber, wie unrentabel die Landwirtschaft sei. Die reichen Leute, die in den Reihen der Sozialdemokratie sitzen, sollten einmal Güter kaufen, um dies aus eigener Erfahrung zu erkennen. Jollermaßnahmen würden nicht preisbückend wirken und können deshalb nicht in Betracht kommen, die Zollpolitik habe vielmehr außerordentlich günstig für den kleinen und mittleren Bauern gewirkt. (Beifall rechts.)

Abg. Heßmann (W.) unter den Teuerungsbekämpfungen leidet ganz besonders auch der kleine und mittlere Bauernstand. Wir Bauern sind auch nichts anderes als Arbeiter, wird sind eben Arbeiter auf eigener Sohle. Zur Gelandung der Verhältnisse in Deutschland ist die Gelandung der Verhältnisse auf dem Lande nötig. — Die sozialdemokratischen Stimmen auf dem Lande kommen vielfach aus Unzufriedenheit der verschiedenen Art; so wurden in einem Dorfe 1907 17 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, weil das Bullengeld von 50 Pf. auf 1,50 M. erhöht war. (Große Heiterkeit.) — Mit der Suspension des Kartoffelzolls bis zum 1. Mai sind wir einverstanden, dagegen werden wir niemals der Aufhebung des Kartoffelzolls überhaupt zustimmen und wollen überhaupt kein Glied aus unserem Schutzsystem herausbrechen lassen. (Bravo! rechts.) Bleibt der Schutz Zoll der Landwirtschaft erhalten, dann brauchen Sie das wirtschaftliche und literarische Proletariat nicht zu fürchten, am harten Bauernschädel wird es zerbrechen. (Lebhafte Bravo! rechts und laute ironische Bravorufe links.)

Abg. Schweikhardt (Sp.) tritt für weitgehende Tarifermäßigungen auf der Eisenbahn ein und weist die gegen den Handel ersobenen Angriffe zurück. Man solle den Handel nicht für die Fehler der Weichgebung verantwortlich machen.

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Arnstadt (L.) bestritt gegenüber dem Abg. Fegter, daß er einen Anruf zum Boykott unterschrieben habe.

Abg. Gerstenberger (Z.) bestritt, daß er, wie der Abg. Wolf gestern angeführt, in der „Bürgerliche Volkszeitung“ geschrieben habe, wenn das Fleisch teurer sei, solle man etwas weniger essen.

Abg. Wolf (Soz.) verteidigt demgegenüber auf einen Zeitungsausschnitt, in dem das so wörtlich steht.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Einführungsgesetz zum internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung des Raubhandels, Verlängerung des Handels- und Schiffsverkehrsvertrages mit der Türkei, Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, Belegentwurf zur Änderung des Reichsmilitärstrafgesetzes und des Wehrpflichtgesetzes.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung. Donnerstag, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Bejeler.

Der Justizetat.

Zweiter Tag.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Wenn selbst ein Abgeordneter, wie Herr Boehmer, sagt, daß die Richter Kritik nicht nur vertragen, sondern geradezu wünschen, so wird man unsere Kritik am Justizetat nicht mehr auf die bloße Absicht des Heruntertreibens zurückführen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich beginne diese Kritik auch in diesem Jahre wiederum mit der Feststellung, daß selbstverständlich unser preussischer Richterstand in seinem Gros durchaus intakt ist, daß sich eine außerordentlich große Zahl preussischer Richter die allergrößte Mühe gibt, mit Unparteilichkeit ihres Amtes zu walten, und daß diese Herren vielfach auch in andere sind, ihre Bestrebungen darzulegen. Ich verstehe auch keineswegs, daß innerhalb der Staatsanwaltschaft viele durchaus tüchtige Herren ihres Amtes walten, die sich Mühe geben, anerkanntswürdige Unparteilichkeit zu üben. Aber wir sind trotzdem genötigt, einzelne Mängel immer wieder hervorzuheben und darzulegen, daß unsere heutige Justiz den Anforderungen der Zeit und der Gerechtigkeit nicht völlig genügen kann, aus Gründen, die ganz und gar außerhalb des guten Willens der einzelnen Richter liegen.

Zunächst wende ich mich zur

Kriminalpolizei,

die ja auch dem Justizministerium untersteht. Es ist in letzter Zeit wiederholt in Erscheinung getreten, daß Kriminalpolizeibeamte das Bestreben haben, Prozesse ganz unpolitischen Charakters zu Sensationsprozessen zu machen. Das ist besonders interessant angesichts der vielfach geübten Kritik, daß nämlich die Verteidigung Sensationsprozesse zu provozieren suche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt in Berlin gewisse Kriminalkommissare, die sich die größte Mühe geben, an und für sich geringfügige Dinge zu großen Massenprozessen zusammenzufügen, um auf diese Weise das Auge der Öffentlichkeit auf ihre Tätigkeit zu lenken. Es haben sich sogar dann und wann Richter gegen dieses Verfahren ausgesprochen, das für die Justiz, wie für die Angeklagten sehr große Nachteile hat. Die Gerichte werden veranlaßt, einen viel größeren Apparat aufzubieten, als der Bedeutung der Sache entsprechen würde; die Angeklagten haben den großen Nachteil, daß sie länger in Untersuchungshaft sitzen müssen, und daß auch ihre Position verschlechtert wird, weil naturgemäß in einem Prozeß, bei dem ein großer Apparat tätig ist, alles sofort viel früher erscheint und das Strafmaß viel höher genommen wird, als normalerweise. Ich will auf einzelne Fälle dieser Art nicht eingehen und nur noch sagen, daß es speziell Diebstahl- und Diebstahlprozesse sind, die in dieser Weise aufbereitet werden. Der Minister sollte sich einmal bei den Untersuchungsrichtern danach erkundigen, was für Plage ihnen durch die Verbindung verschiedener Anlagensachen entsteht, und wie sie dadurch gezwungen werden, manche Angeklagte unangehörig lang in Untersuchungshaft sitzen zu lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die härteste Anklage verdient auch folgendes Vorgehen der Kriminalpolizei: Sie vernimmt den Angeklagten hundert- und hundertlang, bis er ermüdet und hungrig ist; dann aber werden ihm, wenn er zusetzt, jetzt die Wahrheit kundgetun, Eisen, Bier, Zigaretten usw. gegeben. Dann protokollieren die Beamten auch nur das, was sie für richtig halten, das aber, was ihnen unwohl erscheint, protokollieren sie erst gar nicht. Die Wahrheit ist dann dasjenige, was sie für wahr halten: das Bekenntnis der Schuld. Bekenntnis hat der Betreffende nicht schuldig, dann wird er trotz Ermüdung, Hunger und Durst weiter befragt, bis er „die Wahrheit“ sagt. Gewiß geschieht das nicht in der Absicht, unrichtige Geständnisse herauszuholen, aber das Bedenkliche ist doch, daß hier das Herausgeholt werden soll, was die Kriminalbeamten als die Wahrheit ansehen. Es wird eine

Reflexion auf die Angeklagten

ausgeübt, und so kommen dann Protokolle zustande, Untersuchungsprotokolle haben sonst gar nicht die Möglichkeit, zu rauchen. Die

Kosten dieser Behandlung bestreitet der betreffende Kriminalbeamte aus seinem privaten Dispositionsfonds, der ihm hierzu von der Polizei zur Verfügung gestellt wird. Die Justizverwaltung sollte ganz energisch gegen dieses Verfahren auftreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Behandlung der Sachverständigen

Zeit, daß sich immer noch manche Richter einbilden, Allwissend zu sein. Der Richter muß sich dem bescheiden Sachverständigen anfertigen, natürlich unter dem Vorbehalt, daß er jederzeit andere Sachverständige berufen kann, soweit die Möglichkeit vorhanden ist. Das Reichsgericht hat wiederholt entschieden, daß eine Revision auf die Nichtbeachtung von Gutachten nicht gestützt werden darf. Um so weniger darf man die Richter in der Auffassung belassen, daß sie selbst in allen Dingen sachverständig sind.

Zu vergangenen Sommer hat in Paris der erste Internationale Kongress für Jugendgerichte stattgefunden; auch deutsche Richter waren zugegen, so Amtsgerichtsrat Köhne. Aber während andere Länder offiziell vertreten waren, ist dies von Deutschland nicht geschehen. Auf dem Kongress wurde die Tüchtigkeit der deutschen Jugendrichter sehr gerühmt. Man haben wir bei uns eine

Jugendgerichtspflege

überhaupt nur auf Grund einer Verfügung des Justizministeriums, hat das gesetzliche Maßnahmen ergriffen worden wären. Heute sind unsere Jugendgerichte nichts anderes als normale Amts- und Schöffengerichte, und wenn es gewiß auch sehr tüchtige Jugendrichter gibt, so habe ich doch Jugendgerichtshandlungen beigegeben, wo der Vorsitzende die jugendlichen Angeklagten angeführt hat, sie seien ja Gewohnheitsverbrecher, würden in ein paar Jahren ruiniert sein, und wenn sie noch einmal was anstellen, im Zuchthaus enden usw. Solche Herren mögen es ja gut meinen, wenn sie denken, sie brauchen den Angeklagten nur recht die Leuten zu lesen, um sie zu bessern; aber es sind eben ganz unqualifizierbare Herren. Da werden Leute mit reichen pädagogischen Fähigkeiten gebraucht. Sehr bedauerlich ist es, solange wir nicht überall das erforderliche Personal haben, die Defizienten aus den Jugendgerichtshandlungen auszufüllen. Sehr bedauerlich finde ich, daß die Staatsverwaltung und die Stadtverwaltungen noch nicht energischer an die richtige Organisation der Jugendfürsorge herangegangen sind, die außerordentlich wichtig ist und unmittelbar mit der Jugendgerichtsbearbeitung zusammenhängt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Statt der gesetzlich eingeführten bedingten Verurteilung und, was noch wichtiger ist, der bedingten Aussetzung der Anklageerhebung, haben wir erst einen kümmerlichen Notbehelf, und das beweist wieder, wie schwerfällig die preussische Gesetzgebung ist, wenn es sich um die Verwertung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse handelt. Wenn auch kritisch über die Justizverwaltung von der bedingten Verurteilung in größerem Umfang Gebrauch gemacht hat, so besteht andererseits die bedauerliche Tatsache, daß bei den Strafen über 6 Monaten die Anwendung dieses Mittels seit 1908 zurückgegangen ist. Offenbar ist auf Anweisung der Zentralbehörde rigorosere vorgegangen worden, als selbst der Überzeugung der Richter und Staatsanwälte entsprochen hätte. Möge die Justizverwaltung bei der Reichsregierung dahin wirken, daß ein Reichsgesetz über die bedingte Verurteilung und die bedingte Anklageerhebung vorgelegt werde, denn schon die Erhebung einer Anklage und noch mehr die Hauptverhandlung können von den schwersten Folgen für die Betroffenen sein. (Sehr wahr! links.)

Strafvollstreckung

Kann ich unserer Justizverwaltung leider ein besonderes Lob nicht spenden. Ich erinnere nur an die Fälle, wo Redakteuren die Selbstbeschäftigung und Selbstbeförderung verweigert worden ist, und verweise da besonders auf den Fall meines Parteigenossen Rehlisch. Wenn aber gestern Abg. Köhner die Justizverwaltung gelobt hat, weil in ihren Gefängnissen ein noch strengeres Regiment herrsche als in denen des Ministeriums des Innern, und wenn er behauptet hat, daß die Angeklagten deshalb sogar das Zuchthaus dem Gefängnis vorziehen, so würde dies, wenn es wahr ist, einen schweren Tadel der Justizverwaltung darstellen. (Sehr wahr! links.) Es ist leider in vieler Beziehung richtig, daß in den Gefängnissen der Justizverwaltung derjenige soziale Geist nicht Eingang gehalten hat, der in der Tat in weitestem Umfang in den Gefängnissen des Ministeriums des Innern eingezogen ist. Ich will nur hinsichtlich auf das sogenannte Freiheits-Zuchthaus in HeLo, das dem Ministerium des Innern untersteht, und das ich hier nur erwähne, um der Justizverwaltung ein Vorbild zu begeben und zu fragen, warum sie nicht einen ähnlichen Versuch zur Reform der Strafvollstreckung gemacht hat. In dieser auf Initiative des Geheimrats Köhner errichteten Anstalt arbeiten die zur schwersten Strafe Verurteilten in relativer Freiheit, unter menschlichen Bedingungen, und es wird dadurch nicht nur ihre Gesundheit vor dauernder Schädigung bewahrt, sondern das ist auch ein Mittel, das eine moralische und geistige Erziehung ermöglicht, eine Resozialisierung, als das, was das oberste Ziel unserer ganzen Strafvollstreckung sein sollte. (Sehr richtig! links.) Die Justizverwaltung würde, wenn auch sie sich diesen Reformbestrebungen widmete, die Zustimmung aller einflussreichen Kriminalisten finden. Auf dem Internationalen Kriminalistenkongress hat Geheimrat Köhne gemeint, daß kaum eine Regierung oder ein Parlament bereit sein würde, die für eine wirklich vernünftige Strafvollstreckung erforderlichen Mittel zu bewilligen. Dies ist also eine finanzielle Frage, die davon abhängt, welche Bereitwilligkeit dafür von Regierung und Landtag gezeigt wird. Wir hätten allen Anlaß, auch aus diesem Hause heraus der Staatsregierung unsere Bereitwilligkeit zur Bewilligung dieser Mittel zu erklären, damit diese pädagogischen Ziele erreicht werden können. Ich hoffe, daß auch die anderen Parteien entsprechende Erklärungen abgegeben werden, damit die Staatsregierung nicht glaube, nur die Sozialdemokratie erhebe diese Forderung.

Unser Gesetz ist in bezug auf die Frage

Entschädigung der unschuldig Verurteilten

und der unschuldig in Untersuchungshaft gehaltenen gerade unmöglich. Es fordert, daß die Gewährung einer Entschädigung abhängig gemacht wird von dem Nachweis der Unschuld, so dem das ganze System unseres Strafprozesses eigentlich gar nicht die Möglichkeit gibt. Es sollte daher diese Bestimmung wenigstens weitestgehend gehandhabt werden. Die Richter dürfen sich hierbei schon gar nicht vom Formalismus leiten lassen und, ohne ihre Unabhängigkeit anzutouren, sollte dies doch in offizieller Form bekanntgemacht werden. Wir sehen diesen formalistischen Standpunkt auch bei den Entscheidungen auf Hebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse. Genau so wie im Zivilprozeß der unterliegende Teil die Kosten des anderen zu erheben hat, sollte sich der Fiskus auch im Strafprozeß bei Freispruch als der Unterliegende anerkennen und die Kosten tragen. Nun kommt es aber vor, daß Gerichte die Hebertragung der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse ablehnen, weil die Sache so einfach gelegen habe, daß ein Verteidiger unnötig gewesen sei. Das ist doch ein ganz weltfremder Standpunkt! Der meist nicht rechtskundige Angeklagte bekommt eine von der Autorität einer rechtskundigen Behörde getragenen Anklage; wie kann er annehmen, die Sache liege ganz einfach und zu seinen Gunsten, wenn sogar die Richter dies keineswegs annehmen, indem sie die Anklage zulassen! (Sehr wahr! links.) Ich möchte wissen, ob nicht von der Justizverwaltung oder der Oberrechnungskammer den Richtern in irgendeiner Weise zu versichern gegeben worden ist, daß man wünsche, daß dieser Posten möglichst niedrig bleibe!

Zu

Bermundschafstufen

haben sich recht bedauerliche Missetaten herausgestellt, so durch die

Beröffentlichungen der früheren Stuttgarter Polizeikommissionin Schwieger Arendt und andere Veröffentlichungen. Das Pflegeheimwesen und unsere ganze Generalvormundschaft bedarf einer starken Umgestaltung dahin, daß die unglücklichen Wesen, insbesondere uneheliche Kinder, vor Ausbeutung, namentlich zu unethischen Zwecken, geschützt werden. Dem Engelmacher system muß ein Ende gemacht werden. An diesen Veröffentlichungen dürfen weder die Gemeindeverwaltungen, noch die Justizverwaltungen achtlos vorbeigehen. Leider verhalten sich unsere Vormundschaftsgerichte vielfach völlig ablehnend gegenüber den an sie heranretenden Bitten. Ich habe selbst diese Erfahrung gemacht, als ich lediglich im Interesse der Sache mich an einen Berliner Vormundschaftsrichter wandte. Er lehnte dieses inoffizielle Eingreifen schroff ab, vielleicht dachte er, ich wollte die Beleidigungsprozedur schweben soll, was mir gar nicht einfiel.

In der letzten Zeit ist, speziell anlässlich des Retternich-Prozesses, die Frage lebhaft erörtert worden, ob

Missetaten in der Rechtsanwaltschaft

bestehen. Wenn der Retternich-Prozess auch recht unerfreuliche Erscheinungen gezeigt hat, so ist er doch nicht dazu angetan, Vorwürfe gegen die Anwaltschaft zu erheben. Nicht nur die Verteidigung, sondern auch die Staatsanwaltschaft greift in Intimitäten der Zeugen ein. Die Zeugenaussage ist das wesentliche des Beweisverfahrens; um sicher zu gehen, daß dieses Fundament ein sicheres ist, muß der Richter nicht nur die Aussage hören, sondern den Zeugen genau kennen, namentlich wenn mit seiner Aussage eine Anklage steht und fällt; dann ist es, wenn nicht die Strafgerichtsbarkeit leiden soll, unerlässlich, diesen Zeugen in seinem Wesen den Richtern zu enthüllen. Es kommt darauf an, auf welcher psychologischen Basis eine Aussage beruht, mit welcher Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Beobachtungsgabe der Zeuge ausgestattet ist. Es würde daher außerordentlich verfehlt sein, aus diesem einen Prozess irgendwelche Schlussfolgerungen gegen die Rechtsanwaltschaft zu ziehen.

Wie verhält sich nun die

Justizverwaltung im allgemeinen

Kann sie als unparteiische Behörde betrachtet werden? Sie ist eine Verwaltung eines Klassenstaates, noch dazu eines preussischen Klassenstaates, und das muß sich schließlich doch immer wieder in ihrem Verhalten zeigen. In der Budgetkommission hat Dr. Friedberg gefragt, ob Richtern, die als Reichstagskandidaten auftreten, zum Zwecke der Wahlkatalogation Urlaub erteilt worden ist. Dr. Friedberg fügte gleich hinzu, man könne annehmen, daß ein Richter nur als Kandidat bürgerlicher Parteien auftritt, es liege also im Interesse der Staatsregierung, daß solche Kandidaten ihre agitatorische Tätigkeit in ausgiebiger Weise entfalten können. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Herr Friedberg hätte sich ruhig derber und gerader ausdrücken können, er weiß doch, daß vielleicht ein Richter, der Sozialdemokrat ist, noch existieren könnte, aber einer, der sozialdemokratische Bestimmung betätigt, schon nicht mehr. Aber gar ein Richter, der als sozialdemokratischer Reichstagskandidat aufgestellt wäre — glauben Sie, daß es etwas in Preußen vorkommen könnte? (Heiterkeit.) Das kommt ja nicht einmal in süddeutschen Staaten vor. (Aufe bei der Mehrheit: Gott sei Dank!) Der Justizminister hat anerkannt, daß ein solcher Urlaub gewährt wird nicht nur, weil der Richter das gute Recht hat, als Kandidat aufzutreten, sondern weil er gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie auftritt. Auch aus anderen Vorgängen kann bewiesen werden, daß die Justizverwaltung durchaus nicht unparteiisch ist. Es ist in ihre Hand gegeben, ob sie einem Anwalt einen Generalsubstitut bestellen will. Als ich durch meine Festungshaft über 2 1/2 Jahre meinem Beruf entzogen war, der die einzige Grundlage meiner Existenz bildet, hat die Justizverwaltung die Bestellung eines Vertreters für mich abgelehnt. Wird denn auch einem Offizier, der auf Festung sitzt, die Erlaubnis untergraben? (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Justizverwaltung wollte mir außer dem Nachteil der Strafe noch womöglich die Erlaubnis ruinieren. Habeat sibi! (Röge sie es!) Sie möge sich dieses Vergnügens gönnen! Meinem Parteifreund Landsberg in Magdeburg wurde, als er bei der vorigen Reichstagswahl kandidierte, ein Generalsubstitut bestellt, und als die Justizverwaltung hinterher erfuhr, daß er sich den Generalsubstituten habe stellen lassen, weil er als sozialdemokratischer Kandidat bei der Wahlkatalogation unmaßförmlich war, da ist ihm eröffnet worden, daß die Justizverwaltung auf das leidhafteste bedauerte, das nicht früher gewußt zu haben, da sie sonst den Substituten nicht bestellt hätte! Welch ungläubliche Kleinlichkeit! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Minister des Innern im vorigen Jahre ein

Gesetz gegen die Gewerkschaften

als wünschenswert bezeichnet hat, so hat er damit auch nicht verkannt, daß derartige Proklamationen ihren Eindruck auf die Richter nicht verfehlen werden. Wie sieht es mit der Unabhängigkeit der Richter gegenüber einer derartigen sicherlich politisch nicht objektiven Verwaltung? Alle Versuche, die Staatsregierung zu einer bindenden Erklärung über die jetzt bestehenden Verhältnisse in Personalfragen zu veranlassen, sind gescheitert. Solche geheimen Personalakten sind bei den richterlichen Beamten doppelt gefährlich, weil sie doch unabhängig sein sollen. Doch in unserem heutigen Richterstande noch ein Interesse an der Unabhängigkeit besteht, beweist die Haltung unseres Richterstandes im allgemeinen; aber es läßt sich nicht verkennen, daß sie nur ein Scheinunabhängigkeit haben. In der Presse ist aus Beamtenkreisen mitgeteilt worden, daß ein Ministerialverfügung besteht, wonach ein Richter sich ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten über irgend einen Beamten nicht beschweren darf. Die Justizverwaltung gibt den Beamten also nicht unbeschränkte Gelegenheit, ihr Recht zu suchen, ohne daß die Ministerialverwaltung ihre Zustimmung dazu gibt. Ich finde keinen großen Unterschied zwischen dem letzten Motuproprio des Papstes und dieser Ministerialverfügung. Wer unabhängige Richter haben will, muß dafür eintreten, daß die

Richter aus dem Volke hervorgehen

können, wie es ja schon in der Schweiz und in Amerika der Fall ist. Man versucht eine engere Verbindung des Richterstandes mit dem Rechtsempfinden des Volkes durch die Einfügung des Laienlements in unsere Rechtspflege herzustellen. Das sind an und für sich nur Verlegenheitsausflüchte, die gänzlich außer acht bleiben können, wenn bereits bei der Wahl der Richter selbst auf das Volk Rücksicht genommen wird. Durch die Hinzuziehung des Laienlements bleiben die Massenangelegenheiten vollkommen unberührt; wenn auch die Geschworenen und Schöffen hinzugezogen werden, so ist zwar ein Verlegenheitsausgleich gegenüber der Bureaukratie geschaffen, aber der Klassencharakter der Justiz wird dadurch nicht im geringsten betroffen, wenn die Arbeiter zu den Geschworenen und Schöffenstellen so wenig herangezogen werden. Wenn man auch die Forderung aufstellen wollte, daß die Richter aus allen Schichten genommen würden, so würde man mit dieser Forderung allein nicht weit kommen. Da müßte zunächst eine

vollkommene Unentgeltlichkeit der Ausbildung

gewährleistet werden, damit jeder, der befähigt ist, zum Richteramt aufsteigen kann. Man müßte in das ganze Erziehungs- und Lehrwesen eingreifen, um dahin zu wirken, daß der Einwand, die Richter würden nur den besitzenden Klassen entnommen, hinfällig wird.

Dem Justizminister müssen wir einen schweren Vorwurf machen wegen der Haltung der Justizverwaltung zu ihren Unterbeamten. Im vergangenen Jahre hielten die Unterbeamten in Berlin eine große Versammlung ab; damit wollten sie nur von dem ihnen gesetzlich gewährten Versammlungsrecht Gebrauch machen. Den Unterbeamten ist von der Justizverwaltung offiziell mitgeteilt worden, daß die vorgesehene Anwesenheit es nicht wünschenswert sei, daß die Beamten an dieser Versammlung teilnehmen. Das ist

Geradezu ein Skandal. (Sehr wahr! links.)

Prof. Frhr. v. Erffa: Ich bitte Sie, in Ihren Kritiken etwas mehr Maß zu halten.

Abg. Dr. Dieblich (Soz.) fortfahrend:

Solche Eingriffe der Justizverwaltung müssen künftighin vermieden werden. Wir erkennen gern an, daß in manchen Beziehungen sich die Verhältnisse in letzter Zeit verringert haben, es bleibt jedoch genügend zur Kritik übrig. Wir müssen uns wenden gegen die Auslegung des Wortes Klassenjustiz in dem Sinne der bewußten Rechtsbeugung, wir weisen ein: solche Auslegung weit von uns. Doch man den Redakteuren unserer Parteipresse die Borstrafen des Blattes anrechnet, führt zu traffen Verhältnissen in der Justiz. Was die

Brechfreiheit

angeht, so ist es Pflicht der Presse, wenn sie Gerüchte in der Öffentlichkeit herumzuschwirren hört, diese auch als Gerüchte wiederzugeben. In solchen Fällen hat die Justiz in letzter Zeit weniger gegen unsere Partei oft außerordentlich hohe Strafen festgesetzt, das sind so tagtägliche Erscheinungen, daß wir gar nicht mehr näher darauf eingehen brauchen. Systematisch wird gerade unserer Parteipresse der Schutz des § 103 A. O. B. entzogen.

Eine besonders betrübende Erscheinung ist es, daß unser Kammergericht in wesentlichen Beziehungen seine Rechtsprechung verschlechtert hat, so daß wir von einer miserablen Rechtsprechung des Kammergerichts

sprechen müssen. Unser heutiges Prozeßgesetz muß als durchaus veraltet bezeichnet werden. Was für ein Aufwand an Sachkenntnis wird verwandt nur zu dem Zwecke, das preussische Prozeßgesetz möglichst weit auszudehnen, um damit oppositionellen Strömungen entgegenzutreten!

Ein weiterer Missetat in der Rechtsprechung liegt in der

Handhabung des Jugendlichen-Paragrafen

des Verdinggesetzes. Wenn die Polizei Jugendauschüsse zum Zwecke der Erziehung von Jugendlichen als politisch zu erklären versucht hat, so ist das vom Standpunkte der Polizei aus schon bedenklich, aber es ist unverantwortlich, daß die Justizverwaltung solchen politischen Attosden gegenüber nicht die nötige Widerstandskraft gezeigt hat. Das sind offenbar Zustände, die beweisen, daß nach wie vor bei uns die Klassenjustiz herrscht, und daß die politische Vereinigenommenheit aus den Kreisen unserer Richter leider noch nicht geschwunden ist. Die vom Justizminister gestern vorgebrachten Vorschläge, die die Selbstständigkeit der Richter aus der Welt schaffen sollen, sind auszu optimistisch. Die Selbstständigkeit der Richter beruht auf einer tiefen Urjahe, auf der Komplexität der gesamten gesellschaftlichen Lebens. Diese ist nicht nur eine Komplexität in technischer, sondern auch in sozialer Beziehung. In der Lebensweise der verschiedenen Bevölkerungsschichten bestehen zu große Unterschiede; da wäre es von großer Wichtigkeit, wenn der für die jungen Juristen in Aussicht genommene Anschauungsunterricht dahin ausgedehnt würde, daß sie zur Erläuterung sozialdemokratischer Schriften veranlaßt werden (Gesächter rechts), dann werden die Herren, die später mit Sozialdemokraten zu tun haben, wissen, was die Sozialdemokratie erstrebt. Wir müssen fortgesetzt erleben, daß sie zur Klärung von den sozialdemokratischen Beiträgen haben. Das gilt nicht nur von den unteren, sondern auch von den höchsten Staatsbeamten. Ich erinnere nur an die Ausführungen des Grafen Pasadowski über die Sozialdemokratie. Es wäre sehr gut, wenn die sozialdemokratischen Schriften von den Juristen gelesen werden müßten, weil sie immer und immer wieder in die Lage kommen, über die Sozialdemokratie zu urteilen. Ebenso sollten sie ins Gewerkschaftshaus, in den Betrieb des „Vorwärts“ geführt werden (Gesächter rechts), damit sie sehen, was die Arbeiterklasse aus eigenen Kräften geschaffen hat, und auf einem wie hohen geistigen und sittlichen Niveau die Sozialdemokratie steht. Durch Führungen durch die Arbeiterbildungsschulen und ähnlichen Organisationen würde den Richtern klar gemacht werden können, daß

Sozialdemokratie eine kulturelle Bewegung

ist, die sämtliche Kulturgebiete umfaßt. Es wäre wünschenswert, Affessoren auf einige Zeit zu beurlauben, damit sie in einem Arbeitersekretariat oder bei einer Gewerkschaft sich die zu einem guten Urteil nötigen Kenntnisse in der Praxis erwerben können. Die Richter müssen es lernen, daß die Sozialdemokratie das wichtigste Objekt der Klassenjustiz ist. Wenn der Justizminister gemeint hat, daß bei der Ausbildung der Juristen Oberflächlichkeit verhütet werden müsse, so muß er die von mir empfohlenen Gesichtspunkte in Erwägung ziehen. Wir verlangen keine Sympathieerklärung von Seiten der Justizverwaltung, sondern als Objekte der Gesetzgebung fordern wir nur, daß die Arbeiterbewegung von den Juristen ausreichend studiert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns

die Quellen des Verbrechens

näher ansehen, sehen wir, daß die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Arbeitslosigkeit unmittelfach zusammenhängen. Die Arbeitslosen, die Wohnungslosen, die Alkoholiker, sie alle bilden die Reservearmee, aus der sich die Verbrecher rekrutieren. Auf der anderen Seite wurzelt die Quelle des Verbrechens in der ungenügenden Schulbildung; so ist das Verbrechen als eine im wesentlichen soziale Erscheinung anzusehen, als ein Spiegelbild unserer ungenügenden heutigen Gesellschaftsordnung. Die herrschenden Kreise sind verantwortlich für das Verbrechen, das sie die Kuhnheier der Zustände sind, aus denen das Verbrechen hervorgeht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kuhnheier des Alkohols, die Kuhnheier der Kinderarbeit usw. sind alle zusammen im wesentlichen Schuldige an unserer Kriminalität. Wenn irgendwo, so gilt von unserer Strafrecht das Wort, daß sie nicht nach dem Maße des guten Willens, sondern nach dem Erfolge zu beurteilen ist, und ihre Erfolge sind ungenügend. So sind die Verbrechen gegen das Vermögen von 1905 bis 1908 von 457 auf 541 pro 100 000 gestiegen; das beweist, daß unsere Auffassung von dem

Verbrechen als soziale Erscheinung

zutreffend ist. Natürlich kann man nicht der Strafrecht einen Vorwurf hieraus machen, da sie nicht imstande ist, Verbrechen gänzlich zu verhindern; wir müssen aber wenigstens erwarten, daß die Strafrecht alles tut, was in ihren Kräften steht. In dieser Beziehung ist unsere Strafrecht nicht auf der Höhe. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe die großen Aufgaben gekennzeichnet, die unsere Justizverwaltung erfüllen konnte, wenn sie von vorurteillosem Geiste erfüllt wäre; aber gerade für unsere Justizverwaltung habe ich die lebhafteste Befürchtung, daß es vieler Mühe bedürfen wird, um sie in ihrer Schwerefälligkeit vorwärts zu bringen. Man sagt häufig, daß wir in einem Zeitalter der Geschlichkeit leben; und wie oft hören wir doch von dem

Schrei über Ungeheuerlichkeit

gerade im Zusammenhange mit der Justizverwaltung, die doch der Geschlichkeit gewidmet sein sollte. Man muß danach streben, die Politik nach Möglichkeit aus dem Gerichtssaal zu bannen, und wir hoffen, daß das ehrliebe Streben unseres Richterstandes in dieser Hinsicht von der Staatsregierung nicht erschwert werde. Es wäre zu wünschen, daß von dieser Stelle aus der Justizminister klar und deutlich erklärt, daß unsere Justiz ohne Ansehen der Person nicht nur, sondern auch ohne Ansehen der politischen Anschauungen zu entscheiden habe. Hier gilt das Wort: „Wollt ihr Gerechtigkeit bringen der armen Kranken Zeit, so übt selbst vor allen Dingen Recht und Gerechtigkeit.“ Das muß vom preussischen Staate erst gelehrt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Prof. Frhr. v. Erffa: Das geht zu weit. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Hg. Dr. Liebknecht (fortfahrend): Unsere ganze Bewegung und unser Streben geht dahin, in dieser Beziehung zum Heil des deutschen Volkes möglichst viel durchzuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Bessler: Die Justizverwaltung hat alles getan, was geschoben konnte, um Einrichtungen zu schaffen, die dem Gedanken Rechnung tragen, daß die Jugendlichen anders zu behandeln sind als die Erwachsenen. Wesentliche Unterstützung hierbei haben freie Vereine geleistet. Die Justizverwaltung sieht darauf, daß die Vormundschaftsgerichte sich um die Pflege der unehelichen Kinder kümmern. Wir halten es mit allen Verwaltungen für richtiger, daß die Beamten ihre Vorgesetzten vertrauensvoll den vorgeordneten Dienstbehörden vortragen, nicht aber in sozialdemokratischen Versammlungen vorbringen. (Sehr richtig! rechts.) Wir tun alles für unsere Beamten, soweit es möglich ist. Es bedarf keines allgemeinen Appells an die Richter, nach Recht und Gerechtigkeit zu handeln. Die Richter tun das ohnehin. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Mit aller Entschiedenheit weise ich es zurück, was Herr Liebknecht gegen das Kammergericht gesagt hat. Das war in hohem Grade beleidigend. Das Kammergericht entscheidet nicht nach Vorurteilen, sondern nach Recht, Gesetz und pflichtmäßiger Ueberzeugung. Und diesem Urteil hat sich jeder zu fügen, auch Herr Liebknecht und alle, die ihm nachsehen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Hg. Dr. Bell (Z.) wünscht ein besseres Deutsch in den Urteilen, auch des Reichsgerichts. Es wird darüber geflagt, daß Landgerichtsdirektoren über einen Assessor, der in einer Richterberatung eine abweichende Meinung vertreten hat, einen schlechten Bericht verfassen. Deshalb sollten diese Berichte von den Landgerichtspräsidenten verfaßt werden. Wenn auch bedauerliche Entgleisungen von Anwälten vorgekommen sind, so darf man daraus keine allgemeinen Schlüsse ziehen, denn der Anwaltstand wird gegen unwürdige Mitglieder unznächtig einschreiten. Es muß dem guten Geschma des Publikums und der anständigen Presse überlassen bleiben, gegen sensationlästernere Prozeßberichterstattung vorzugehen. Wie kommen die Vernehmungen des Raubmörders Tremler in die Berliner Presse? Die sind doch Berufsgeheimnis der Kommissare! Schon jetzt bemühen sich mehrere Berliner Anwälte um Tremlers Verteidigung, einer reichte sogar eine Vollmacht eines Bruders des Tremler ein; Tremler selbst erklärte aber, er hätte gar keinen Bruder. (Obst! hört!) Die Berliner Anwaltskammer sollte da mit eisernem Wesen auftreten. (Zustimmung.) Von der Weltfremdheit der Richter wird viel zu viel geredet. Herr Liebknecht verlangt, daß jeder junge Jurist zeitweilig in der Redaktion des „Vorwärts“ untergebracht werden soll. Vor derartigen Wunderkuren möchte ich entschieden warnen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Furcht vor Anstehung!) Nein, so gefährlich sind Sie uns nicht. (Zuruf: Bedauerlicher Beifall bei der Mehrheit.) Wozu fragen die Strafammer Sachverständige, ob ein Bild unznächtig ist oder nicht, das sagt ihnen doch der gesunde Menschenverstand. Die Richter müssen sich in der Welt ebenso auskennen wie in der Seele des Menschen. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Weber-Diebold (natf.): Die jungen Juristen sollten auch den inneren Betrieb großer wirtschaftlicher Unternehmungen kennen. Der Redner tritt für die Besserstellung der Gerichtssekretäre und Kanzleigehilfen ein.

Justizminister Dr. Bessler: Sachverständige zu hören ist absolut nicht notwendig. Ich bin überhaupt der Meinung, daß die Gerichte allein beurteilen können, ob ein Bild oder eine Schrift unznächtig ist oder nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber die vom Angeklagten gestellten Sachverständigen müssen gehört werden. Für das Kammergericht, das Landgericht III und II sind Neubauten in Aussicht genommen.

Hg. Veltahn (Sp.) wendet sich gegen die Bewegung, die verlangt, daß eine Altersgrenze für die Richter eingeführt werde. Die Sachverständigenentscheidungen sind gar nicht auf die Frage, ob ein Bild oder Buch unznächtig ist, sondern nur darauf, ob es künstlerischen Wert hat oder nicht. Möge die Justizverwaltung für die Ausarbeitung eines Jugendstrafrechtes sorgen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Hg. Dr. Liebknecht (Soz. — persönlich) bedauert, verhindert zu sein, auf die Angriffe des Abgeordneten Bell, sowie auf die Ausführungen des Ministers einzugehen. Ich habe gesagt, daß die jungen Juristen auch die Veranstaltungen der Arbeiterklasse kennen lernen sollen, damit sie objektiv über die Dinge urteilen können, die damit im Zusammenhang stehen. Ich halte das für ein ganz billiges und sachlich gerechtfertigtes Verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die tägliche Forderung habe ich natürlich niemals gestellt, daß etwa einer von den jungen Juristen einige Zeit im „Vorwärts“ als Redakteur beschäftigt werden sollte. Da würde auch etwas Schönes daraus werden, und das würde auch unseren Parteigenossen gar nicht passen. (Weiterlekt.)

Beim Titel „Justizprüfungskommission“ bedauert

Hg. Trimbom (Z.), daß die Juristen erst so spät zu praktischer Tätigkeit kommen. Die ersten drei vier Semester werden verbummelt; da ist dann der Einpauser die einzige Rettung. Die Dauer des Semesters richtet sich nicht mehr danach, wie sie amtlich festgesetzt ist, sondern wann der Einpauser beginnt und aufhört.

Justizminister Dr. Bessler: Ich halte es für unausführbar, die jungen Juristen schon im ersten Stadium in die Praxis einzuführen. Man könnte sie da höchstens mit dem äußeren Apparat der Gerichte vertraut machen. Das Zwischensexamen halte ich nicht für notwendig; wer nichts tun will, wird auch dabei scheitern. Das Haus verlag sich.

Freitag, 11 Uhr: Fortsetzung.
Schluß 5 Uhr.

Die Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

Hatten gegenwärtig in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab, der im Gewerkschaftshause tagt und am Donnerstag seinen Anfang nahm. Die Veranlassung zu diesem Verbandstag gab ein Konflikt, der wegen des jüngsten Tarifabschlusses zwischen der Berliner Ortsverwaltung und dem Zentralvorstande ausgebrochen ist.

Als Gäste nehmen an dem Verbandstage die Vertreter folgender Körperschaften teil: Generalkommission der Gewerkschaften, Verband deutscher Buchdrucker, Deutscher Buchdruckerverband, Deutscher Senefelderbund, Reichsverein der Buchdruckerhilfsarbeiter Österreichs, Österreichischer Senefelderbund, Berliner Gewerkschaftskommission, Verein Berliner Buchdrucker.

Nachdem sich der Verbandstag konstituiert hatte, beendete die Verbandsvorsitzende Paula Thiede-Berlin in einem zweistündigen Vortrage die Tarifverhandlungen und deren Ergebnis, sowie

Ursachen und Verlauf des gegenwärtigen Konflikts.

Den eingehenden Darlegungen der Rednerin entnehmen wir die wesentlichen Punkte: Nachdem der alte Tarif gekündigt war, fanden Ende November in Leipzig Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien statt, die aber kein Ergebnis hatten. Die Hilfsarbeiter ziefen das Tarifamt der Buchdrucker als Einigungsamt an. Auf Veranlassung des Tarifamts fanden am 18. Dezember in Berlin erneute Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern aus einer Reihe von Tariforten statt. Diese Verhandlungskommission beschloß, daß in allen Punkten der Buchdrucker sich selbst nicht einig werden könne, das Tarifamt der Buchdrucker einen Schiedspruch abgeben solle. Unter diesen Modalitäten kam denn auch der Abschluß eines neuen Tarifs für die betreffenden Orte in der Kommission zustande. Hinsichtlich der Löhne wurde vereinbart, daß nach der Lohnhöhe abgestufte Prozentzuschläge zu gewähren seien. Auf Grund dieser Bestimmungen sollten die neuen Tariflöhne in den einzelnen Orten festgesetzt

werden, und wo die Vertreter der Parteien über die Lohnsätze nicht einig werden konnten, sollte das Tarifamt der Buchdrucker eine endgültige Entscheidung treffen. Alle diese Vereinbarungen waren durch Mehrheitsbeschluß der Verhandlungskommission zustande gekommen. Das Schlußprotokoll der Kommission wurde von allen Teilnehmern unterzeichnet, mit Ausnahme der Arbeitervertreter von Berlin und München, welche annahmen, daß ohne ihre Unterschrift die Abmachungen der Kommission für diese Orte nicht gelten, ein Tarif für sie nicht bestehe und sie deshalb in der Lohnbewegung freie Hand hätten. Der Verbandsvorstand dagegen vertat den Standpunkt, die Unterzeichnung des Protokolls sei eine bloße Formalität, die auf die Gültigkeit des Tarifs keinen Einfluß habe. Der Tarif sei durch die Mehrheit der Kommission angenommen und deshalb für beide Teile verbindlich. Diese Meinungsverschiedenheit führte nun zu dem Konflikt zwischen der Berliner Ortsverwaltung und dem Zentralvorstande.

Es kam zur Festsetzung der Mindestlöhne auf Grund der neuen Tarifbestimmungen, die am 1. Januar 1912 in Kraft treten sollten. In Berlin schien es zunächst, als würde sich diese Angelegenheit ohne Schwierigkeit regeln lassen. Am 29. Dezember sollten die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern stattfinden. Am 28. beschloß der Berliner Ortsvorstand und die Lohnkommission, sich nicht an den Verhandlungen zu beteiligen, sie schiedten aber den Vertretern der Unternehmer ihre Anträge bezüglich der Lohnhöhung ein. In diesen Verhandlungen hatte auch der Verbandsvorstand teilgenommen. Als seine Vertreter erschienen, erfuhr sie durch die anwesenden Unternehmer, daß die Ortsverwaltung sich nicht an den Verhandlungen beteiligen wolle. Auf eine Anfrage der Unternehmer erklärten sich die Verbandsvorstandsmitglieder bereit, auch die Berliner Ortsverwaltung zu vertreten. Hätten sie dies nicht getan, dann wäre die Situation so gewesen: Die Unternehmer hätten ihre Anträge vorgelegt. Da die Berliner Arbeiter nicht vertreten waren, hätte eine Verhandlung über die Anträge nicht stattfinden können. Das Tarifamt hätte also in Funktion treten müssen und hätte, da keine anderen Anträge vorlagen, die Anträge der Unternehmer gutgeheißen. Um das zu verhindern, fühlte sich der Verbandsvorstand verpflichtet, die Vertretung der Berliner Kollegen zu übernehmen. Er hat auch in der Verhandlung die Anträge der Berliner Ortsverwaltung vertreten und sie sind in der Hauptsache angenommen worden. Es war dem Verbandsvorstand peinlich, daß ohne die Vertreter der Berliner Kollegen verhandelt werden mußte, aber er mußte im Interesse der Berliner Kollegschaft in die Verhandlungen eintreten, um für sie zu erreichen, was möglich war.

Hierauf kam der Konflikt. Der Verbandsvorstand teilte das Ergebnis dieser Verhandlung und die neue Lohnfestsetzung den Mitgliedern durch den „Vorwärts“ mit. Ein anderer Weg war nicht gangbar, denn den Kollegen mußten die neuen Lohnsätze nach vor dem nächsten Lohnzuge bekanntgegeben werden. Moriz, der Berliner Ortsvorstand, suchte die Betriebsvertrauensleute zu bewegen, diesen Tarif nicht anzuerkennen. In einer hierauf von dem Verbandsvorstand veranstalteten Sitzung erklärte Moriz, die Lohnabmachungen des Verbandsvorstandes seien nicht bindend, die Kollegschaft müsse darüber beschließen. Eine von der Ortsverwaltung am 5. Januar einberufene Vertrauensmännerversammlung nahm eine Resolution gegen den Verbandsvorstand an. In einer Versammlung am 7. Januar erklärte Moriz, er sei der Verhandlungskommission nicht nur deshalb ferngeblieben, weil er den Tarifabschluß vom 18. Dezember nicht für rechtsverbindlich hielt, sondern hauptsächlich deshalb, weil sich die Unternehmer weigerten, auf Grundlage der ihnen eingezeichneten Lohnanträge zu verhandeln, aber mit den Löhnen, die dann der Verbandsvorstand abgeschlossen hat, seien zufrieden. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche besagt, der Tarif werde nicht anerkannt, der Verbandsvorstand habe kein Recht, den Lohnsatz für Berlin abzuschließen, deshalb seien ihm bis zur Klärung der Angelegenheit die Mittel zu entziehen. Seitdem haben die Berliner keine Beiträge an den Verbandsvorstand abgeführt. Damit sie nicht wegen Beitragsrückstand automatisch auscheiden und dann, was zu befürchten ist, eine Lokalorganisation bilden, ist der Verbandstag schon jetzt einberufen. — In einer am 9. Januar abgehaltenen Berliner Vertrauenspersonenversammlung, von welcher der Verbandsvorstand ausgeschlossen war, wurde der Tarif, nachdem ihn Moriz empfohlen hatte, angenommen. — In München ist der Tarif nach einem kurzen Konflikt angenommen worden. Berlin ist der einzige Ort, der den Tarif grundsätzlich nicht anerkannt hat.

Der Verbandstag — so schloß die Rednerin — hat nun zu entscheiden, ob wir berechtigt waren, den Tarif abzuschließen. Wir meinen, wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, denn der Abschluß des Tarifs war notwendig, um eine Schädigung von der Berliner Kollegschaft und der Organisation abzuwenden. Auch die Vertreter der Beihilfschaft haben erklärt, daß sie unseren Tarif als zu Recht bestehend betrachten und für Ruhe und Ordnung in den Betrieben sorgen werden, wenn die Hilfsarbeiter sich gegen den Tarif wenden. Ich wünsche nicht, daß ich noch einmal in eine solche Situation, wie diese, kommen werde. Sollte es aber der Fall sein, dann würde ich ebenso handeln, wie ich diesmal gehandelt habe. Der Verbandstag möge daraus seine Konsequenzen ziehen.

Als erster Redner in der

Diskussion

erhielt das Wort

Moriz, Berlin. Er führte unter anderem aus: Schon im Anfangsstadium der Verhandlungen hätten die Unternehmer gezeigt, daß es ihnen nicht ernst gewesen sei mit dem Abschluß eines neuen Tarifs. Die Arbeiter hätten deshalb auf eine tariflose Zeit gerechnet und sie würden in dieser Zeit mit einzelnen Firmen Tarife abgeschlossen haben. Das sei auch anfangs die Meinung der Kollegin Thiede gewesen. Später habe sie aber einen anderen Standpunkt eingenommen. Der Redner bezeichnete den materiellen Inhalt des am 18. Dezember abgeschlossenen Tarifs als durchaus nicht günstig für die Arbeiter. Als die Löhne für Berlin festgesetzt werden sollten, habe die Ortsverwaltung ihre Anträge eingereicht. Die Unternehmer hätten erkennen lassen, daß sie Abrechnungen nach oben in kleinen, nach unten aber in größerem Maße vornehmen würden. Darauf habe die Ortsverwaltung nicht eingehen können. Auch die Arbeitszeit sollte zugunsten der Arbeiter geregelt werden. Der Redner stellte ganz entschieden in Abrede, daß er Betriebsvertrauensleute beredet habe, den Tarif nicht anzuerkennen. Er habe nicht Stimmung gegen den Tarif gemacht. Die Berliner ständen auf dem Standpunkt des Statuts. Danach sei der Verbandsvorstand nicht berechtigt, aus eigener Machtvollkommenheit einen Tarif für Berlin abzuschließen. Die Zahlstelle Berlin habe den Verbandsvorstand nicht ermächtigt, den Tarif abzuschließen. Es handele sich jetzt nicht darum, ob der Tarif gut oder schlecht sei, ob er angenommen werden solle oder nicht, sondern es komme darauf an, daß die Rechte des Vorstandes, der Ortsverwaltungen und der Mitgliedschaft festgesetzt werden. In der Vertrauenspersonenversammlung am 9. Januar habe er erklärt, es sei für ihn eine schwere Aufgabe, zur Annahme des Tarifs zu raten. Wenn jemand einen anderen Weg wisse, möge er ihn angeben. Niemand habe einen Ausweg aus der Situation gewünscht, deshalb hätten die Vertrauensmänner dem Tarif zugestimmt. Die Mitgliederversammlung habe dazu noch nicht Stellung genommen. Ohne diesen Tarif würden die Ansichten für die Berliner Kollegen besser sein. Sie könnten dann günstige Hausverträge abschließen. Trotz des allgemeinen Berliner Tarifs habe die Ortsverwaltung eine Reihe von Hausverträgen abschließen können. Anträge auf weitere Abschlüsse von Hausverträgen gingen fortgesetzt ein. Es sei also nicht einzusehen, warum Berlin nicht ohne Tarif mit Hausverträgen sehr gut auskommen sollte. Wenn wir noch einige Monate gewartet hätten, würden wir einen besseren Tarif bekommen haben, wenn auch nicht hinsichtlich der Löhne, so doch in grundsätzlicher Beziehung. Wenn der Tarif noch fünf Jahre be-

stehe, dann werde von der Selbständigkeit der Hilfsarbeiter keine Rede mehr sein.

Frau Thiede erklärte, die in Berlin jetzt bestehenden Hausverträge seien ja nur Kommentare des Tarifs, welche die Verhältnisse der Spezialbranchen regeln.

Döblin (Buchdruckerverband) rechtfertigte die Haltung des Verbandsvorstandes und bezeichnete das Verhalten der Berliner als die Interessen der Gesamtheit schädigend. Der Tarif der Hilfsarbeiter bestehe zu Recht. Wenn die Hilfsarbeiter einen Konflikt provozieren, dann würden die Buchdrucker dem entgegenzutreten und, wie hier gesagt wurde, für Ruhe und Ordnung im Betriebe sorgen. Moriz würde gut tun, wenn er erklären würde, er habe sich verhalten und gebe seinen Standpunkt auf. Die Berliner sollten das Trennende vergessen und die Hand zum Frieden bieten.

Schmidt, München trat der Ansicht entgegen, daß der Tarif besonders den kleinen Orten Vorteile bringe. Wo die Organisation nicht so stark sei, um einen erfolgreichen Streik zu führen, da würden die Unternehmer gar nicht an den Abschluß eines Tarifs denken. Nachdem in Berlin eine Versammlung von 4000 Kollegen beschloßen hatte, daß sie keinen Tarif wollen, hätte der Verbandsvorstand diesem Beschluß Rechnung tragen sollen. Die Haltung der Berliner hätte bei den Verhandlungen gegen die Unternehmer in anderen Orten ausgespielt werden können. Auf keinen Fall hätte der Verbandsvorstand über die Köpfe der Berliner Kollegen einen Tarif abschließen dürfen. Die Berliner hätten nie die Absicht gehabt, eine Lokalorganisation zu gründen. Durch den Beschluß, keine Gelder an den Hauptvorstand abzuführen, habe erreicht werden sollen, daß ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werde. Bis jetzt sei die Abführung der Beiträge noch nicht fällig.

Baumgarten, Berlin betonte: Bei dem Tarifabschluß am 18. Dezember sei ausdrücklich abgemacht und festgesetzt worden, daß die Festsetzung der Löhne örtlich statzufinden habe. Sogar die Personen, welche diese Feststellungen vorzunehmen haben, seien namhaft gemacht worden. Das seien aus Arbeiterseite Mitglieder der Ortsverwaltungen. Den Vertretern des Hauptvorstandes sei für diese Lohnverhandlungen nur beratende Stimme zugesprochen. Hiernach wäre also der Hauptvorstand in keiner Weise legitimiert gewesen, die Löhne für Berlin abzuschließen. Das sei noch heut der Standpunkt des Berliner Ortsvorstandes und der Lohnkommission. — Döblin wolle für Ruhe und Frieden im Betriebe sorgen. Das könnte am besten erreicht werden durch den Industriebund. Aber auf dem Bremer Verbandstage der Hilfsarbeiter habe Döblin von einem Zusammenstoß mit den Buchdruckern nichts wissen wollen.

Bucher, Berlin (Redakteur des Verbandsorgans) rechtfertigte in längeren Ausführungen die Haltung des Verbandsvorstandes und kam zu dem Schluß, der Vorstand habe als oberste Leitung des Verbandes das selbstverständliche Recht, einzugreifen, wenn es notwendig sei, eine Schädigung der Gesamtheit der Mitglieder abzuwenden.

Werner, Stuttgart hält es für einen großen Fehler, daß sich die Berliner nicht an den Lohnverhandlungen beteiligten und ist der Ansicht, daß der Abschluß des Tarifs das Beste wäre, was in der gegebenen Situation geschehen konnte.

Gertrud Hanna, Berlin (Hauptvorstandsmitglied) sagte unter anderem, durch den Beschluß, keine Beiträge an den Hauptvorstand abzuführen, habe sich die Berliner Mitgliedschaft außerhalb des Verbandes gestellt. Sie, die Rednerin, würde die Berliner anders behandeln haben als wie es der Hauptvorstand tat. Aber sie stehe mit ihrer Ansicht allein im Hauptvorstand. Aus Versammlungsausführungen gehe zweifellos hervor, daß in Berlin und München die Absicht bestanden habe, sich zu lokalisieren. Diese Absplitterung hätte der Hauptvorstand nicht zu hindern suchen sollen, denn das wäre eine gute Lehre für die betreffenden Mitglieder gewesen. Dadurch, daß die Berliner nicht zur Verhandlung gingen, hätten sie sich des Rechts begeben, den Hauptvorstand deshalb zu kritisieren, weil er an ihrer Stelle die Verhandlungen führte.

Damit schloß die Sitzung.

Aus der Partei.

Ausruf.

Am 14. Februar cr. waren es 25 Jahre, daß die preussische Regierung auf Grund des damaligen Sozialistengesetzes über Stettin und Rochbarorte den kleinen Belagerungszustand verhängte und 28 Genossen mit der Ausweisungsbefehl bedachte. (Im ganzen wurden 44 Genossen ausgewiesen.) Der Stettiner Parteiverein hat beschlossen, eine Erinnerungsfest zu veranstalten. Unstündig ist der Termin hierfür auf Sonntag, den 3. März, festgesetzt. Die Feier findet im Lokal des Genossen Saak, Allee-straße 3-4, von nachmittags 5 Uhr ab statt. Die damals ausgewiesenen Genossen, die heute in Deutschland zerstreut wohnen, werden zu dieser Feier hiermit freundlichst eingeladen.

J. A.: F. Storch, Stettin, Wellevuestr. 43.

Sozialistische Staats- und Gemeindefunktionäre in den Vereinigten Staaten.

Das schwerlich ganz vollständige Ergebnis der bisherigen Wahlen stellt sich nach dem „Herald“ von Milwaukee auf 10891 Darunter sind 56 Mayors (Bürgermeister) und 1 Vizemayor, 70 Barmalter oder Kassierer, 53 Kontrolleure, 155 Schulbeamte, darunter 70 Direktoren, 57 Richter, 23 Polizeibeamte, wovon 15 Polizeirichter, 100 Stadtverordnete, 6 Stadtverordnetenvorsteher, 145 Stadträte, 18 Landtagsabgeordnete, 2 Staatsbeamte, 1 Kongreßmitglied usw. — Man sieht: so wenig die Demokratie an sich die Klassenlage der Arbeiterklasse ändert, so sehr ist sie ein Mittel, sobald das Volk erst einmal einen Willen hat, diesen zur Geltung zu bringen.

Briefkasten der Expedition.

Saluten in Berlin, Buch und anderen Heilheiten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilheit bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freigekupplungen sofort ihre Adresse einschicken, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekauft werden.

Marktbericht von Berlin am 21. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Reinhandel)
100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 36,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—7,50. 1 Kilogramm Starplein 1,20—2,40. Hase 1,20—3,00. Zander 1,60—3,60. Hecht 1,40—2,60. Barsche 0,80—2,00. Schlei 1,60—3,20. Viele 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Witterungsbericht vom 22. Februar 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in °C u. °F	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in °C u. °F
Zwinnende	768,80	1bedest	—	1	4,0	Daparanda	764,8	2bedest	—	17	—
Hamburg	768,50	2bedest	—	1	4,0	Petersburg	770,8	1bedest	—	23	—
Berlin	768,9	1bedest	—	0	4,0	Eclyh	755,8	2bedest	—	11	—
Frankfurt a. M.	768,511	Rebel	2	2	4,0	Aberdeen	758,550	1bedest	—	5	—
München	770,211	Rebel	2	2	4,0	Paris	767,8	2bedest	—	6	—
Wien	767,898	4bedest	5	5	4,0						

Wetterprognose für Freitag, den 23. Februar 1912.
Zunächst teilweise heiter, nachts Frost bei mäßigen südöstlichen Winden; nachher wieder zunehmende Erwärmung mit Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Aus einer kleinen Stadt.

In Fiddichow, einem kleinen Städtchen bei Stettin, hat sich der dort amtierende Bürgermeister Goebel recht unbeliebt gemacht, weil er sich in seiner Amtsführung nicht der erforderlichen Objektivität befleißigt. Verschiedene Vorläufe haben eine Unmenge von Bündnissen in der Bürgerschaft aufgeführt, der zu einer Entladung drängte. Am 26. Oktober vorigen Jahres suchte der Kaufmann Kübbach den unhaltbaren Zuständen in Fiddichow ein Ende zu bereiten, indem er eine Depesche an den Kaiser sandte, in der einige Angriffe gegen die Amtsführung Goebels enthalten waren und gesagt wurde: „Seine Majestät räume auf mit derartigen unfähigen Beamten,“ damit nicht der Kreis sozialdemokratisch werde! Der naive Patriot hatte sich von der hurrupatriotischen Hohenzollernverherrlichung blenden lassen und glaubte, er brauche sich nur an den Kaiser zu wenden, dann würden die Fiddichower Verhältnisse objektiv untersucht und die Mißstände abgestellt. Kübbach sollte eine bittere Enttäuschung erleben. Die Depesche wurde an den Greifenhagener Landrat weitergegeben, der einige Freunde des Bürgermeisters über die Zustände in dessen Verwaltungsbereich vernahm und so natürlich alles in bester Ordnung fand. Die weitere Folge der Kaiserdepesche war, daß Bürgermeister und Magistrat von Fiddichow sich beleidigt fühlten und die Stettiner Staatsanwaltschaft auf Anklage wegen Beamtenehrendung erhob. Am Montag fand die Verhandlung vor dem Stettiner Landgericht statt. Ueber 30 Zeugen wurden vernommen, aber nicht einer war unter ihnen, der etwas zugunsten des Bürgermeisters sagen konnte. Vom Pastor und vom Stadtverordnetenvorsitzer bis zum Arbeiter und Nachtwächter gaben sie einmütig das Wort ab: Der Bürgermeister handelt parteiisch. Seine Freunde dürfen sich erlauben, was anderen Leuten Polizeikräfte einbringt. Bei Verhängung von Polizeistrafen werden die Besizenden milder, die Arbeiter härter angefaßt. Der Pastor belohnt: „Den Einbruch,“ daß Goebel parteiisch handelte, hatte in Fiddichow jeder anständige Mensch.“ Und Dr. med. Krähin, der Stadtverordnetenvorsitzer, deponierte: „In der Stadt herrscht große Furcht vor dem Bürgermeister. Alle trauen ihm zu, daß er sie schädigen würde, wenn sie anders handeln, als dem Bürgermeister lieb ist. Die Geschäftsleute lassen sich in ihren Handlungen von der Ansicht leiten, daß ihnen Schaden erwächst, wenn sie gegen Goebel Front machen. Auch meine Ueberzeugung ist, daß er parteiisch handelt. Namentlich unter den Arbeitern ist eine große Mißstimmung und ich bin überzeugt, daß das Fiddichower Reichstagswählergebnis dadurch in erster Linie verschuldet ist.“ (Unsere Stimmzahl wuchs dort von 181 auf 243. D. Red.) Ein Gastwirt, bei dem die gemeinschaftlich organisierten Arbeiter ihre Versammlungen abhielten, erhielt wegen Uebertretung der Polizeistunde Strafverfügungen auf Strafverfügungen, die auf richterliche Entscheidung alle reduziert wurden. Wo der Bürgermeister selbst über die Polizeistunde hinaus kneipete, blieb es bei bloßen Verwarnungen des Wirtes. Ein zur Probe angestellter Polizeibeamter wurde sofort entlassen, als er mit einem Freund des Bürgermeisters in Differenzen geraten war, weil er sich dessen Uebergriffe nicht gefallen lassen wollte. Die Tochter des befreundeten Beigeordneten wurde mit nur 2 M. Polizeistrafse bedacht, als sie mit dem Rad über den Bürgersteig fuhr, während ein Arbeiter für das ganz gleichartige Delikt 15 Mark klohen mußte. In einem Parallelfall mußte ein Arbeiter 3 M. büten, während ein wohlhabender Kaufmann mit 1 M. davonkam. Bei dem vorjährigen Streik in den dortigen Kohlenfabriken stellte sich Goebel einseitig auf die Seite der Unternehmer. Ein Arbeitergesuch um Vermittlung lehnte er unbedingte schroff ab, aber als freiwilliger Kommissar der Schwarzmacher veranlaßte er, daß die streikenden Arbeiter, die bei den Vagantenarbeiten der Oberregulierung Beschäftigung gefunden hatten, wieder entlassen wurden. Dabei hat das Fiddichower Schöffengericht in einem Streikprozeß in seiner Urteilsbegründung gesagt, daß die Forderungen der Arbeiter berechtigt seien, weil für gleichartige Arbeiten viel niedrigere Löhne gezahlt wurden als anderwärts. Nach solchen Leistungen kann man es wohl durchaus verständlich finden, wenn ein elter Schmiedemeister, der auch Stadtverordneter und Magistratsmitglied ist, kurz und bündig urteilt: „Parteiisch ist der Bürgermeister immer.“ Wie die Amtshandlungen des Bürgermeisters Goebel zum Teil beschaffen waren, davon nur noch ein Beispiel. Auf seine Anordnung mußte mitten in einer narkotischen Novembernacht ein 55jähriger Rentienempfänger das Armenhaus verlassen und im Chauffeurcabriolet fahren, bis ihm ein mißliebiger Nachtwächter Obdach in seinem Keller gab. Die Ausquartierung erfolgte, weil sich der Alte „unruhig gemacht“ — wie der Bürgermeister sagte —, weil er übertragene Arbeit nicht ausführen konnte, verfiel er dagegen glaubhaft andere Reagen. Und daß die letzteren recht haben dürften, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Bürgermeister den Kreis in 30 Arbeitshäusern gestiftet wissen wollte, während des Schöffengericht erkannte, daß man dem alten gebrechlichen Mann keine Arbeit mehr zumuten dürfe. Trotzdem die Vernehmung der über 30 Zeugen eine niederschmetternde Beurteilung des Bürgermeisters bedeutete, schob sie das Gericht in seiner Urteilsbegründung als unerheblich beiseite, da sie meist nur subjektive Ansichten, aber kein tatsächliches Material ergeben hätte. Der Angeklagte hätte sich an die zuständigen Behörden wenden müssen, wenn er Mißstände beseitigen wollte. Da er sich an den Kaiser wandte, ergibt sich die Absicht der Beleidigung, „denn er mußte wissen, daß der Kaiser für solche Beschwerden nicht zuständig ist und die Depesche nur geeignet war, den Bürgermeister zu beleidigen und in der Achtung des Allerhöchsten Herrn herabzusetzen.“ Er habe wohl nur Nachgeplätsche befriedigen wollen, das lasse sein scharfes Vorgehen gegen Goebel während der Verhandlung erkennen. Deshalb wurde auf einen Monat Gefängnis erkannt. Das Urteil wird sich als eine Fundgrube politischer Aufklärung erweisen. Ist doch die pommerische Landbevölkerung immer noch in dem monarchistischen Jermahn befangen, daß der Kaiser ein offenes Ohr für alle Wünsche des Volkes habe und mit hilfreichem Arm alle Mißstände beseitige, auf die man ihn aufmerksam mache. Nun aber führt das gläubige Vertrauen zum Thron ein Gefängnis hinein! Das wird manchem Hurrupatrioten den Star stechen! Nicht zuletzt das Verhalten des Bürgermeisters hat den politischen Gesichtskreis der Fiddichower schon so geweitet, daß bei der Wahl 1912 von 77 sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1907 die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen auf 247 wuchs.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr. Vorsteher Wichelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf auf den verstorbenen Kollegen Wentzel (A. L.). Stadtv. Cassenbach (Soz.) berichtet namens des Rechnungsausschusses über eine große Anzahl von Rechnungen und über die Abschlässe der Bezirksverwaltungen, der Sparkasse und der Hauptkassensätze für 1910. Die Entlastung für die Rechnungen und Abschlässe wird vorbehaltlich der bei der Revision sich ergebenden Erinnerungen erteilt und die Stadtüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben unter demselben Vorbehalt genehmigt.

Der Verkauf der Grundstücke der Markthalle IV. Doroschenstraße, an den Postkassens ist von dem eingesezten Ausschusse zur Genehmigung empfohlen worden. Stadtv. Jacobi referiert. Die Reservierung des Grundstücks für anderweitige städtische Zwecke sei nicht erforderlich, dagegen die jegliche Offerte durchaus akzeptabel. An Zinsverlust und Rinder-einnahmen habe die Stadt jetzt jährlich zirka 100 000 M. zu tragen. Die beantragte Provision von 1 Proz. habe die Ausschussmehrheit für durchaus angemessen erklärt; eine solche sei auch schon früher von der Stadt gezahlt worden. Stadtv. Grunwald (Soz.): Die Vorlage hat für uns durch die Ausschussberatung ein erhöhtes Interesse bekommen; wir bitten Sie sogar, sie an den Ausschuss zurück zu weisen, weil erneute und erheblichere Bedenken gegen den Verkauf vorliegen. Im Ausschusse wurde betont, es liege ein Beschluß der städtischen Behörden vor, die Markthallen zu veräußern. Das ist ganz gewiß der Fall; aber wir glauben, daß die Versammlung und der Magistrat vernünftigerweise den Beschluß nur so auslegen wollen, daß nicht um jeden Preis verkauft und unter allen Umständen losgeschlagen wird, sondern daß von Fall zu Fall gewissenhaft, gründlich, sachlich und ohne persönliche Voreingenommenheit geprüft werden muß. Wir halten dafür, daß ein städtisches Unternehmen nicht darauf abzielen kann, ein „glänzendes Geschäft“ zu machen, wie es im Ausschusse hieß, sondern daß zunächst zu fragen ist, ob nicht höhere Interessen dieses glänzenden Geschäfts zu machen verbieten. Und hier liegen in der Tat „höhere“ Interessen vor. Dabei setze ich voraus, daß wir uns über diesen Begriff einig sind. Wir betrachten als höhere Interessen alle Kulturgüter. Gerade mit diesem Grundstück, seiner günstigen Lage und Qualität wären solche Kulturgüter äußerst leicht auszuführen. Seine so exceptional günstige Lage in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße qualifiziert es z. B. für ein großes, musterträchtiges städtisches Versammlungs- und Musiklokal (Heiterkeit); ich danke Ihnen sehr für die Unterstützung meiner Anregung durch Ihre Heiterkeit, ich habe von dieser Unterstützung im Ausschusse noch andere Proben erhalten. Auf der Grundlage des Zweiklassenwahlsystems haben wir ja leider nur zu unterscheiden zwischen Kulturaufgaben und glänzenden Geschäften, und die eine Seite scheint für Kulturaufgaben kein Verständnis zu haben. (Vorsteher Wichelet rügt diesen Ausdruck.) Es fehlt in dieser Gegend aber auch sonst an öffentlichen städtischen Grundstücken durchaus (andauernde und wachsende Unruhe). Es besteht dort nur eine Fortbildungsschule in der Georgenstraße, die schon längst nicht mehr genügt; für einen Erweiterungs- und Neubau wäre sie ein sehr geeigneter Platz. Die Provisionsfrage generell zu behandeln, habe ich keine Veranlassung; der Legende nach besteht zur Vorbereitung darüber eine gemischte Deputation, die ich aber nicht näher habe ausfindig machen können. Angeblich handelt es sich hier auch nicht um eine generelle Provisionsfrage, sondern um eine Provision, die eigentlich keine sein soll, weil der Herr Kommerzienrat Selberg, der die 35 000 M. einstecken soll, energisch ablehnt, ein gewerbmäßiger Agent zu sein. Es liegt hier also der Fall vor, daß ein solcher nicht gewerbmäßiger Vermittler einen Betrag einstreift (Zurufe), ja, ja, emststreicht, der wohl der Stadt verbleiben könnte. Die Schüchternheit des Herrn geht so weit, daß er verlangt hat, sein Name solle weder der Deputation, noch dem Magistrat genannt werden (Hört! hört! und Heiterkeit), so daß in der Markthallen-Deputation und auch im Magistrat erst ausdrücklich danach gefragt wurde, und nur um hier im Saale diese Frage zum dritten Male zu vermeiden, hat man den Namen in die Vorlage aufgenommen (erneute Heiterkeit). Ganz abgesehen von den persönlichen Beziehungen dieses Vermittlers zum Magistrat (Vorsteher Wichelet): Sie gehen in dieser Beziehung zu weit; es ist hier nicht Sitte, die Personenfrage so in die Verhandlung zu ziehen. — Unruhe bei den Sozialdemokraten. . . . Ich muß sagen, daß ein Mann, der sonst bei jeder ausgebliebenen Wohlthaterei . . . (Vorsteher: Sie gehen zu weit, Sie beleidigen den Mann; ich muß das ganz energisch zurückweisen). Ich halte so etwas nicht für fair, und wenn schon eine Provision gezahlt werden soll, dann erscheint es billiger und gerechter, wenn sie an einen gewerbmäßigen Vermittler gezahlt wird. Der Vertrag enthält außerdem eine Klausel, daß die Stadt nach 1915 für die Werderschen Obsthändler geeigneten Platz beschaffen soll; sie hat das auch dem Polizeipräsidenten zugesagt. Wie kam der Magistrat zu einer solchen Zusage? Wir können die Folgen davon gar nicht übersehen; es könnte auf diesem Wege aus dem „glänzenden“ Geschäft ein sehr miserables Geschäft werden. Aus allen diesen Gründen beantragen wir und bitten Sie, die Vorlage an den Ausschuss zurück zu weisen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Stadtrat Benz: Die Werderauer haben das Grundstück am Reichstagsufer von der Stadt für jährlich 20 000 M. gepachtet. Bis 1915 sollen ihnen diese Plätze überlassen werden; für die Folge kommen verschiedene Plätze in Betracht, einer an der Schleuse, einer am Birkus Busch, darüber brauchen wir uns also keine Sorge zu machen. Die Halle IV wird 1912 bereits einen Aufschuß von 55 000 M. erfordern; mit dem Zinsverluste kommen jährlich nicht 100 000, sondern 200 000 M. Verlust heraus. Stadtv. Labowitz (A. L.): Auch wir empfehlen den Verkauf. Für die Werderschen ist, wie wir hören, gesorgt, warum sollen wir also nicht verkaufen? An der Provision brauchen wir uns nicht zu stoßen, 1 Proz. für den Grundstücksverkaufsbemittler ist anerkannt und rechtens in Berlin, gleichviel, ob es ein gewerbmäßiger Vermittler ist oder nicht. Gewunder habe ich mich ja auch, daß er sie nimmt; aber das geht uns hier nichts an. Stadtv. Cassel (A. L.) tritt diesen Ausführungen bei. Die Anspielung auf ein hochverdientes Mitglied des Magistrats sei sehr unangebracht gewesen, der habe mit der ganzen Sache nichts zu tun. Erste sachliche Einwendungen lägen nicht vor. Der Stadtrat habe ganz recht, wenn er sage, man solle doch verkaufen, gerade wenn man Kulturgüter fördern wolle. Stadtv. Grunwald: Es hat uns ebenso fern gelegen wie Herrn Cassel, dem Stadtrat Selberg Beziehungen der angebotenen Art zuzutrauen (Lärm und Zurufe), aber die persönlichen Beziehungen, von denen ich gesprochen habe, die bleiben. (Erneuter Lärm.) Man hört ja auch, daß dieser nicht gewerbmäßige Vermittler Ehrenbeamter der Stadt ist. Von Behörde zu Behörde bedarf es überhaupt keiner Vermittlung. Stadtv. Dohrenfurth (Fr. Fr.): Herr Kommerzienrat Selberg ist allerdings hiesiger Mitglied der Erfahrungsmission III. (Stürmische Heiterkeit.) Der Verkauf wird nach Ablehnung des Antrages Grunwald genehmigt. Ueber die Vorlagen 1. wegen Erwerbes der Grundstücke Wendelslohnstr. 3 und Neue Königsstr. 19 zur Durchlegung der Joststraße, 2. wegen Anlaufes einer zirka 580 Quadratmeter großen Fläche des Grundstückes Neue Königsstraße 61/64 zur Verbreiterung der Neuen Königsstraße berichtet Stadtv. Buhle (Fr. Fr.): Der betreffende Ausschuss hat den Erwerb der ersten genannten Grundstücke im Wege der Enteignung genehmigt, beantragt aber, auch die ad 2 genannte Fläche im Enteignungsverfahren zu erwerben, da der geforderte Preis von 220 000 M. ihm viel zu hoch erscheint.

Stadtv. Drescher (Soz.) ist sehr erfreut, daß jetzt in der Forderung der Enteignung alles einig sei. Der Grund dafür könne nur in der angeheuerlichen Uebertreibung der Forderungen der Eigentümer gefunden werden, und diese Uebertreibung erkläre sich wieder daraus, daß man glaube, der Stadt gegenüber, namentlich wenn man gute Beziehungen habe, sich alles erlauben zu können. Denn auch bei dem Enteignungsverfahren komme nicht viel heraus, nachgerade müsse man auch zu der Autorität der Sachverständigen und ihrer Logen alles Vertrauen verlieren. Die Versammlung beschließt nach den Ausschussanträgen. Den Bau der drei schon 1905 beschlossenen städtischen städtischen Straßenbahnlinien in der vom Magistrat vorgeschlagenen etwas abgeänderten Linienführung hat der eingesezte Ausschuss genehmigt. Es handelt sich um die Linien Hermannplatz-Dönhofsplatz, Kreuzberg-Parlagrafen-Weberstraße, Großgörschenstraße-Markgrafstr.-Weberstraße. Die Baukosten sind auf 2 816 000 M. veranschlagt; sie sollen auf Voranschlag entnommen und später aus einer Anleihe erstattet werden. Nach unwesentlicher Debatte gelangt die Vorlage zur Annahme. Die Friedrich-Wilhelm-Victoria-Stiftung der hiesigen Kaufmannschaft beabsichtigt auf ihrem Grundstück Eisenstraße 6-8 in Treptow einen Erweiterungsbau ihres Asyls unter Abweichung von den Grundbuchlichen Eintragungen, wonach dort nicht höher als zwei Etagen gebaut werden darf. Stadtv. Krons (Soz.): Wir sind geneigt, dieser Stiftung entgegenzukommen; aber es soll auch anerkannt werden, daß es sich nur um ein Gebäude zu diesem bestimmten Zwecke handelt. Die Berechtigung zum Bau soll also gegeben, aber ein Rückkaufrecht eingetragen werden, sobald das Grundstück aufhört, diesem bestimmten Zwecke zu dienen. Stadtrat Katt: Es handelt sich nur um einen Umbau in derselben Höhe wie der ursprüngliche Bau; es sollen nur im Dachgeschloß noch zwei Zimmer und Dienstbotenkammern untergebracht werden. Es sind dort einige Hundert Insassen; die Stadt Berlin wird entlastet, indem uns die Berliner Kaufmannschaft diese abnimmt. Ich bitte, diese Beschränkung und den Antrag abzulehnen. Stadtv. Dr. Krons: Wir legen ja den Leuten keine Verpflichtung auf, solange die Stiftung besteht; die Eintragung ist also soweit gleichgültig und nur eine Sicherung dagegen, daß nicht das Grundstück später, wenn es vielleicht viel wertvoller geworden ist, anderen Zwecken dienlich gemacht wird. Unter Ablehnung des Antrages Krons wird die Vorlage angenommen. Zur Verbreiterung der Dresdener und Annenstraße soll das Grundstück Dresdener Straße 67-68 und Annenstr. 28-29a von den Jonasschen Erben für 425 000 M. freihändig erworben werden. Stadtv. Manasse (Soz.): Wir beantragen Ausschussberatung, haben aber nichts dagegen, wenn dieser Ausschuss schon heute vom Vorstand ernannt wird. Aus den Akten erhebe ich, daß die Forderung zunächst 675 000 M. betrug; dann ging sie auf 550 000 und jetzt auf 425 000 M. herab. Der Magistrat gibt einen Wert von 400 000 M. an. Auf dem Grundstück liegen 500 000 M. Hypotheken; 75 000 M. sind die Eigentümer zu löschten bereit. Das macht einen eigentlichen Einbruch. Es sind 300 000 Mark eingetragene teils zu 4 Proz., teils zu 5 Proz., also keine reine erste Hypothek. Nie ist nicht einmal soviel ein, um die erste Hypothek zu verginsen. 10 800 M. waren Mieteeingänge; ein durch Leerstehen verursachter Mietausfall wird auf 8000 M. angegeben. Nach weiterer Debatte, an der sich Stadtv. Feuerstein (A. L.), Stadtrat Katt und Stadtv. Manasse (Soz.) beteiligen, wird der Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt. Das für die Errichtung eines Denkmals für Robert Koch zusammengesetzte Komitee ist um die Marke des Luiseplatzes für das Denkmal eingekommen. Der Magistrat will den westlichen Halbkreis in der Mitte des Platzes zur Verfügung stellen. Die Vergabe des Platzes wird beschlossen. In Betreff der Errichtung von Wälderholzhütten für Kinder hat der Magistrat der Versammlung zur Kenntnisnahme mitgeteilt, daß inzwischen die Zahl der vorhandenen Kinderbetten in den bestehenden Heimstätten bei weitem nicht voll ausgenutzt werde und die Heimstätte Blankenburg schon vor Monaten ohne jeden Nachteil für Kinder wieder geschlossen werden konnte, daß er daher zunächst abwarten will, ob sich ein stärkeres Bedürfnis herausstellen wird, um dann eventuell der Frage der Erweiterung der bestehenden Heimstätten näherzutreten. Dem weiteren Wunsch der Versammlung auf Vereinigung des Heimstättenkuratoriums mit der Kronenhausdeputation lehne die Zweckbestimmung der Heimstätten als Wohlfahrteinrichtungen für weniger bemittelte, aber würdige Elemente aus der Bürgerschaft entgegen. Der Magistrat will deshalb und auch aus anderen Gründen von dieser Vereinigung absehen und es bei den gegenwärtigen Zuständen belassen; eine Beschleunigung des Geschäftsverfahrens bei der Kronenhausdeputation werde sich durch die Anstellung eines besonderen Degernenten für Heimstättenangelegenheiten erzielen lassen. Stadtv. Sachs (A. L.) stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Magistrats, beantragt aber zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit die Einsetzung einer gemischten Deputation. Der Oberbürgermeister empfiehlt den Antrag Sachs, durch dessen Annahme vielleicht ein Ausweg in dieser schwierigen Frage gefunden werden könne. Die Heimstätten seien auf den Realisationsgütern ins Leben gerufen worden und von ihrem Begründer, Stadtrat Naragraw, seither geleitet worden. Der sei aber längst noch beurlaubt. Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Auch wir beantragen Ueberweisung an eine gemischte Deputation. Was die Kinderheimstätten betrifft, so ist es richtig, daß die vorhandenen Kinderbetten bei weitem nicht voll ausgenutzt worden sind. Glauben Sie denn aber, daß wir uns wirklich schon in den paradiesischen Zeiten befinden, wo nicht mehr als 107 oder 80 Blutarne, mangelhaft ernährte Kinder sich in Berlin befinden? Herr Sachs ist überzeugt, alle Kinder, die es nötig hätten, kämen in die Heimstätten, ja, eine Reihe von Kindern sei darin, die es gar nicht nötig hätten. Aus anderen Quellen wissen wir, daß im vergangenen Jahre 1275 Schulkinder wegen Unterernährung zurückgestellt worden sind, 1098 solcher Kinder wurden in Ueberwachung genommen, und in allen Schulen sind es 7834 Kinder, welche wegen ungenügenden Kräftezustandes in Ueberwachung stehen. Und von allen diesen sollen nur 80 bis 100 in die Heimstätten hineingehören? Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen. Auch die Auffassung, daß jetzt schon mit drei Wochen Aufenthalt ein befriedigender Zustand erzielt wird, muß ein Loch haben. Die große Menge der Blutarne, Schwächlichen, Kränklichen kann nicht schon in drei Wochen geheilt sein, das muß sich auch ein Laie sagen. Ich glaube, in der Armenverwaltung muß da irgend etwas faul sein. Es will mir scheinen, als ob unsere Armenärzte jetzt etwas ängstlicher vorgehen, wenn sie Kinder in Heimstätten schicken, nachdem „wünschenswerte“ Fälle nicht mehr zur Verschickung gelangen sollen. Auch die Armen-

Direktion muß hier aufmerksam werden und sich mit dem Schul- arztberichten beschäftigen. Es fehlt uns noch an einer

Konzentration der Kinderfürsorge;

es wird sehr viel getan, aber es sollte sehr viel getan werden, die Zersplitterung muß beseitigt werden. Das Geld, das für fränke und schwächliche Kinder verausgabt wird, ist ein Kapital, das großartige Taten trägt. Der Magistrat gibt dann eine Schilderung unserer Heimstätten, die ihrem Wesen nicht gerecht wird. Er sagt, jetzt erschöpfe sich die Behandlung mit guter Luft und gutem Essen, bei der Vereinigung mit der Krankenhausverwaltung müßten auch Vergleiche, Arznei, Wäber usw. zur Verfügung gestellt werden, was die Kosten erheblich steigere. Ebenso müßte, während jetzt die Kanalverwaltung die Heimstätten auch in baulichen Würden erhalte, die Krankenhausdeputation eine eigene kostspielige Baubewaltung errichten. So schlecht, wie hier dargestellt, sind unsere Heimstätten nicht. 18768 M. stehen im Etat der Heimstätten allein für ärztliches Honorar. Mit dem besonderen Deputierten wird auch das schwerfällige Verfahren nicht beschleunigt. Wir fordern eine organische Reform, keine Fikerei.

Die Heimstätten müssen unmittelbar an die Krankenhäuser angegliedert werden. In unseren Krankenhäusern liegen 27 Proz., die da gar nichts zu suchen haben, Genesende, Leichtkranke, Tuberkulöse und Stiche. Gärten für alle diese Kategorien besonders Anstalten, so wären wir weiter. Auch im Interesse des Stadtsäckels müssen wir zu einem erprobteren Verhältnis kommen, und als einen Weg dazu sehen wir eine gemischte Deputation an.

Stadtrat Kallisch: Wenn der Vorredner selbst besser unterrichtet gewesen wäre, hätte er manche seiner Ausführungen nicht gemacht, hätte auch nicht behauptet, in der Armenverwaltung sei etwas nicht in Ordnung. Wir bringen doch die Kinder nicht bloß in Heimstätten unter. Im vergangenen Jahre haben wir in die Heimstätten 404 Kinder geschickt, in diesem Jahre bis heute 916, in die Wälderholungsstätten in diesem Jahre 383, im vorigen 247, den privaten Heilstätten übergeben 994, im vorigen Jahre 1082. Was jetzt haben wir 2268 Kinder, im vergangenen Jahre 1700 Kinder untergebracht. Wir haben in der Armenverwaltung mindestens jeder ein so gutes Herz für die Kinder wie er selbst. Jetzt sind wir etwas strenger, d. h. wenn die Eltern zahlen können, nehmen wir die Kinder nicht mehr auf, und wir passen da genau auf.

Bürgermeister Dr. Reide verliest eine neue Verfügung des Magistrats, wonach versuchsweise vom 1. April ab auf ein Jahr den Direktoren der Krankenhäuser das Recht zu geben ist, siehe Kranke unmittelbar in das Depot der Siedenanstalt zu verlegen. Die 231 Siedkranke, welche an einem bestimmten Stichtage sich in den Krankenhäusern befinden, werden künftig ohne den Umweg über die Armenverwaltung dahin verlegt werden. Bei den Heimstätten soll ja nun erst eine gemischte Deputation beraten; 80 Proz. der bisherigen Kranken in den Heimstätten würden eventuell auf die Straße gesetzt werden, die müssen doch untergebracht werden. Stadtrat Straßmann wendet sich auch gegen Dr. Wehl. Wir können nur die Kinder unterbringen, die uns gebracht werden; die Armenärzte sind auch nicht zu ängstlich. Daß wir bei Überweisungen an die Heimstätten auch nach der Vergangenheit der Pflöglinge recherchiere, ist einfach unsere Pflicht, denn Unbescholtene müssen wir aufnehmen. Verscholtene nicht.

Stadtr. Isaac gibt der Einsetzung einer gemischten Deputation seine Zustimmung, ebenso Stadtr. Dr. Lazarus (Fr. Fr.).

Stadtr. Dr. Wehl (Sog.): Welches Recht haben wir denn, jemand, der sich in die Reihe der Strafgesehe vertritt hat, noch einmal zu bestrafen, wenn er in eine Heimstätte aufgenommen werden soll? Ich habe keine falschen Zahlen mitgeteilt. Was besagen denn die 2000 aufgenommenen Kinder gegenüber den 7800 Kindern, welche allein wegen Unterernährung unter Überwachung stehen? Es werden unendlich viel Kinder in die Privatanstalten geschickt, es ist doch ein Widerspruch, wenn gleichzeitig unsere Heimstätten leer stehen. Wenn in die Armenverwaltung der Geist sozialer Verständnisses wirklich einzieht, dann werde ich Herrn Kallisch als unsern Obergenossen begrüßen. (Heiterkeit.)

Stadtrat Kallisch: Ich wünsche, ich wäre der Obergenosse der Herren; Sie würden dann etwas ganz anderes von mir erleben. Wir haben doch auch Verpflichtungen gegen andere als Armenkinder, denken Sie doch an den Mittelstand. Wir schiden alle Kinder, die in die Heimstätten gehören, auch hin, es sind aber Gott sei Dank nicht mehr Kinder da, uns wurden nicht mehr gemeldet. Wir selbst können doch nicht alle die Kinder machen, von denen Herr Dr. Wehl sprach. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation wird angenommen.

Die Alle Link hat am 13. Februar folgende Anfragen an den Magistrat gerichtet:

1. Welche Umstände hindern die ortspolizeiliche Genehmigung der Anlage eines

städtischen Begräbnisplatzes

auf dem Terrain in Buch-Narom?

2. Welche Maßregeln gedenkt der Magistrat zu ergreifen, diese Genehmigung herbeizuführen?

Stadtr. Galland (A. L.) verweist auf die bekannten Vorgänge, die auf das Konfistorium zurückzuführen seien und auf die in der Püngerstraße dadurch verursachte Erregung. Stadtrat Kallisch: Tatsächlich hat das Konfistorium und eine Rechnung aufgemacht, wonach wir jährlich über 10 000 „Frei-leichen“ auf unseren vorhandenen Friedhöfen beerdigen könnten, und verlangt, daß wir die Zahlreichen ihm zuweisen. Dazu, die Zahlreichen abzuweisen, haben wir ja überhaupt kein Recht. Was Friedhöfe betrifft, so haben wir jährlich schon über 4000 Frei-leichen, daneben 1800 Zahlreichen; bis 1. August 1912 ist der Friedhof voll und wir müssen ihn schließen. Darum haben wir ja schon von Ihnen die Ermächtigung erbeten, den Anstaltsfriedhof in Buch zu benutzen. Die größere Zahl der Zahlreichen sind Dissidenten, auch ungetaufte Kinder, Selbstmörder usw., welche die Kirche ablehnt, müssen wir aufnehmen. Wir werden versuchen, friedlich zum Ziele zu kommen. Auf jeden Fall werden wir uns gegen diesen Eingriff in unsere Rechte zur Wehr setzen.

Oberbürgermeister Kallisch: Der Oberpräsident hat uns den Einpruch des Konfistoriums mitgeteilt, der sich auf das Allgemeine Landrecht stützt, wonach nur mit Genehmigung der städtischen Oberen neue Friedhöfe errichtet werden dürfen. Diese Bestimmung bezieht sich offenbar nur auf die von den Kirchen zu errichtenden Friedhöfe. (Zustimmung.) Der Friedrichsfelder Friedhof ist eine freundliche Anlage, die allgemeinen Beifall findet; zahlreiche Gemeinden haben Anträge aufzuweisen. Es ist kaum verständlich, wie da trotz einer Anerkennung nur neue Schwierigkeiten uns erwachsen. Wir werden auf dem Recht bestehen, das uns für Berlin schon vor 31 Jahren gegeben wurde. (Beifall.)

In der Besprechung führt Stadtr. Galland aus, daß der Oberpräsident die neueren Gesetze, die sich mit der Anlage von Friedhöfen befassen, nicht beachtet und auch eine oberverwaltungsgerichtliche Entscheidung ignoriert hat, die den betr. § 764 A. L. R. für antiquiert erklärt. Das Konfistorium habe also gar nicht mitzusprechen; mit welchem Recht verlange man also vom Magistrat, sich mit den kirchlichen Behörden in Benehmen zu setzen? Das Konfistorium werde lediglich von finanziellen Rücksichten geleitet. Schließlich gebe es ja auch noch ein Oberverwaltungsgericht.

Stadtr. Dove (A. L.): Das Konfistorium will ein Zwangs- und Bonnrecht für zahlungsfähige Leichen zugunsten der Kirche konstruieren. Dagegen kann nicht scharf genug Front gemacht werden. Auch die Bürgerschaft muß und in diesem uns aufgezwungenen Kampfe unterstützen. (Beifall.)

Stadtr. Leib (Sog.): In der Bürgerschaft herrscht die Auffassung, daß jeder ein Recht auf den Kommunalfriedhof hat. Die Antwort, die uns von der Behörde zuteil geworden ist, hat wirklich mit kirchlichen Interessen nichts mehr zu tun, sondern charakterisiert sich als ein

Kampf um zahlungsfähige Leichen

man verlangt, unser Kommunalfriedhof solle nur ein Armenfriedhof und höchstens noch ein solcher für Dissidenten sein. Die Berliner evangelische Stadtkirche hat sich in waghalsige Spekulationen mit ihren Kirchhöfen in Stahndorf und Ahrenfelde eingelassen, und sucht sich nun durch diese Manipulationen gegen uns möglichst schodlos zu halten. Dabei wird schon mit den sogenannten Auslösungsgeldern arg gewirtschaftet. Wir kommen den Kirchenbehörden überhaupt viel zu sehr entgegen. Die Ständesämter scheinen neuerdings den Kirchenbehörden Mitteilungen über den Tod von Kirchengemeindegängern zu machen; die Stadt leitet denselben Behörden die Steuerlisten mit. Aber die Sache hat auch ihre Gütes, sie wird viele, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen haben, dahin bringen, auch den letzten Schritt noch zu tun. Damit schließt die Besprechung. Schluß 1410 Uhr.

Jugendbewegung.

Die vierte Landeskonferenz der Jugendorganisationen Niederösterreichs,

die am 11. Februar in Wien tagte, war von 123 Delegierten, 71 aus Wien, 52 aus der Provinz, besucht. Die verschiedenen Parteiververtretungen und Fraktionen hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitz der Landesleitung gab Kunde von reger Wirksamkeit. Ende 1911 gab es in Wien 21 Ortsgruppen mit 1903, in der Provinz 48 (Ende 1910 erst 17) Ortsgruppen mit 1685 Mitgliedern; zusammen 3588 Mitglieder. In der Provinz gibt es 4 Kreissekretariate. 1294 Mitglieder sind 14—16 Jahre, 1589 16—17, 425 17—18, 210 18—20 und 80 über 20 Jahre alt. Versammlungen fanden 1809 mit 63 654 Teilnehmern statt, davon 273 öffentliche und 988 Vortrags- und Diskussionsabende. Kürzlich wurde eine Abstinenzabteilung gegründet, der 220 Mitglieder in Wien, 48 in der Provinz angehören. 254 Lehrlings-schüler wurde erledigt, 225 000 Flugblätter und Einladungsblätter verteilt. Wegen Uebertretung des preßgesetzlichen Kolportageverbots wurden 84 Kronen Geld- und 264 Stunden Arreststrafe verhängt.

Besonders lebhaft war die Pflege des Bildungswesens. Während 1907 erst 130 Vorträge gehalten wurden, waren es 1911 schon 893. Als Hilfsmittel fanden Tafeln und ein Lichtbildapparat zur Verfügung. Außerdem wurden 22 Vortragszettel abgehalten. An sechs Sonntagnachmittagen fand ein Funktionärlaufkurs statt, an dem 99 Wiener, 20 Provinzfunktionäre teilnahmen. Dazu kamen Abgabe von Theaterkarten, teilweise mit vorhergehenden Erläuterungsvorträgen, von Textbüchern zu ermäßigtem Preise, Turn- und Schwimmkursen, Exkursionen usw. Der „Jugendliche Arbeiter“ hat im ganzen Reiche jetzt eine Verbreitung von 15 000 Exemplaren, die Januarnummer von 20 000.

Von verschiedenen Organisations- und Propagandafragen, über die Vorträge stattfanden, behandelte Genosse Danneberg die Aufgaben der Jugendbewegung, speziell die Forderungen an Lehrlingsbildung, Einführung des Tagesunterrichts in der gewerblichen Fortbildungsschule usw. — Die Konferenz gab Zeugnis von regem geistigem Leben, das, wie auch die Anerkennung der berufenen Parteiführer bezeugt, der Arbeiterbewegung durch Erziehung eines guten Nachwuchses wertvolle Dienste leistet.

Aus Industrie und Handel.

Großer Fischfang!

Die Erträge des Fischfanges in der Nord- und Ostsee waren im Januar 1912 im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres außerordentlich günstig. Die Fänge ohne Schalliere ergaben 7 598 207 Kilogramm gegen nur 5 780 001 Kilogramm in 1911. Der Gesamtwert hob sich von 1 824 793 M. auf 2 138 465 M., was eine Verminderung des Einheitspreises von 0,32 auf 0,28 M. bedeutet. Danach müßte mit einer Verbilligung im Handel zu rechnen sein. Einschließlich der Schalliere wird der Wert der Erzeugnisse von Seezieren für Januar des Jahres auf 2 184 651 M. angegeben gegen 1 858 811 M. im Januar 1911. Die reichste Ernte lieferte der Kabeljau in der Nordsee. Auffallend wenig Deringe wurden gefangen: im vergangenen Jahre waren es 171 881 Kilogramm, in diesem Jahre nur 24 181 Kilogramm.

Amerikanische Arbeiterverhältnisse.

In einer Rede zugunsten eines demokratischen Antrags auf Ermäßigung der Einfuhrzölle teilte Berger einige amtliche Zahlen über die Lohnverhältnisse mit. Da die Ergebnisse der Erhebung von 1910 noch nicht vorliegen, gab er die Zahlen von 1906. Das folgende sind die „hohen Löhne“, mit denen der Abgeordnete für Pennsylvania prahlt. Der durchschnittliche Wochenlohn für erwachsene männliche Arbeiter war 11,15 Dollar im Jahre 1906. Es gab aber 132 064, die weniger als 8 Dollar verdienen. Das sind republikanische (amtliche), nicht sozialistische Zahlen! Der Durchschnittslohn für Frauen war 6,17 Dollar. Die Zahl der arbeitenden Frauen war in unserem gelieferten Lande 5 819 400. Der Lohn für Kinder unter 16 Jahren war im Durchschnitt 3,46 Dollar. Von den arbeitenden Frauen verdienen 74 Proz. weniger als 8 Dollar, 10,9 Proz. weniger als 4 und 15,1 Proz. weniger als 5 Dollar im Wochenburchschnitt. Berger betont, daß die Löhne in den europäischen Ländern meist geringer, dafür aber Fürsorgeeinrichtungen vorhanden seien, von denen man in den Vereinigten Staaten nichts weiß. — Seit 1905 sind die Löhne gemeinlich nicht unbedeutend gestiegen, weit höher jedoch die Lebensmittelpreise, so daß der Reallohn heute erheblich niedriger steht als vor 7 Jahren.

Die Entwicklung des Schiffsverkehrs in den wichtigsten europäischen Häfen hat sich nach einer Zusammenstellung im „Prometheus“ in den letzten 10 Jahren folgendermaßen gestaltet:

Hafen	Schiffsverkehr in Netto-Registertons		Zunahme
	1900	1910	
London . . .	15 568 000	18 681 000	8 078
Gardiff . . .	9 480 000	10 251 000	771
Liverpool . . .	8 316 000	10 881 000	1 565
Hamburg . . .	6 038 000	12 037 000	4 610
Rotterdam . . .	6 327 000	10 630 000	4 872
Marseille . . .	6 164 000	9 441 000	3 270
Antwerpen . . .	5 692 000	10 756 000	5 064

In diesem zehnjährigen Zeitraum hat sich die Reihenfolge der europäischen Häfen nach der Größe ihres Warenverkehrs wesentlich verändert. London nimmt zwar noch die erste Stelle ein. An die zweite ist aber Hamburg, das im Jahre 1900 erst den vierten Rang einnahm, gerückt. Die dritte nimmt nach wie vor Liverpool ein; dann kommt aber gleich Antwerpen, das 1900 von den genannten Häfen den geringsten Verkehr hatte, diesen aber seitdem fast verdoppelt hat. Sehr gut entwickelt hat sich auch Rotterdam, das seinen Warenverkehr um mehr als die Hälfte steigerte.

Gerichts-Zeitung.

Die gefährdete Autorität des Dorfschulzen.

Weil er einem Befehl des Dorfschulzen nicht nachgekommen, war der Fischer B. in Steinbeck von diesem mit 10 M. Geldstrafe belegt worden. Bei einem Brande auf einem Bauerngehöft in Steinbeck am 21. Oktober vorigen Jahres hatte der Beschuldigte fleißig geholfen, die Gefahr zu dämmen. Er hatte das gefährdete Vieh aus dem Stalle gerettet und sich sonst in jeder Beziehung nützlich gemacht. Das war aber dem Dorfschulzen nicht genügend, der als Spritzenmeister fungierte. Er erteilte dem Fischer den Befehl, er solle Wasser in die Spritze tun. B. war auch bereit, dem Befehl nachzukommen und suchte einen Eimer. Das betrock-

nete der Schulze augenscheinlich als Widersetzlichkeit. Er wiederholte seinen Auftrag und als ihm B. antwortete, daß er keinen Eimer habe, sagte der Schulze: „Nehmen Sie den Eimer, verstehen Sie.“ Dem war nun der Fischer allerdings nicht nachgekommen und deswegen das Strafmandat. B. erhob Widerspruch, wurde aber vom Schöffengericht freisprachlich verurteilt. Seine Zeugen zu hören erachtete das Schöffengericht nach der Aussage des Schulzen für unerschöpflich. Auf seine Berufung hob jetzt die Strafkammer in Eberswalde das schöffengerichtliche Urteil auf und sprach den Beschuldigten frei unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. Es wurde anerkannt, daß B. bei dem Brande in jeder Beziehung seine Schuldigkeit getan habe und daß er durch das Wort des Schulzen, er solle den Eimer zum Wasserschöpfen nehmen, in überflüssiger Weise gereizt worden sei.

Eine Warnung für Arbeitwillige.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte waren heute die Holzarbeiter Geißler und Ludwig wegen Nötigung und Beleidigung, begangen an dem Arbeitwilligen Matthies, angeklagt. Letzterer behauptete, daß er bei einem Streit von zwei Streitenden als „Streikbrecher“ bezeichnet und mit Schlägen bedroht wurde, wenn er nicht die Arbeit niederlege. Er mußte aber, als er von dem Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, eingehend befragt wurde, zugeben, daß er die beiden, die ihn belästigt hätten, nicht erkannt hatte, daß ihm nur der Arbeitgeber mitgeteilt habe, die beiden könnten nur die Angeklagten gewesen sein.

Daraufhin mußte selbst der Anwalt die Freisprechung der Angeklagten beantragen, er beantragte aber gleichzeitig, dem Zeugen Matthies die Kosten des Prozesses aufzuerlegen, da er grob-fahrlässig die Angeklagten erlittet habe.

Der Verteidiger Dr. Rosenfeld beantragte ebenfalls die Freisprechung, widersprach aber der von dem Anwalt beantragten Kostenentscheidung, da die Erhebung der Anklage weniger Schuld des Zeugen als der Polizei sei, die den Zeugen im Vorverfahren nicht einmal den Angeklagten gegenübergestellt habe.

Das Gericht sprach beide Angeklagte frei, legte aber die Kosten dem Zeugen auf. — Arbeitwillige, Ihr seid gewarnt!

Erpressung von — Musik.

Das Landgericht Rölln hat am 23. Oktober v. J. den Gastwirt Otto Mühlhaus wegen versuchter Erpressung zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte für den 2. Oktober 1911 mehrere Musiker für die Zeit von 4—12 Uhr abends engagiert. Um 12 Uhr erfuhr er sie, weiterzuspielen, sie weigerten sich aber. Nun drohte er, er werde ihnen ihr Honorar nicht auszahlen. Nachdem sie bis 8 Uhr gewartet hatten, gab er ihnen endlich Geld, aber zwei Mal weniger, als verabredet war. Seine Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Anonyme Schmähbriefe.

Ein Schreibsachverständigenkongreß fand gestern in dem Sitzungssaal der 147. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte statt. Es handelte sich um die bekannte Beleidigungssache aus dem Invalidenhause, in der zahlreiche anonyme Schmähbriefe und Karten unflätigsten Inhalts eine Rolle spielen. Als Kläger trat der Hauptmann Leopold v. Ostrowski, vertreten von Rechtsanwalt Dr. Wittkowski, gegen den Leutnant Guido Geest und dessen Gattin, verteidigt von den Rechtsanwälten Dr. Ruppe und Dr. Barsau, auf. Der Klage und Widerklage liegt folgendes zugrunde: Die in dem Invalidenhause wohnhafte Familie des Leutnants Geest erhielt schon seit dem Jahre 1903 fortgesetzt anonyme Karten unflätigsten Inhalts, auf denen sich außerdem unanständige Zeichnungen befanden. Es wurde mehrfach angedeutet, daß die Frauen der franken Offiziere hinter dem Rücken ihrer Männer Liebschaften angeknüpft hätten. In manchen Karten war deutlich zu erkennen, daß als Motiv Eifersucht in Frage kam. Die fortgesetzten Unflätigkeiten führten schließlich zu dem Ergebnis, daß als Urheber der anonymen Karten der jetzige Kläger v. Ostrowski und dessen Tochter verdächtig wurden. Diesem Verdacht gab der Leutnant Geest wie auch seine Gattin mehrfach offen Ausdruck. Wegen dieser Beschuldigung erhob Hauptmann v. O. die jetzige Privatklage, welche von dem Leutnant Geest mit einer Widerklage wegen der anonymen Karten beantwortet wurde. In der gestrigen Verhandlung bekundeten die beiden medizinischen Sachverständigen, daß der Hauptmann v. O. seit Jahren an einem chronischen Rückenmarkleiden erkrankt sei, welches bei ihm eine sogenannte Ataxie (Bewegungsstörung) erzeugt habe. Diese beschränkte die Gebrauchsfähigkeit der Gliedmaßen, insbesondere der Hände, derartig, daß v. O. gar nicht in der Lage sei, seine Schrift zu verfassen. Die Schrift des Herrn v. Ostrowski würde zu jeder Zeit einen pathologischen Schriftcharakter erkennen lassen. Dies sei jedoch bei jener anonymen Karte nicht zutreffend. Die Sachverständigen Drosopeln und Altmeppen äußerten sich übereinstimmend dahin, daß die Karte jedenfalls mit der linken Hand geschrieben worden sei. Nach der Schilderung des ganzen Zustandes des Herrn v. O. durch die medizinischen Sachverständigen sei es aber als sehr unwahrscheinlich zu bezeichnen, daß dieser mit der linken Hand überhaupt eine so flüssige Schrift liefern könne. — Auf die Vernehmung der übrigen Sachverständigen wurde verzichtet. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Es sei nicht erwiesen, daß die anonyme Karte von dem Kläger v. Ostrowski herrühre. Bei Rücksicht darauf, daß der von den Beklagten ausgesprochene Verdacht ein sehr schwerer sei und dadurch das Invalidenhaus zum Gesprächsgegenstande weiter Kreise geworden sei, habe das Gericht gegen den Leutnant Geest auf 100 M., gegen Frau G. als die Urheberin auf 400 M. Geldstrafe erkannt.

Harte Strafe.

Eine böse Suppe hatten sich der Kammer Wilhelm Stendal und der Arbeiter Franz Domrini eingebrockt, die unter der Anklage der sogenannten intellektuellen Unfugenschaft vor dem Schwurgericht des Landgerichts III standen. Der Angeklagte Stendal war früher Gastwirt in Rummelsburg. Er hatte sich eine Verurteilung zu drei Wochen zugezogen und erbtelt am 14. Mai die Aufforderung, die Strafe im Gefängnis zu Tegel anzutreten. Dies paßte ihm gar nicht. Er war sehr froh, als ihm Domrini, der bei ihm verkehrte und bei ihm in der Kreide hand, sich anbot, gegen etwas Kleingeld und Gewährung von Speise und Trank die Strafe für ihn abzulösen. Am 17. Mai pilgerten beide Angeklagte nach Tegel, dort wurde Domrini als „Stendal“ in die Register eingetragen und sah gebuldig die 3 Wochen Gefängnis ab. Am 7. Juni wurde er als „Stendal“ wieder entlassen. Die Sache wäre nicht zur Kenntnis der Behörde gekommen, wenn nicht dem Domrini eines Tages in der Begeisterung die Junge durchgegangen wäre und er sich nicht laut seiner Tat gerühmt hätte. Da hier der schwerere Tatbestand des § 179 St.-G.-B. vorlag, weil die Straftat begangen war, um dem T. einen Vermögensvorteil zu verschaffen, so wurden beide Angeklagte zu je einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Die Geschworenen hatten das Vorliegen widerlicher Umstände verneint.

Schauspielerleben.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Der Schauspieler Otto Jäger hatte bei dem Theaterdirektor Ruskus im Sommer v. J. für eine Monatsgage von 70 M. mimen müssen. Er war dezantig in Rot geraten, daß er nur noch ein Hemd auf dem Leibe besaß. Als er eines Abends einen Bauern spielen sollte, mußte er sich von seiner Wirtin ein reines Hemd, ein Paar Strümpfe und ein Taschentuch borgen. In seiner Notlage brannte er schließlich unter Rinnahme der geliebten Wäschestücke durch. Seine hinterlassene Schuld betrug 78 M. In seinem Besitz wurden nur einige Papiertagen und eine alte Hose gefunden. Der unglückliche Mensch kam vor das Schöffengericht und wurde wegen Unterschlagung von Wäschestücken und Schädigung seiner Wirtin durch Betrug zu 12 Tagen Gefängnis verurteilt. — Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann übergebt ihr ihn der Pein!

Franck-Gries

gehört zu jedem

Kaffeegetränk

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohn- und Einrichtungsgegenstände sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 85, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgehalt. 1255*

Kenner kauen

den durch seine Güte unerreicht dastehenden

Kapitän-Kautabak

General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 119.

Achtung! Keine Fleischteuerung!

Wenn die Hausfrauen sparen wollen, kaufen sie in den Rigorosen, jetzt

Neuköllner Fleischwerken

Paul Hilbrich Nachf. W. Kasminski, Neukölln, Hermannstr. 210.

Große Auswahl in Fleisch- und Wurstwaren.

Wochenproduktion an Wurst 25-30 000 Pfd.

Spezialität: Hausmacher-Landleberwurst 75 Pf.

Rotwurst 50 Pf. Fleischwurst 80 Pf. Jagdwurst 80 Pf.

Gefüllter Schinken im ganzen 80 Pf. Salze 60 Pf.

Zwiebelleberwurst 40 Pf. Preßwurst 50 Pf.

Braunschweiger im ganzen 70 Pf.

Jeden Sonnabend große Ausnahme in **Käbler, Rücken fett, Linsen.**

Se größer der Umsatz, um so billiger der Preis. Sie sparen in der Woche bis zu 8 Pf. mehr, wenn Sie bei mir kaufen. 1446



Zur Einsegnung

ANZÜGE

ein- und zweireihig aus blauem und schwarzem Cheviot u. schwarzem Kammgarn modernste Fassons

M. 10.-11.-15.50 17.-20.-22.-25.50
M. 28.-30.-33.-35.-39.-44.-48.-

KLEIDER

Mark 25 bis 38

Schuhe □ Hüte □ Handschuhe
Wäsche □ Krawatten

In welcher Auswahl, zu billigsten Preisen!

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42 □ BERLIN C □ Spandauer Strasse 70-71

Das Haus hat keine Zweig-Niederlassung in Berlin

Reelle Ware
Grosse Auswahl
Billige Preise

MÖBEL!

Ausstellung von ca. 60 Musterzimmern in den Preislagen von 180 bis 1050 M. ca. 600 qm Ausstellungs- und Lagerraum Besichtigung zwanglos.

Teilzahlung

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

schon von 239 Mark an.

Küchen | Wohnzimmer v. 235 M. | Esszimmer v. 48 M. an | Schlafzimmer v. 295 M. | v. 315 M.

Bei Teilzahlung absolut keinen Preiszuschlag.

Kein Kredit

Reell
Kauf

Möbel - Magazin

Otto Piehl

Brunnenstr. 120

Orts-Krankenkasse

für das

Töpfergewerbe zu Berlin. Bekanntmachung.

Die in der Generalversammlung vom 26. April und 13. November v. J. beschlossene achte und neunte Änderung des Statuts ist vom Bezirksausschuss genehmigt worden.

Die neunte Änderung tritt am 1. März 1912 in Kraft und betrifft die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen (ohne Extrabehträge).

Die Anmeldung der Angehörigen (Frau und Kinder) hat spätestens am achten Tage nach Befähigungsanfang des Familienmitgliedes schriftlich zu erfolgen.

Die zur Zeit in Arbeit stehenden, wie die freiwilligen Familienmitglieder können schon jetzt ihre Angehörigen anmelden.

Anmeldeformulare hierzu sowie die Statutenänderungen sind im Kassental erhältlich. 271/7

Berlin, den 15. Februar 1912.

Der Vorstand.

Frack-Verleih-Institut

Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. S. Berg Nachf. Borchardt, Friedrichstr. 115 I, a. Oranienburg-Tor. Tel. Rosb 7402.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules

tragen.

Unverletzte Leistungsfähigkeit. Allein-Vorlauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark. Gew. Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Füßchen umsonst.

Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Männer - Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung

für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestr. 99-100 - Brückenstr. 17 Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis und franko

Für Herren, welche sich billig und elegant kleiden wollen.

Verkauf von:
Eleganten Herren-Anzügen 10.00 15.00 18.00 24.00 etc.
Vorjahr. Paletots u. Ulster 7.00 10.00 14.00 18.00 etc.
Herren-Hosen 2.50 3.50 5.00 etc.

Einsegnungs-Anzüge große Auswahl. Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzüge. Verleihung von eleganten Gesellschafts-Anzügen.

Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. An-
II. Geschäft: Chausseestr. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.



35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld!

Möbel

direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maab, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

35 Permanenten Musterzimmer-Ausstellung. 35

Nachb. Verkauf.

Im zweiten Berliner Landtagswahlkreise

hatten unsere Genossen am Mittwoch zwei öffentliche Wähler-versammlungen einberufen, nämlich im Schuhmachereinnungshaus in der Fischerstraße und bei Julius Meyer in der Oranienstraße. Beide Versammlungen waren ziemlich zahlreich besucht und dienten der Agitation und den Vorbereitungen für die am 27. Februar stattfindenden Wahlmännerwahlen.

Partei-Angelegenheiten.

Bur Lokalliste!

In Friedrichshagen hat das Gesellschaftshaus den Vesper gewechselt; der jetzige Inhaber Herr Wandrey stellt sein Lokal zu den allbekanntesten Bedingungen zur Verfügung.

Ferner wird uns mitgeteilt, daß der kaiserliche Automobilklub am Sonnabend, den 24. Februar, ein Kostümfest in den Kammerfälen, Teltower Str. 1-4, abhält. Da die Kammerfäle für die organisierten Arbeiter zur Versammlung nicht zur Verfügung stehen, aber versucht wird, bei den Chauffeuren und in Arbeiterkreisen Billetts umzusetzen, bitten wir die Billetts zurückzugeben.

Die Lokalkommission.

Treptow - Baumgartenweg. Sonntag, den 25. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Lokal „Paradiesgarten“, Alt-Treptow, Ecke Parkstraße: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevorordneten, Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorstellung, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Weißensee, Gemeindevahl! Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags von 3 Uhr ab, bei Peulert, Berliner Allee 251: Avertieren der Wahlbesucher. Zur Verteilung derselben an die Wähler treffen sich die Genossen und Genossinnen am Dienstag, den 27., von 7 Uhr abends ab in den Wahlbesuchsalen. Zur glatten und schnellen Erledigung beider Arbeiten ist die Teilnahme möglichst aller Mitglieder dringend notwendig.

Der Vorstand.

Mariendorf. Am Sonnabend, den 24. d. Mts., feiert der Wahlverein in dem Großhändler Lokal, Chausseestraße, sein 11. Stiftungsfest in Form eines Kunstabends. Das sorgfältig zusammengesezte Programm verspricht einen genussreichen Abend. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf. Billetts sind bei den Bezirksführern zu haben. Der Beginn des Festes ist auf pünktlich 8 1/2 Uhr festgesetzt. Die Genossen wollen in ihren Bekannntkreisen für lebhaften und pünktlichen Besuch des Festes agitieren.

Lichtenrade. Morgen Sonnabend, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Wirtshaus Lichtenrade“.

Neuenhagen (Lilbahn). Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal von Rindner, Niederseebe: Öffentliche Gemeindevorwahlerversammlung.

Vormittag: Handzettelverbreitung dafelbst. Dieselben sind beim Bezirksleiter abzuholen.

Petershagen - Frederiksdorf. Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Kunisch, Hemsendorfer Straße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorwahl. 3. Vortrag über drahtlose Telegraphie und Anwendung der Elektrizität. 4. Verschiedenes. - Vormittags: Flugblattverbreitung zur Gemeindevorwahl. Material beim Genossen Claj abzuholen.

Penkow. Am Sonntag, den 25. Februar, mittags 1 Uhr, bei Ebersbach: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorstellung. 2. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Die Bezirksleitung.

Bernau. Sonnabend, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Salzmann, Waddorfer Straße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit wichtiger Tagesordnung.

Die Bezirksleitung.

Waldmannslust und Hermsdorf. Sonntag, den 25. Februar, früh 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus: Handzettelverbreitung für die Anfang nächster Woche stattfindenden Gemeindevorwahlerversammlungen.

Mühlensee (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zur Sonne, Inhaber A. Bärlich: Öffentliche Gemeindevorwahlerversammlung. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie in der Gemeindevorstellung. Referent: Stadtvorordneter Genosse Paul Dupont, Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Genossen der Ortschaften Blankenseide, Schildow und Schönfließ sind zu dieser Versammlung eingeladen. Admarck der Schönhauser Genossen um 12 Uhr, von Bratowogel, Nordend, aus. Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten gestern eine Dauer Sitzung. Aus der langen Reihe der Beratungsgegenstände, bei denen es zu einer mehr oder minder gründlichen Aussprache kam, hoben sich besonders drei heraus: die Verhandlungen über den Markthallenverkauf, über die Walderholungsstätten für Kinder und über den Kampf der Kirche gegen die Gemeindefriedhöfe.

Der Verkauf der Markthalle Dorotheenstraße an die Postverwaltung wurde, wie der Ausschuss es vorschlug, beschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen, nachdem sie vergeblich den Versuch gemacht hatte, eine Zurückverweisung an den Ausschuss durchzusetzen. Genosse Brunwald brachte hier erneut die Aufsichtserregende Provisionsaffäre zur Sprache, die in die Angelegenheit hineinspielt. Es ist von pikantem Reiz, daß es just ein Bruder eines Magistratsmitgliedes, des Stadtrats Selberg, sein muß, dem für seine „Mühe“ ein Douceur von 38 000 Mark aus dem Stadtsäckel bewilligt wird. Auf andere Weise als durch diesen Herrn Kommerzienrat Selberg, der nicht etwa als gewerbetreibender Agent, sondern ganz privatim das „Geschäft“ gemacht hat, konnte wahrscheinlich die Stadtverwaltung nicht mit der kauflustigen Postverwaltung zusammenkommen. Als

Genosse Brunwald diesen Skandal nach Gebühr kennzeichnete, antwortete die freisinnige Mehrheit mit Ausbrüchen der Entrüstung, die dem Redner, nicht etwa der Provisionsaffäre, galt.

In der Frage der Walderholungsstätten für Kinder hat der Magistrat die Entscheidung so lange hinausgezögert, daß er jetzt die Zeit gekommen glaubt, sie vollends der Versumpfung entgegenzuführen zu dürfen. Er beruft sich darauf, daß nicht mal der Rotkehl der Seimstätten voll ausgenutzt wird, und will alles beim alten lassen. Die Stadtverordnetenversammlung hat erfreulicherweise diesen Absichten zunächst einen Riegel vorgeschoben, indem sie die ihr zur Kenntnisnahme vorgelegte Entschließung des Magistrats an eine gemischte Deputation verwies. Genosse Weyl betonte die Notwendigkeit, auf diesem Gebiete sich nicht mit Nickerwerk zu begnügen, sondern an eine organische Reform heranzugehen. Durch einen Hieb gegen die Armenverwaltung, den er hierbei führte, gab er dem Stadtrat Kalisch Gelegenheit, zu zeigen, daß dieser jetzige Chef des Armenwesens Talent, wenn zu nichts anderem, so wenigstens zum Spaßmacher hat. Herr Kalisch fiel dabei sehr glücklich aus der Rolle eines würdevollen Magistratsmitgliedes.

Minder heiter ging es in der Debatte über die Angelegenheit des Gemeindefriedhofs her, gegen den die Kirche alle ihre vermeintlichen Machtmittel auszunutzen entschlossen ist. Der jede Eingriff in das Recht der Stadtgemeinde eindeutige Anlaß gegeben zu einer Anfrage an den Magistrat, die vom Oberbürgermeister Rirschner mit einer bemerkenswert scharfen, das Recht der Stadt wahren Erklärung beantwortet wurde. In der Beipredung wiesen alle Redner das Verhalten des Konsistoriums als unberechtigt zurück. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Reid, der die eigenartigen Motive dieses neuesten Vorstoßes der Kirche aufdeckte. Er schloß mit der Ankündigung, daß diejenigen Bevölkerungsklassen, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen haben, gegenüber solchen Machtgelüsten noch mehr als bisher es für ihre Pflicht halten werden, auch äußerlich den Bruch mit der Kirche zu vollziehen.

Die Liebenwalder Bahn betrifft, wie wir kürzlich berichteten, eine recht ansehnliche Verkehrsposill. Sie ist von einer Gesellschaft Veder u. Co. gepachtet: Der jetzige Zustand, daß nicht in erster Linie die Interessen des reisenden Publikums sondern die der Eisenbahn-Baugesellschaft Veder u. Co. maßgebend sind, dürfte aus der Zusammenlegung der Direktion der Reimendorfer-Liebenwalder-Groß-Schönebecker Eisenbahn hervorgehen. Der erste Direktor, ein früherer aktiver General, ist nämlich gleichzeitig noch zweites Vorstandsmitglied im Aufsichtsrat der Firma Veder u. Co. Der technische Leiter fungiert in gleicher Eigenschaft noch für die anderen Bahnen im Betriebe der Eisenbahn-Baugesellschaft Veder u. Co. Hierdurch ist es leicht erklärlich, daß diese Herren nicht, wie es ihre Pflicht wäre, zuerst die Interessen der Aktiengesellschaft der Liebenwalder Eisenbahn, sondern die der Firma Veder u. Co. im Auge haben, zumal die anderen Bahnen sich nicht gut rentieren sollen und die Liebenwalder Bahn somit als rettender Engel angesehen wird.

Bei der Zusammenlegung des Aufsichtsrats der Liebenwalder Bahn, der zum großen Teil aus Interessenten der Firma Veder besteht, ist es kein Wunder, wenn die Stimmen immer lauter werden, die sich gegen eine weitere Verpachtung der Liebenwalder Bahn an die Firma Veder u. Co. wenden. Hinzu kommt noch, daß eine Verlängerung der Bahn bis Jeddedia geplant sein soll. Diese Arbeiten sollen wiederum der Firma Veder u. Co. übertragen werden. Aufsehenerregend hat die Aktiengesellschaft beim seinerzeitigen Bau des Unternehmens noch nicht die Lehre gezogen, daß sie sich den Baugewinn, der, nebenbei bemerkt, 1 000 000 M. betragen haben soll, selber verdienen kann. Der Gewinn bei diesem Bau soll wiederum einer Firma zugewendet werden, zu der der erste Direktor mit dem größten Teil seines Aufsichtsrats im weiteren Geschäft steht. Natürlich kann das nur zum Schaden der Interessenten der Liebenwalder Bahn ausfallen. Zu erwarten wäre, daß die Aufsichtsbehörden, der Präsident der königlichen Eisenbahndirektion Berlin, die Provinz Brandenburg und der Kreis Niederbarnim, dieses Projekt und die eigenartige Fusion einer durchgehenden Prüfung unterziehen. Vor allem ist es Pflicht der Aufsichtsbehörde, für ermäßigte Tarife zu sorgen und eine schnellere Zugfolge eintreten zu lassen. Geschieht das, dann erhält die Bahnstrecke erst den wirklichen Charakter eines öffentlichen Verkehrsmittels und auch die in diesem Betriebe Angestellten würden endlich in die Lage kommen, eine menschenwürdige Entlohnung zu erhalten, an der es heute noch sehr mangelt.

Der Vertrag mit der Firma Veder u. Co. läuft am 1. April 1913 ab.

Vom künftigen Gesundheitswesen. Der Stadtverordnetenvorsteher Nischelet hat der Stadtverordnetenversammlung mit anderen Kollegen folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Unterzeichneten beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Verwaltung der städtischen Heilmitteln mit der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und das öffentliche Gesundheitswesen zu vereinigen, um eine schnellere Lieberführung der Genesenden und der an geschlossener Tuberkulose Leidenden zu ermöglichen und dadurch die Krankenanstalten wirksamer zu entlasten.“

Der Hiebgriff in der Lichtenberger Nordstraße.

Am Mittwoch vor 14 Tagen wurde, wie wir mitteilten, der im Hause Nigeer Straße 87 wohnhafte Kassierer Karl Schabel unter dem dringenden Verdacht, die Schlägerin Frau Rinkel am 1. Mai vorigen Jahres in Lichtenberg in ihrer Wohnung, Mainzer Str. 24, erschlagen zu haben, von der Lichtenberger Kriminalpolizei verhaftet. Sofort nach der Verhaftung Schabels wurde in zweiten Akteisen die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß hier wieder einmal einer jener vielen Irrtümer der Polizei vorliegt, die, ohne im Besitze ausreichender Beweismittel zu sein, Schabel in Haft nahm. Von Anfang an mußte es sutzig machen, daß die Öffentlichkeit so wenig von den Gründen erfuhr, die den Familienvater in den schweren Verdacht des Mordes brachten. In der über diese Sache informierenden Korrespondenz hieß es, daß die Kriminalpolizei über erhebliches Belastungsmaterial verfüge, das aber noch geheim gehalten werden müsse. Und als gar die Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen den Verhafteten beschloß, fand sich bereits eine gewisse Presse, die, weil Schabel Angestellter des Gemeindefriedhofes war, von einem „sozialdemokratischen Mörder“ berichtete.

Gestern nun ist Schabel aus der Untersuchung entlassen worden. Wie uns mitgeteilt wird, ist gegen Schabel nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht worden, daß er als Täter in Frage kommen könne. Lediglich auf leeres Gerede zweier Frauen, die mit den

Nischeleten Eheleuten in Verührung gestanden, hat die Kriminalpolizei die Verhaftung Schabels vorgenommen.

Durch ihren Geniestreich hat sie einen bisher völlig unbescholtenen Mann von seiner Familie gerissen, ihn 14 Tage seiner Freiheit beraubt und obendrein bewirkt, daß die Kinder mit Fingern auf den unschuldig in den Verdacht des Mordes Geratenen zeigen. Dabei muß mitgeteilt werden, daß dem in Haft genommenen Schabel die von seinem Rechtsbeistand Dr. Heinemann nachgesuchte Selbstbefreiung vorenthalten wurde. Am gestrigen Donnerstag vor acht Tagen hatte letzterer bereits Geld hierfür eingezahlt, bekommen hat Schabel jedoch bis zum gestrigen Tage die Gefängnisloft. Das eingezahlte Geld wurde ihm gestern bei seiner Entlassung wieder ausgehändigt.

Wer entschädigt nun den auf bloßen Klatsch Verhafteten für die ihm zugefügte moralische und materielle Unbill?

Das Verhör des Raubmörders Trenkler ist am Mittwoch spät abends zu einem gewissen Abschluß gelangt. An Einzelheiten ist noch zu berichten: Trenkler kam am 16. Januar, am Tage vor der Tat, mit seinem noch nicht ermittelten Reisegefährten mittags in Berlin an, besuchte mit ihm einige Schankwirtschaften und begab sich dann allein nach dem Fremdenlogis „Zum weißen Hof“ in der Dresdener Straße, das er von früher her noch kannte. Hier erzählte er den Wirtsknechten, was ihn nach Berlin geführt habe, und daß er beabsichtige, die Charité aufzusuchen. Die Leute rieten ihm, einen Arzt in der Nachbarschaft aufzusuchen, der auf dem Gebiete seiner Krankheit schon Hervorragendes geleistet habe. Trenkler sagte denn auch, daß er das tun wolle. Am nächsten Morgen machte er sich auf den Weg. Statt aber zum Arzt zu gehen, hielt er sich an dem Geschäft des Juweliers Schulze auf, um eine Gelegenheit auszubaldern, sich in den Besitz von Schmuckstücken zu setzen. In der 11. Stunde lehrte er von dem Ausgang juridisch und schwindelte den Wirtsknechten vor, daß er beim Arzt gewesen sei. Er sagte, dieser habe ihn genau untersucht und wolle ihn „nach Charlottenburg bettlägerig machen“, und dort weiter behandeln. Er bezahlte seine Zechen und verabschiedete sich. Bald darauf schritt er zur Ausführung seines Planes.

Nachdem er ein Tablett mit Schmuckstücken aus der Wirtin des Schankens herausgenommen und eingesteckt hatte, überreichte ihn Frau Schulze. Er nahm die Sachen, wie er sagt, aus der Tasche wieder heraus und legte sie auf den Ladentisch. Nachdem er die Frau niedergeschlagen und nach dem Hinterzimmer geschleppt hatte, war ihm so warm, daß er den Leberzieher ausziehen mußte. Er warf ihn über den Ladentisch hinweg auf einen Stuhl. Als dann später alle drei Opfer in dem Wohnzimmer lagen, machte sich der Verbrecher daran, seine Taschen mit Beutestücken zu füllen. Weil sie ihm nicht genug saßen, so suchte er nach etwas anderem. Ueber die Leichen hinwegschreitend suchte er die Stube ab und fand endlich einen Karton. In den schüttete er nun alles hinein, was er in den Taschen hatte. Jetzt machte er sich an das Geldspind heran, dessen Schlüssel nicht ganz zugehoben war. Diese konnte er also ohne weiteres öffnen, die inneren Tresors dagegen fand er verschlossen. Jetzt erinnerte er sich, daß er bei Schulze eine Schlüsselleiste gesehen habe. Er begab sich an die Leiche, nahm ihr die Kette mit den Schlüsseln ab, öffnete die Tresors und nahm Ringe, lose Brillanten, Schlippsnadeln, bares Geld und das Sparfassenbuch heraus. Die Brillanten und Schmuckstücke tat er zu den anderen in den Karton. Jetzt kam er auf den Gedanken, sich etwas zu säubern, nachdem er die Geldschranktür zugeworfen und die Schlüsselleiste abgezogen hatte. In der Stube suchte er nach einem Taschentuch und fand eins in der Kleiderstange der erschlagenen Margarete. Mit diesem wuschte er sich ab. Bei dem Suchen sah er auch das kleine Paletchen, das das Mädchen vom Einholer mitgebracht hatte. Weil er augenblicklich nicht wußte, ob es nicht ihm selbst gehöre, so nahm er es auf, legte es neben dem Karton auf den Ladentisch, um es für alle Fälle mitzunehmen, damit es ihn nicht betragen könne. Daneben legte er gleich auch das Nordwerkzeug, das nach seiner Schätzung 2 1/2 Kilogramm wog, nachdem er es in Zeitungspapier eingewickelt hatte, und eine mit geometrischen Formeln und Entwürfen für Automobilteile bedeckte Zeichenrolle, die er mitgebracht hatte. Auch diese Dinge wollte er nicht verbergen. Weil der Karton nicht ganz voll war, so packte er auf die Schmuckstücke sein Hals-tuch hinauf. Dann suchte er nach seinem Hut, der ihm abgefallen war. Hierbei fand er auch den Hut Schulzes. Er hob ihn auf und legte ihn auf den Hoder, der im Laden stand. Endlich streckte er die Schlüsselleiste ein, nahm den Karton, das Nordwerkzeug und das kleine Paletchen unter den Arm und verließ den Laden. Sein Verlust, die Tür von außen abzuschließen, mißlang. Das Schließblech war etwas verbogen und deshalb wollte der Schlüssel nicht gleich passen. Er zog die Tür nun bloß an, nahm den Schlüssel heraus und steckte ihn ebenfalls in die Tasche. Dann ging er die Alte Jakobstraße hinunter nach der Dresdener Straße zu. An der Grünstraße betrat er einen Hausflur, um den Karton in sein Taschentuch einzubinden. Weil dieses aber zu klein war, so fragte er einen etwa 12 Jahre alten Jungen nach Bindfaden. Der hatte aber keinen. Trenkler ging nun weiter. Als er am Thalia-Theater eine Droschke bestieg, warf er das kleine Paletchen unter den Wagen, weil er sich überzeugt hatte, daß es ihm nicht gehöre. An der Sparkasse bedeckte er den Karton, Werkzeug und Zeichenrolle mit der Wagentasche zu, beauftragte dann den mehrfach beschriebenen Mann, der sich noch immer nicht gemeldet hat, ihm 600 M. abzugeben. Der Mann kam bald zurück und berichtete, daß er nur 150 M. bekommen könne, weil nicht gekündigt sei. Den kleineren Betrag holte er denn auch. Auf der Fahrt nach dem Görlicher Bahnhof ließ der Verbrecher den Koffer schon an der Hochbahn halten und entlohnte ihn mit etwas über 3 M. Nach Verlassen des Wagens stellte Trenkler seine Sachen zunächst auf einen Mauervorsprung, um sich erst die Hände zu reiben, weil ihm auf der Fahrt sehr kalt geworden war. Als er sie wieder aufnahm, sah er, daß ihm die Zeichenrolle fehlte. Er hat sie sicher im Wagen liegen lassen. Der Koffer, der sie wohl gefunden haben wird, wird erlucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden. Auf dem Görlicher Bahnhof ließ sich der Verbrecher von einem Gepäckträger Bindfaden geben, mit dem er den Karton verschürzte. Dann übergab er diesen einem Zeitungshändler in Verwahrung. Mit dem Nordwerkzeug unter dem Arm und den Schlüsseln in der Tasche ging er dann am Görlicher Bahnhof entlang, bis er an einen Wasserlauf, den Landwehrkanal kam. Dieser war zugefroren. Trenkler ging weiter, bis er an eine offene Stelle kam. Dort warf er das Nordwerkzeug und alle Schlüsseln ins Wasser. Jetzt kehrte er nach dem Bahnhof zurück, gab dem Zeitungshändler 10 Pf. und hielt sich dann mit dem Karton eine halbe Stunde lang im Wartesaal 4. Klasse auf, und trank einige Tassen Kaffee, bis er mit dem Zug über Görlich abfuhr.

Nach Abschluß der Vernehmung wurde Trenkler gestern Abend wieder in die Isolierzelle gebracht. Heute morgen wurde er dem Erkennungsdienst vorgeführt und von ihm photographiert und gemessen.

Zur Aufklärung des Verbrechens hat sich jetzt endlich noch ein wichtiger Zeuge gemeldet, der junge Mann, mit dem Trenkler nach Berlin gekommen ist. Seine Befundungen weichen in wesentlichen Punkten von der Darstellung Trenklers ab. Wichtig ist, daß Trenkler seinem Begleiter sein Leid über seine Lungentrankeheit klagte. Aber nicht auf seinen Rat ist der Verbrecher nach Berlin gefahren, er hatte vielmehr schon eine Fahrkarte dorthin, als er mit ihm zusammentraf, und löste sich nicht erst eine in Görlich. Der junge Mann hat bei Trenkler auch die Zeichenrolle gesehen und auch mit ihm darüber gesprochen. Trenkler gab sie aber nicht aus der Hand. Der

Masernepidemie in Paris. Eine Masernepidemie fordert in Paris zahlreiche Opfer. Viele Schulen sind bereits geschlossen. Die Epidemie wütet besonders in den dicht bebauten Stadtvierteln Montmartre und Belleville. Im Januar waren 1422 Todesfälle an Masern zu verzeichnen gegen 278 im Januar des Vorjahres.

Schwerer Unfall. Aus Schreyport in Louisiana kommt die Meldung, daß während eines Unfalls acht Keger getötet, 50 schwer verwundet wurden.

Ein Millionendiebstahl. Nach einer Meldung aus Duisburg hat der Generaldirektor der fürstl. Hohenzollernschen Domäne v. Soot Beruntreuungen in Höhe von 2 Millionen Mark begangen. Er soll mit einer Dame geflüchtet sein, während sich seine Frau in einem Irrenhaus befindet.

Verhaftete Sachverständige. Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof wurden gestern früh ein Mann und eine Frau verhaftet, die sich in Basel bei der Zollrevision verdächtig benommen hatten. Die Schweizer Zollbehörde hatte die Frankfurter Polizei telegraphisch benachrichtigt. Das Sachverständigenpaar hatte die beiden Verhafteten in ihrer Kleidung in Leinwand eingewickelt. Sie trugen so über 40 Kilogramm des Stoffes bei sich.

Bom Jage gerammt. Der 73jährige Radwäher Fuhrmann betrat infolge plötzlicher geistiger Ermattung in der Nähe der Station Gießen bei Duppeln das Gleise, wo er durch einen herannahenden Güterzug überfahren wurde. Später wurde seine gerammte Leiche aufgefunden.

Abnorme Kälte in New York. Der diesjährige Winter ist der strengste, den Amerika und besonders die Vereinigten Staaten seit 20 Jahren gesehen haben. In New York herrscht augenblicklich eine abnorme Kälte, unter der der gesamte Geschäftsverkehr schwer leidet. Am schlimmsten ist die ärmere Bevölkerung dran, da es ihr an Geld fehlt, Feuerungsmaterial zu kaufen und sie daher der Kälte schulplos preisgegeben sind. Die Straßen sind mit einer Eisschicht überzogen, so daß täglich zahlreiche Unfälle zu verzeichnen sind. Die Straßenbahnen haben den Verkehr eingestellt, da die Gleise zugefroren sind.

Eingegangene Druckschriften.

Von der 'Neuen Zeit' ist soeben das 21. Heft des 30. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine propagandistische Kampagne. - Das russische Ultimatum und seine Folgen für Berlin. - Von einem Berliner. - Die Politik A. v. Schweigers und die Sozialdemokratie. - Von H. Lousenber. (Schluß). - Die braunschweigische Wahlreform. Von Richard Wagner. - Die soziale Bewegung in Japan. - Von S. Katsuhama. - Literarische Rundschau.

Reuilleton der 'Neuen Zeit' Nr. 48: Eitelkeit und Kostümbewußtsein. Von G. W. Ludwig. - Bäckerhau: Der Schwamm, historische Küche und Neben. Karl Vorländer. Ammann's Kunstleben. Alexander War. Die Jüngerin. Hans Holbein's Initialbuchstaben mit dem Totentanz. Gustav Freytag. Bilder von der Entstehung des Deutschen Reichs.

Die 'Neue Zeit' erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preis von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der 'Gleichheit', Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterklasse, ist uns soeben Nr. 11 des 22. Bandes zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Entmündigung steht nicht still. - Unsere Aufgaben nach der Wahl. Von Louis Jürg. - Das Erwachen des englischen Proletariats. Von Th. Rothstein. - Das stürmische Wahlereignis. Von H. B. - Eine Schmelze zum Gedächtnis. Von M. K. - Die braunschweigische Wahlreform. Von R. Wagner. - Frauenorganisationen in Desterreich. Von a. p.

Die 'Gleichheit' erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von 'Wahnen Jacob' ist soeben die 5. Nummer des 22. Bandes im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erheben wir folgende Beiträge:

Zeichnungen: Gedächtnis zum Wahltag 1912. - Bayern. Von B. Aron. - Militärisches. Von K. Große. - Der erste Duden. Von A. Heibiger. - Schwarzer Trakt. Von Emil Graf. - Was lange währt, wird endlich gut. Von H. G. Jenisch. - Wärmemittel. Von Eric Schilling uim.

Text: Der neue Reichstag. - Schwarzbau Wärmemittelbestimmung. - Folgen der bayerischen Landtagswahlen. - Rudolf Reußlin. - Das Lied vom Wehrverein. Von Kl. - Unsere Jüden. Axel nach Julius Kerner. - Ueber Jacob! Von Jostill Naule. - Wärmemittel. Von Teobald. - Eine Sitzung des neuen Reichstags uim.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Webnummern sind jederzeit durch den Verlag J. F. B. Dreyer Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 49, oben vier Treppen - Fachstuhl - wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Erstbesuch bestimmten Antrags ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge sind nicht erzieht. Anfragen, denen keine Abonnementskündigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. W. 85. Ja, nach Ablauf der 13. Preussisch-Preussischen. - T. 20. Gehalt nicht, wohl aber Dänen bei sogenannten Kommunisten. - B. 99. Sie können die Sachen verkaufen lassen und den Erlös teilen. - W. D. 6357. Ja, zunächst muß aber die Aufsichtsbehörde, Straßener Straße 116, eingezogen werden. - G. 11. An den Kammerrichter Hres Bezirkt, wo Sie das weitere erfahren. - G. 24. Die Jugend sollte die Aufgabe über die Frage verweigern. Zur wahrheitsgemäßen Benennung war sie nicht berechtigt. Es empfiehlt sich sofortige Berichtigung. - W. G. 42. Der Mimentenanspruch ist angemessen. Ob die Kostenrechnung richtig ist, läßt sich nur nach Einsichtnahme in dieselbe sagen. - T. 1. Unverständlich. - T. S. No. 100. Nur dann, wenn das Vormundschaftsgericht auf Antrag der Mutter einen dahingehenden Befehl erteilt. - R. 28. 1. Uma 6 M. wöchentlich. 2. Unverständlich. - G. 24. 100. Rowanod. Geburtsurkunde, Militärpaß. Erlaubnis ist nicht erforderlich. Anmeldung mindestens 3 Wochen vor Zeit. - G. S. 36. 1. Möglich. Der Besuch kann gemacht werden. 2. Kommt auf die Höhe des Verdienstes, den der Sohn hat, an. 3. Auf Verlangen. Ja. - Gerda 500. Ja, etwa 3 M. monatlich. - G. S. 12. A. Hochscholam oder Kammer, 1 Tisch, Nähmaschine, Fahrrad und 1 Regulator, außerdem das Sofa, falls es nicht als Schlafgelegenheit benutzt wird. B. Ja, soweit die Lohnforderung 28,55 M. wöchentlich oder 125 M. monatlich übersteigt. C. U. D. Bäre anschaffbar. - W. W. 58. Nach überwiegender Rechtprechung selber abzugeben. - W. W. 78. 1. Ja. 2. Fordern Sie vom Eigentümer Ersatz. - W. K. 28. (Vr. Fuder kann die abgegangene Beilage gemäß verlangen. - G. 11. Die Sachen gehören abhandeln den Kindern. - W. B. Wenn sich die Beistandermietung ab 1. Oktober nachweisen läßt, hat Sie nicht zahlungspflichtig, andernfalls ja. Die 3 M. können gefordert werden. - Gläubiger. 1. und 2. Erst auf Grund eines Vollstreckungsbefehls oder Urteils zulässig. Wenden Sie sich an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnort hat.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am, seit, Station, am, seit. Rows include: Memel, 128, +2; Preußl. Anhalter, 232, +100; Ditzel, 300, +114; Krossen, 200, +11; Krossen, 180, +23; Warte, 99, +8; Krossen, 65, +7; Krossen, 10, -8; Krossen, 146, +8; Krossen, 177, -6; Krossen, 153, -27; Saale, 128, +24; Saale, 64, +1; Spre, 78, 0; Bese, 72, +8; Wese, 182, -3; Rhein, 248, -1; Rhein, 247, -1; Krossen, 175, -4; Krossen, 195, -11; Krossen, 80, -1; Krossen, 188, +1; Krossen, -1.

1) + bedeutet Wasser, - Fall. - 2) Unterpegel. - 3) Ufstrand. - 4) eisfrei. - 5) schwacher Eisgang.

junge Mann kann also nicht sagen, ob sie schwer oder leicht war. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Trenkler darin ein Vorwerkzeug verborgen hielt. Ueber das Abhandeln dieser Kasse, die 25 bis 30 Zentimeter lang ist, macht Trenkler keine bestimmten Angaben. Er will nicht sicher sagen, ob sie in der Drofschleuse habe liegen lassen. Umso notwendiger ist es, daß der Drofschleusenführer sich meldet, damit die Sache weiter aufgekärt werden kann.

Zur weiteren Aufklärung des dreifachen Verbrechens in der Alten Jakobstraße fand gestern nachmittag gegen 2 Uhr eine eingehende Ortsbesichtigung statt. Unter der sicheren Bewachung von zwei Kriminalbeamten wurde Trenkler in einem geislosten Automobil vom Polizeipräsidium nach der Behausung der ermordeten Familie Schulze gebracht. Um den Verbrecher möglichst rasch dem Anblick der Straßengänger zu entziehen, führte man ihn durch die Seitentür an der Hausdurchfahrt in den Wohnraum hinein. Auch die Beamten traten hier ein. Die Räume lagen bis 1/2 noch unter Siegel und dieses wurde gestern zum erstenmal gelöst. Die Fenster blieben verbängt, damit niemand von außen her in die Räume, die durch Gaslicht erhellt wurden, hineinkommen konnte. Drinnen lag und stand alles noch so, wie man es bei der Entdeckung des furchtbaren Verbrechens gefunden hatte. Kriminalbeamte waren gestern vormittag unauffällig dagewesen und hatten die Hoffen auch eine Zeitlang genüßt, um frische Luft in die Räume einzulassen. An der Hand seiner eigenen Angaben mußte nur Trenkler an Ort und Stelle zeigen, wie die blutigen Vorgänge sich abgspielt haben sollen. Der Ortstermin war bis zum letzten Augenblick streng geheim gehalten worden.

Eine durch einen Drahtdiebstahl verursachte Störung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich am Donnerstag früh in Tempelhof. Dort war in der vorletzten Nacht in der Germaniastraße zwischen den Stationen 64 und 65 der Leitungsdraht der Straßenbahn in beiden Richtungen in einer Gesamtlänge von etwa 65 Meter abgeschnitten und gestohlen worden. Infolgedessen trat an jener Stelle von Betriebsbeginn bis 7 Uhr morgens eine Verkehrsstörung ein. Die Drahtdiebe, die bisher noch nicht ermittelt worden sind, hatten an Ort und Stelle zwei Leitern und mehrere Stangen zurückgelassen, sind also offenbar an der weiteren Ausübung ihrer Tätigkeit gestört worden.

In der Reithahn verstorben ist der Fabrikbesitzer Hauptmann der Reserve Karl Kuhler aus der Hauptstr. 11 in Schöneberg. Er hatte am Dienstagabend im Restitut der Gebrüder Veermann in der Hardenbergstr. 25 an einem Leberkreislern zur Festauführung des Reize- und Festvereins teilgenommen. Während der Fabrikant im Schritt durch die Gasse ritt, wurde er plötzlich ohnmächtig und stürzte vom Pferde herab. Man nahm sich des Erkrankten sofort in zweckmäßiger Weise an, doch konnte der in wenigen Augenblicken herbeigekommene Arzt nur den inzwischen infolge einer Herzlähmung eingetretenen Tod feststellen.

Eine Halskammerhande, die sich mit der Herstellung von Zwei- und Dreimarkstücken befaßt, treibt seit kurzem ihr Unwesen. Die Halskammer fertigen sowohl Zwei- als auch Dreimarkstücke an. Die Halskammer tragen das Münzenzeichen A und die Jahreszahlen 1903 und 1908. Die Prägung ist allerdings recht gut ausgeführt, doch fühlen sich die falschen Münzen fettig an. Auch fallen sie durch einen dumpfen Klang etwas auf. Die Halskammer sind ihre Fabrikate mit Vorliebe in der Markt Brandenburg unterzubringen.

Ein Kind aus dem fahrenden Eisenbahnzug gefürzt. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich auf der Leberer Bahn zugetragen. Der Schneider G. befand sich mit seiner Ehefrau und seiner vierjährigen Tochter auf der Fahrt nach Gllöwen, als die Kleine vor der Station Frieslad aus der Tür des Abteils vierter Klasse auf die Plattform herabstrat. Ein harter Windstoß, der plötzlich dahinfegte, riß die Kleine um und unglücklicherweise stürzte das Kind von der Plattform herab. Die Eltern zogen sofort die Kleine, doch erst nach einiger Zeit konnte der in voller Fahrt befindliche Zug zum Halten gebracht werden. Das Mädchen fand man in schwerverletztem Zustand neben dem Gleisen liegend auf. Es wurde nach dem Frieslader Krankenhaus gebracht, wo es seit hoffnungslos darniederliegt.

Ein sehr gefährlicher Brand, bei dem mehrere Personen in großer Lebensgefahr schwebten, kam in der letzten Nacht um 11 Uhr in einem sogenannten Gartenhause in der Wormler Str. 9 vermutlich durch Fahrlässigkeit zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, brannten im dritten Stock in einer Wohnung Möbel uim. und war das Treppenhause bereits total verqualmt. Den Bewohnern der vierten Etage war infolge dessen der Ausgang versperrt. Die Inhaberin der Wohnung, Frau Marie Schacht, die von dem Brande im Schlafe überrascht und nicht einmal genügend Zeit zum Ankleiden fand, erhielt Brandwunden an Händen und im Gesicht, die ihr von Samaritern der Feuerwehr verbunden werden mußten. Die Diwache der Charlottenburger Feuerwehr unter Leitung des Brandinspektors v. Neupoldt war bald zur Stelle und es gelang ihr sämtliche Hausbewohner in Sicherheit zu bringen. Während Mannschaften die Fenster im Treppenhause einschlugen, drangen andere in die Wohnungen ein, um die Hausbewohner zu beruhigen. Hand in Hand mit dieser Rettungsaktion ging die Abföschung des Brandes.

Ein Kind weiblichen Geschlechts wurde gestern Abend vor der Wohnung des in der Hauptstr. 129 vorn 8 Treppen wohnhaften Werkmeisters Gutgefell ausgefetzt. Das Mädchen besitzt ein Alter von etwa neun Monaten, hat blaue Augen und spärlichen-blonden Haarwuchs; bekleidet war es mit einem grünfarbten Röckchen, weichen Strümpfen, braunen Schuhen, weichen Stricksocken und ebensolcher Mütze sowie sauberer weißer Wäsche. Unter dem Röckchen war es in ein Vadebrottieruch eingewickelt.

Reugen gesucht! Als diejenigen, welche gesehen haben, wie am 1. Februar, abends gegen 7 Uhr, in der Reanderstraße ein älterer Mann mit einem Handwagen von einem Straßenbahnwagen der Linie 4 zu Fall gebracht wurde, werden gebeten, ihre Adresse an A. Müller, Franzstr. 12, IV, bei Hildebrandt, einzusenden.

Vorort-Nachrichten.

Neußku (Rixdorf). Unter dem Einbruch der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen standen die am Dienstag vom sozialdemokratischen Wahlkomitee nach den Lokalen von Wartsch, Betrie und Postage-Bezirkalen einberufenen Kommunalwählerversammlungen. Zur Tagesordnung: Bürgertum und Sozialdemokratie im Rathaus! sprachen die Genossen Groger, Dr. Silberstein und Wuzh. Die Redner erwähnten zunächst die Eroberung des Südbezirks in der zweiten Abteilung im Herbst 1908, die die bürgerlichen Herren mit dem Magistrat an der Spitze aus ihrem Hinterhalt hervortriefen, um die wertvolle Bevölkerung zu entreichen. Umsonst sei all die Liebesmüh gewesen, gefestigter und geschlossenem denn je werde der Kampf um die zweite Abteilung geführt werden; dieselbe zu erobern müsse unsere heiligste Pflicht sein. Ein Bild in die jetzt geschliche aufgestellte Wählerliste dieser Abteilung lasse erkennen, daß eine ganze Anzahl von Mittelständlern, kleinen Gewerbetreibenden und bestergerstellten Arbeitern Wähler der zweiten Klasse geworden seien und ihre gesellschaftlichen Stellung nach zur Sozialdemokratie gehörten. Das solle nun natürlich kein Grund sein, daß unsere Vertreter nicht nach wie vor das Dreiflorenwahlrecht bekämpfen werden. Wie loslos man im Magistrat sei, nur je nicht eine sozialdemokratische Mehrheit regieren zu lassen, sei nur zu bekannt. In aller Eilemerkung seien noch die hinter dem Rücken der Sozialdemokratie geführten Einigungsverhandlungen mit Treptom. Man habe sich herzlich blamiert - der gewünschte Erfolg sei nicht erzielt worden. Von den 73 Sigen im Rathaus gehörten, legt man die abgegebnen

Stimmen bei der Reichstagswahl zu Grunde, bei einem gerechten Wahlrecht der Sozialdemokratie mindestens deren 64. Es sei dahin zu wirken, daß die Sozialdemokratie bei den im April und den ebenfalls im Herbst dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in die zweite Abteilung siegreich vordringt und die Mehrheit im Stadtparlament erhält. Sei dieser Zustand erreicht, dann werde die Proktion um so unermüdlicher ihre Reformen verwirklichen können. Bei der Volksschule zeige sich, daß unsere Kommune in bezug auf Lehrergehälter erst an 49. Stelle komme. Dieser Zustand sei auf die Ausbildung der proletarischen Kinder nicht ohne Einfluß und könne auch die Beziehungen zwischen Schule und Haus nicht fördern. Um die Vadeanstalt sei jahrelang gefeilscht worden. Ein Bauzaun bezeichne die Stelle, wo dieselbe frühestens in zwei bis drei Jahren stehen kann. Nächstlich liege es mit der Schulartfrage, den Brauschäden und der Zahnpflege in den Schulen. Das Verkehrsverien liege gleichfalls im argen, da jede Gemeinde ihre Interessen vertere. Bei näherer Betrachtung der bürgerlichen Proktionen ersehe man, daß eine genau so rückschrittlich sei wie die andere. Das Programm der Kommunal-fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaft komme uns gut zu passe - sie wollen das gebühre Wahlrecht nur, um den Terrorismus zu beseitigen. Hinter diesem Vorgebilde siehe nicht weiter als die pure Beamtenkamarilla. In der alten bürgerlichen Linken seien außer ein paar vernünftigen Leuten, die es ernst meinen, die nachtesten Interessenvertreter, die nicht einmal das, was als streng geheim gilt, für sich behalten können. Von solchen Leuten registri zu werden, sollten die Wähler Neulands weit von sich weisen und nur Leute wählen, welche die gemeinsamen Interessen vertreten; und das seien die Vertreter der Sozialdemokratie.

Disputiert wurde in den Versammlungen nicht. Nachdem die Leiter noch auf die Vorarbeiten zur Wahl hingewiesen hatten, gingen die Versammelten mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie auseinander.

Wilmersdorf.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am gestrigen Donnerstagnachmittag gegen 2 Uhr in der Falzburger Straße. Dort spielte der vierjährige Hans Greinert mit mehreren anderen Kindern vor dem Hause, Falzburger Str. 12 auf dem Fahrdamm. Die Kleinen bemerkten dabei nicht, daß ein Geschäftsaufomobil herannah, dessen Fahrer mehrfach Warnungssignale gab. Während die übrigen Kinder im letzten Augenblick beiseite sprangen, lief der kleine G. bei dem Bemühen, sich zu retten, in das Automobil hinein und wurde von dem rechten Vorder- und Hinterrade überfahren. Das Kind erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Schädelbruch sowie einen Bruch des rechten Oberarmes. Es wurde nach der Unfallstation am Oliber Platz gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde, und dann auf Wunsch der hinzugezogenen Eltern nach deren Wohnung übergeführt.

Ober-Schöneweide.

Antvorscher und Verein Jugendheim. Bekanntlich ist vor Jahresfrist der Verein Jugendheim durch eine Verfügung des Amtsvorstehers aufgelöst worden, da Jugendliche nicht Mitglieder eines politischen Vereins sein dürfen. Trotzdem besteht der Verein lustig weiter und es ist obendrein noch Beschwerte gegen die Verfügung eingelegt worden. Der Amtsvorsteher hatte wohl übersehen, daß dem Verein trotz seines jugendlichen Namens kein einziges jugendliches Mitglied, sondern alles ausgewachsene Sünden angehören. Auf eine Anfrage nach dem Stande der Sache ist der Bescheid ergangen, daß nunmehr seitens des Amtsvorstehers eine Begründung seines Vorgehens eingegangen sei; man darf gespannt sein, was die lange Zeit zumege gebracht hat.

Waidmannslust.

Die Gemeindevwahl ist diesmal, einem Antrag unserer Genossen entsprechend, auf einen Sonntag und zwar auf den 8. März festgesetzt. Der Wahlakt beginnt für die 8. Abteilung früh 11 Uhr und wird nachmittags 2 1/2 Uhr geschlossen. Das Wahllokal befindet sich in der Turnhalle auf dem Schulgrundstück, Kurhausstr. 11/13. In der Wählerliste war am Schluß, also mit einem Steuerlage von 3 M., die Landgemeinde Lübars selbst als wahlberechtiget eingetragen. Unter Protest gegen diese luxuriose Ungerechtigkeit hatte Erfolg. In der letzten Sitzung der Gemeindevestretet wurde beschlossen, diese Eintragung zu streichen. Unsere Aussichten für die bevorstehende Wahl sind günstig. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut und insbesondere die Genossen aus den übrigen Bezirken sorten bei der Wahlarbeit kräftig mithelfen, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Aus aller Welt.

Der Riesenbrand von Houston.

Zu dem Riesenbrand, der, wie wir bereits gestern kurz berichtet, die Stadt Houston in Texas zum größten Teil einäscherte, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Das Feuer wurde gegen 1 1/2 Uhr nachts bemerkt. Der Brand, der auf dem Bahnhof der Southern Pacific entstanden war, griff im Nu auf einen Baumwollspeicher über. In wenigen Minuten stand das ganze Lager in Flammen. Da keine Löschapparate vorhanden waren und die Ankunft der sofort alarmierten Feuerwehr sich verzögerte, verbreitete sich das Feuer durch den heftigen Sturm begünstigt, auf die umliegenden Gebäude, die in kurzer Zeit bis auf den Grund niederbrannten. Durch die weit umher fliegenden Funken gelang der Brand immer weiter an Ausdehnung. Schon nach einer halben Stunde seit dem Ausbruch des Feuers glück die östliche Stadt einem Flammenmeer. Die Arbeiten der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr wurden jedoch durch das Versagen der Hydranten sehr erschwert. Aus den brennenden Häusern flüchteten zahllose Bewohner, nur mit dem Notdürftigsten bekleidet, in wilder Panik. Mehrere Häuser wurden durch Dynamit gesprengt, um durch die entflammenden Läden den Brand einzudämmen, doch waren auch diese Bemühungen vergeblich.

Schließlich sprangen die Flammen an einer schmalen Stelle des Flusses auch auf den anderen Stadteil über und zerstörten auch hier eine große Anzahl Kohlenpeicher und Wohnhäuser. Erst nach 22stündigen Löscharbeiten gelang es der inzwischen aus den umliegenden Städten verstärkten Wehr, des Feuers Herr zu werden. Das Feuer hatte sich in einem Umkreise von 1 1/2 Meilen ausgebreitet. 250 Häuser und drei Kirchen sind bis auf den Grund zerstört.

Viele Personen werden vermißt, Leichen sind bisher jedoch noch nicht aufgefunden worden. Etwa 2000 Personen sind obdachlos, der Schaden wird, soweit bis jetzt überichtlich, auf 12 Millionen Dollar beziffert, doch dürfte er diese Summe noch um ein Beträchtliches überschreiten.

Furchtbare Familientragödie in Jullford.

Ein furchtbares Familiendrama ereignete sich gestern in Jullford (England). Die Frau eines Straßenhahnangelegten wurde gestern morgen plötzlich vom Wahnsinn befallen und versuchte ihre vier Kinder zu töten, indem sie ihnen Taschentücher in den Mund stopfte. Als der Chemann nach Hause kam, waren zwei der Kinder bereits tot, die beiden anderen lebten noch. Der hinzugezogene Arzt hat jede Hoffnung ausgegeben, sie retten zu können. Die Frau ist nach der Tat geflohen; bisher fehlt von ihr jede Spur.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am Montag, den 19. Februar, verstarb unser Genosse, der Kollege
Rudolf Kabelmacher
Haber Str. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Haber Str. 13, aus nach dem Westfriedhof, Nieder-Schönhausen-Nordend, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Michel-Salonbriketts
27, 7, 75 pro 1000 frei Gefäß. 21/7
Koch, Rixdorf, Bergstr. 110 II

Schallplatten
Verleih-Institut.
Auch nach auswärt. Prosp. gratis.
Karl Borbe, Berlin 69
Neue Köpenickerstr. 35.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 25. Februar:
1. bis 11. Ubl.: 1 1/2 Uhr. Ubl. (früher Troppen).
Start an den bekannten Stellen.
Deute Fahrwegweisung.

Achtung! Achtung!
Morgen Sonnabend, den 24. Februar, findet in der „Neuen Welt“ unser diesjähriges

Alpenfest
statt. Vorteilhaft u. a. Präsentverteilung und originelle Prämierung. Näheres siehe Inserat im heutigen „Vorwärts“.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die Schönsten
Herren-Sommerpaleots u. Ulster und Anzüge in neu
sonstige (besetzt) erstklassige, auf Seide gearbeitete Garberobe, von 40/2 L.
Kavaliere getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Ganzauszüge sind in großer Auswahl zu haben.
Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Schuhfabrikation Rottbuscher Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Das echte

Dr. Gentner's Goldperle
Veilchenseifenpulver
mit den reizenden, praktischen und brauchbaren Geschenkbelegen können Sie nur in obiger Packung bekommen.
Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcreme „Nigrin“:
Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Prod., Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin: 900/12
Max Haiseh, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 216.
Telephon Neukölln 9280.
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Handlungsgehilfen!
Heute Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
im großen Saale der „Musiker-Zentrale“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.
„Reichstag, erfülle deine Pflicht!“
Referent Reichstagsabgeordneter Dr. Landsberg-Ragdeburg.
Handlungsgehilfen und Gehilfinnen! Erscheint in Massen! -
Keiner darf fehlen!
Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin

„Märkischer Hof“, Admiralstraße 18c.
Empfehle meine Söhne: Sonnabend März, April zu Festlichkeiten, Hochzeiten, Versammlungen.
Jeden Sonntag: Tanz, Bocktrabel und Jabel.

Kautabak
Nur echt, wenn jedes Röllchen nebenstehenden Zettel enthält.
Hauptniederlage:
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engelufer 5.
Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.
G. A. Hanewacker
Nordhausen.
Schutzmarke.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 22. Februar 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ag. Schauspielhaus, Bohème.
Deutsches. Die Waise um Nichts.
Jirius Dutsch, Gala-Vorstellung.
Jirius Schumann. Gala-Vorstellung.
Jirius Terrasani, Gala-Vorstellung.
Gaberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania, Tautenstraße 48/49.
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Ag. Opernhaus, Der große König.
Neues K. Opernhaus. Karais.
Königsgräber Straße. Die fünf Bräutigame.
Neues Schauspielhaus, Das Familienbild.
Neues. Der liebe Augustin.
Sommerstücke. Frühlingserwachen.
Lüftung. Der Hund der Jugend.
Reifen. Alles für die Mama.
Komische Oper. La Traviata.
Kurfürstener. Quo Vadis?
2. Akt. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Dornen des Regiments.
Kleines. Solitärs Geburtstag.
G. und A. Eder. Gedenks.
Berliner. Große Hoffen.
Hence Coereten. Das Schiller O. Der Altmutterseher.
C. u. A. Charlottenburg. Gräfin Lea.
Friedr. Will. Schauspielhaus, Geschlossene Vorstellung.
Luffen. Sommerstuf.
Hof. Sonaparte und seine Frauen.
Metronom. Die Nacht von Berlin.
Erinon. Das kleine Café.
Thalia. Seltene Wirtschaft.
Cafino. Der Kampf ums Dasein.
Hypoc. Spezialitäten.
Vauver. Spezialitäten.
Gerrenfeld. Die man Männer besser.
Der Handstuf.
Weißbären. Stettiner Säger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Königsgräber-Kasino. Das Kobold.
Die letzte Roje. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Golice Caprice, Mandelblatts.
Volterabend. Losgelassen. Hoffen.
Walhalla. Menschenrechte.
Boigt. Hotel Klingebusch.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater, Leidenschaft.
Belle-Alliance. Wilhelm Tell.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-52.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hoffen.
Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schönant in 3 Akten von H. Hennequin und G. Michel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Walter Dackert.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.
Sonntag, 23./24. 3 U.: Der Prinzgemahl.

Luffen-Theater.
Freitag: Sommerstuf.
Sonnt. 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. 8 Uhr: Der Verschwenker.

Belle-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
Sonnabend: Wallenstein Tod.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Napoleon Bonaparte
und seine Frauen.
Historische Komödie in fünf Akten (acht Bildern) von Bülow.
Sonnabend 4 Uhr: Dänkel und Girel. 8 Uhr: Napoleon Bonaparte.

Apollo Theater
Vorlesung Woche
des großen komischen Programms.
Lachen ohne Ende
über
Paul Beckers
den populären köstl. Grotesk-Komiker.

Walhalla-Theater
am Rosenhofer Tor.
Abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte!
Größtes soziales Institut.
Vollständig mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt v. Dr. James Klein.
1. Akt: Geheimnisse im Schneeflocken.
2. Akt: Die große Proletenversammlung.
3. Akt: Am Ballast. Am Rande des Abgrundes.
4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt: Ein Gottesgericht.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die größte Sünde.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Berlin.
Morgen, Sonnabend, in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114:
Gr. Alpen-Fest.
Eröffnung abends 8 Uhr. Eintritt 60 Pf. (inkl. Tanz).
BALL. Zwei Orchester.
Präsentverteilung (30 praktische Wertgegenstände im Gesamtpreis von 150 Mark werden gratis ausgelost).
Prämierung
prämiiert wird die größte Dame und der kleinste Herr (über 20 Jahre alt) mit 30, 20 und 10 Mark pro Paar. Meldung mit Legitimation bis 12 Uhr an der Kontrolle.
Ehrentanz der prämierten Paare.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert
und
!!! Zillertaler und Tegernseer Säger, Plattler und Jodler !!!
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

NEUE WELT.
Arnold Scholz. Täglich: Hasenheide 108/114.
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Wunderbare Alpendekoration.
Neu! Gebirgsterrasse. Neu!
Jeden Dienstag.
Mittwoch, Donnerstag:
Großer Ball.
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.
5 Kapellen!

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Stilletvorverkauf 11-9 (Theaterkasse).

Königsstadt-Kasino.
Ede-Holzmart- u. Kiepenhauerstraße
Täglich abends 8 Uhr
Theater und Varieté.
Küher den Spezialitäten
zwei Theaterstücke:
„Das Modell“ von G. Alexander.
„Die letzte Rose“ von D. Richter.

Zirkus Schumann
Heute Freitag 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Auftreten sämtl. Attraktionen.
Um 9 Uhr: Zum 50. Male:
Das neueste und größte Ausstattungsgesetz der Gegenwart:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Besonders hervorzuheben:
Auf der Trambahn in Weißensee. Große Schlaßapothose mit noch nie dagewesenen Effekten.
3 Musikkorps. 60 Sänger. Ein Frauenchor. Fackelzug.
Sonntag 2 gr. Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Das Motorpferd

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Freitag, den 23. Februar, 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Sonnabend und Sonntag 8 Uhr und 7 1/2 Uhr:
Zwei Vorstellungen.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Biletverkaufsstellen von A. Wertheim.

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch wenige Aufführungen.
Über 100 mal ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Am 16. März Premiere.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der seltsame Hölzschinder.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Reichshallen-Theater.
Deutsches Volkstheater der Stettiner Säger zum Festen der Witwen und Waisen des Berliner Feuerwehmannen.
unter Leitung ihres Dirigenten Emil Schulz. Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Der volle Ertrag, ohne Abzug irgendwelcher Kosten, kommt dem wohltätig. Zweck zugute.
Reichshallen-Saal:
Bockbierfest, Militär-Musik, die lustigen Legenauer, Jubiläum, 3 Kapellen. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Café:
Abendlich der berühmte Violin-Virtuose Alex. Hartmann.

Zirkus Busch
Freitag, den 23. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend!
Um 9 1/2 Uhr: Das große Volks-Manege-Schauspiel
Die Hexe.
Vorher: Clown Armando m. d. boxenden Känguruh. Die japanischen Sportspieler. Herr Ernst Schumann, Freiheitsadressuren. 3 Schwestern Blumenfeld. Reck zu Pferde. Fri. Stennis, Schulleiterin. Clowns Morris und Vincent, Francois u. Petersen mit neuen Entrees.

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 53.
Freitag, den 23. Februar 1912:
Hotel Klingebusch.
Original-Goldstück mit Gesang in 5 Bildern von Kniefel.
Solleneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen
in ihren religiösen
Martyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.

Waffenübung.
Mandelblatts Volterabend.

Admiralspalast
Am Bahnh. Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstausf. Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eis, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister **Harry Paulsen**
sowie d. prächt. Eiseballett **Alpenzauber.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Rang.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 133.

Am Dienstag, den 20. d. M.,
abends 6 1/2 Uhr, verstarb plötzlich
unser Vorliegendes, der Tischler
Oskar Mertz

im 52. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Heilig-
kreuzkirchhofes, Mariendorf, Feld-
straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Franz Schubert
Pasterstraße 31
im Alter von 31 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler
Oskar Mertz
Schönebergstr. 11
im Alter von 51 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in
Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Mit der traurigen Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere gute
Mutter, Tochter und Schwester,
Schwiegermutter, Schwägerin und
Tante
Anna Tabler
geb. **Sohr**
nach langem, schwerem Leiden
sanft entschlafen ist.

Der trauernde Gatte nebst Kindern
Wüllerstr. 156 b.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Halle des städtischen
Friedhofes Wüllerstraße, Ecke
Seestraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 21. Februar verstarb unsere
Genossin Frau

Anna Tabler
Wüllerstr. 156 b.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes, Seestraße, Ecke Wüller-
straße, aus statt. 226/2
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Turnverein „Fichte“

Begrußend auf die gestrige
Todesanzeige teilen wir unseren
Mitgliedern mit, daß die Beer-
digung unseres Turngenossen
Karl Haryneck
heute Freitag, nachmittags
4 Uhr, auf dem Kirchhof der
Bismarck-Gemeinde in Wilhelmshagen
stattfindet.
Rege Beteiligung erwartet
156/1 Der Vorstand.

Am 20. Februar verstarb unsere
Tochter und Schwester
Frida
nach kurzem, schwerem Kranken-
lager im 22. Lebensjahre.
Dies zeigen uns hülles Beileid
bittend am 140b

Fritz Arand nebst Frau
und Geschwister
Simon-Dach-Str. 26.
Beerdigung findet statt: Sonn-
abend, nachmittags 3 Uhr, vom
Thomas-Kirchhof aus.

**Zentral-Kranken- u. Begräbnis-
kasse I. Textilarbeiter etc. z. N.**

Am 20. Februar verstarb unser
Mitglied
Gustav Hagen
nach längerem Leiden an Schlag-
anfall.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des städtischen
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
197/3 Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher Textilarbeiter-
Verband.**
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß die Kollegen
Gustav Hagen
und
Karl Krüger
gestorben ist.

Die Beerdigung des Kollegen
Hagen findet am Sonntag,
den 24. Februar, nachmittags
3 Uhr, von der Halle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Die Beerdigung des Kollegen
Krüger am Sonntag, den
24. Februar, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle in Marzahn
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Geschäftsleitung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schleifer
Franz Kaese
am 19. d. M. freiwillig aus dem
Leben geschieden ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar, vor-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Himmelsfahrts-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen - Nordend
aus statt. 112/20
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Kollegin
Frida Saeger
verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken.
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 23. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Rix-
dorf, Hermannstraße, aus statt.
57/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Brauerei-
und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.**

Nachruf.
Am 17. Februar starb nach drei-
tägiger Krankheit unser Kollege,
der Tischler
Ernst Kuchenbecker
(Vogelhofers Spandau)
an Lungenerkrankung. 40/6
Ruhe ihm die Erde leicht sein!
Die Ortsverwaltung.

**Verein der Stereotypen-
und Galvanoplastiker**
Berlin und Umgegend.

Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß am 21. Februar
unser Kollege
Emil Pfau
im Sudower Krankenhaus ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des neuen Rixdorfer
Gemeinde-Friedhofes am Marien-
dorfer Weg aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nach langem Leiden verstarb am
Mittwoch, den 21. Februar, mor-
gens 7 Uhr, unser treuherziger
Vater und Schwiegervater, der
Zimmerer
Wilhelm Heinze
im 52. Lebensjahre. 188b

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Weihenstepfer Gemeindef-
riedhofes aus statt.

Für die uns beim Hinscheiden
unseres teuren Entschlafenen,
des Restaurateurs
Wilhelm Schrepfler
erwiesene Teilnahme sagen hier-
mit herzlichsten Dank 29/2
Die Hinterbliebenen.

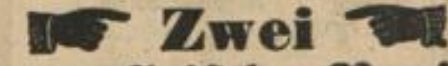
Am 21. Februar verstarb im
17. Lebensjahre unsere einzige,
herzensgute Tochter, Schwester,
Nichte und Cousine 130b

Ella.
Sie folgte ihrer Schwester Anna
nach 10 Wochen in den Tod.
Alle Freunde und Bekannte
um hülles Beileid bittend
Pankow, Schloßstr. 19.
Linus Fechner
nebst Familie.

Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 24. Februar,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des III. Friedhofes
der Gemeinde Pankow, Bahnhof-
straße (Schönholzer Seite), aus
statt.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 25. Februar, abends 6 1/2 Uhr



Öffentliche politische Versammlungen für Männer und Frauen.

1. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
Tagesordnung: Soziale Dichtungen, referiert vom Genossen **Adolf Domnick**.
 2. Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24.
Tagesordnung: Schule, Kaserne und Presse. Referent: Genosse **Emil Unger**.
- Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
- Die Einberufer: Julius Marschner, Swinemünder Str. 70.
Paul Bisting, Rosfelder Str. 18.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenkauf):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntag, nachmittags von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosenkauf
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.
Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsblätter zur Verfügung.
Die Verstattdirektoren werden gebeten, die Lehrlinge auf
den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen. 79/8

Montag, den 26. Februar: Mitglieder-Versammlungen sämtlicher Bezirke und Branchen.

In diesen Versammlungen werden die Delegierten zur General-
versammlung gewählt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Nordend, Nr. 1239.
Eckstr. 1. Charitéstraße 3. Amt Nordend, Nr. 1987.

Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!

Sonntag, den 25. Februar 1912, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine
Branchen-Versammlung
im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Robert Bahn über: „Die Entwicklung der
deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen
Metallarbeiter-Verbandes“. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbands-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Klemme
ganz besonders eingeladen. — Außerdem gelangen in der Ver-
sammlung die Kontrollkarten zur Ausgabe.

Sonntag, den 25. Februar 1912, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung der Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Direktor Morgonstern über: „Der Mensch im
Rampfe mit giftigen Gasen“ (Vorführung von Apparaten usw.) 2. Frage-
beantwortung. 3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 25. Februar 1912, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinen- arbeiter und Arbeiterinnen

in den Musik-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 12a.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes“.
Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und
Verschiedenes.

Sonntag, den 25. Februar 1912, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung aller Wickelei- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen

im Voigt-Theater, Sobstraße 68.
Tagesordnung:
1. Bericht und Auswahl der Branchenkommission. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 25. Februar 1912, nachmittags 5 Uhr: Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer

in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 18.
Tagesordnung:
1. Bericht über: „Unsere heutige
Kenntnis vom Ursprung des Menschen“.
In diesem lehrreichen und interessanten Vortrag sind die Frauen
unserer Kollegen mit eingeladen. Die Ortsverwaltung.
112/19

Sonntag, den 25. Februar 1912, nachmittags 5 Uhr: Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer

in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 18.
Tagesordnung:
1. Bericht über: „Unsere heutige
Kenntnis vom Ursprung des Menschen“.
In diesem lehrreichen und interessanten Vortrag sind die Frauen
unserer Kollegen mit eingeladen. Die Ortsverwaltung.
112/19

Sonntag, den 25. Februar 1912, nachmittags 5 Uhr: Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer

in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 18.
Tagesordnung:
1. Bericht über: „Unsere heutige
Kenntnis vom Ursprung des Menschen“.
In diesem lehrreichen und interessanten Vortrag sind die Frauen
unserer Kollegen mit eingeladen. Die Ortsverwaltung.
112/19

Vorurteile

zu haben, ist nicht mehr zeitgemäß. Das geben
Sie zu? — Und doch hegen Sie noch ein
Vorurteil gegen Palmin?
Prüfen Sie Palmin, indem Sie einen Pfann-
kuchen damit backen — dann urteilen Sie! Ihr
Vorurteil wird sich in Bewunderung verwandeln.
Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Wichtig für jeden Raucher!

BOLERO Cigaretten

Verfeinerte Qualität! Tabake neuester Ernte!
GEBR. SELOWSKY, DRESDEN.